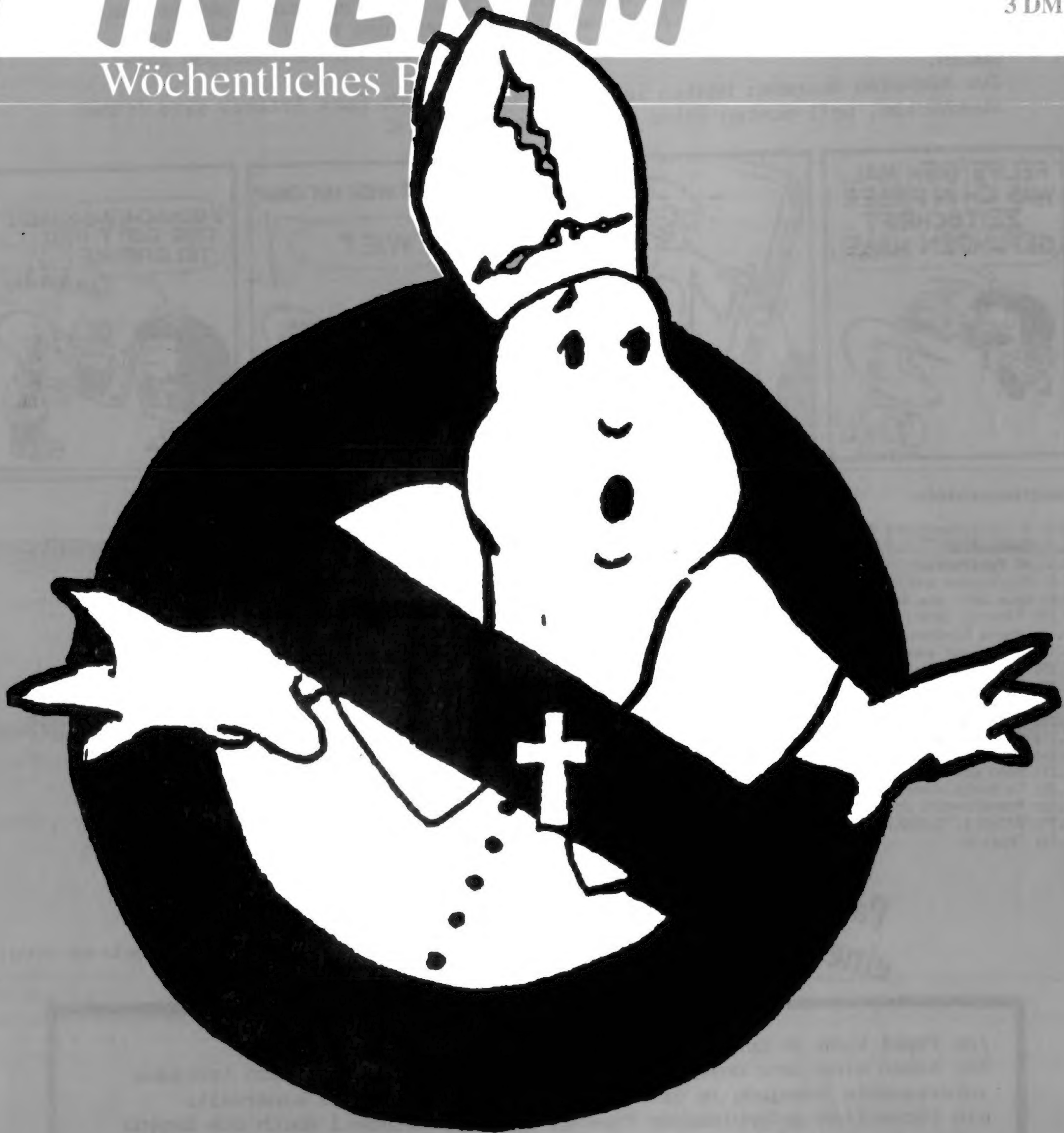


INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches B



Der Papst macht mobil.

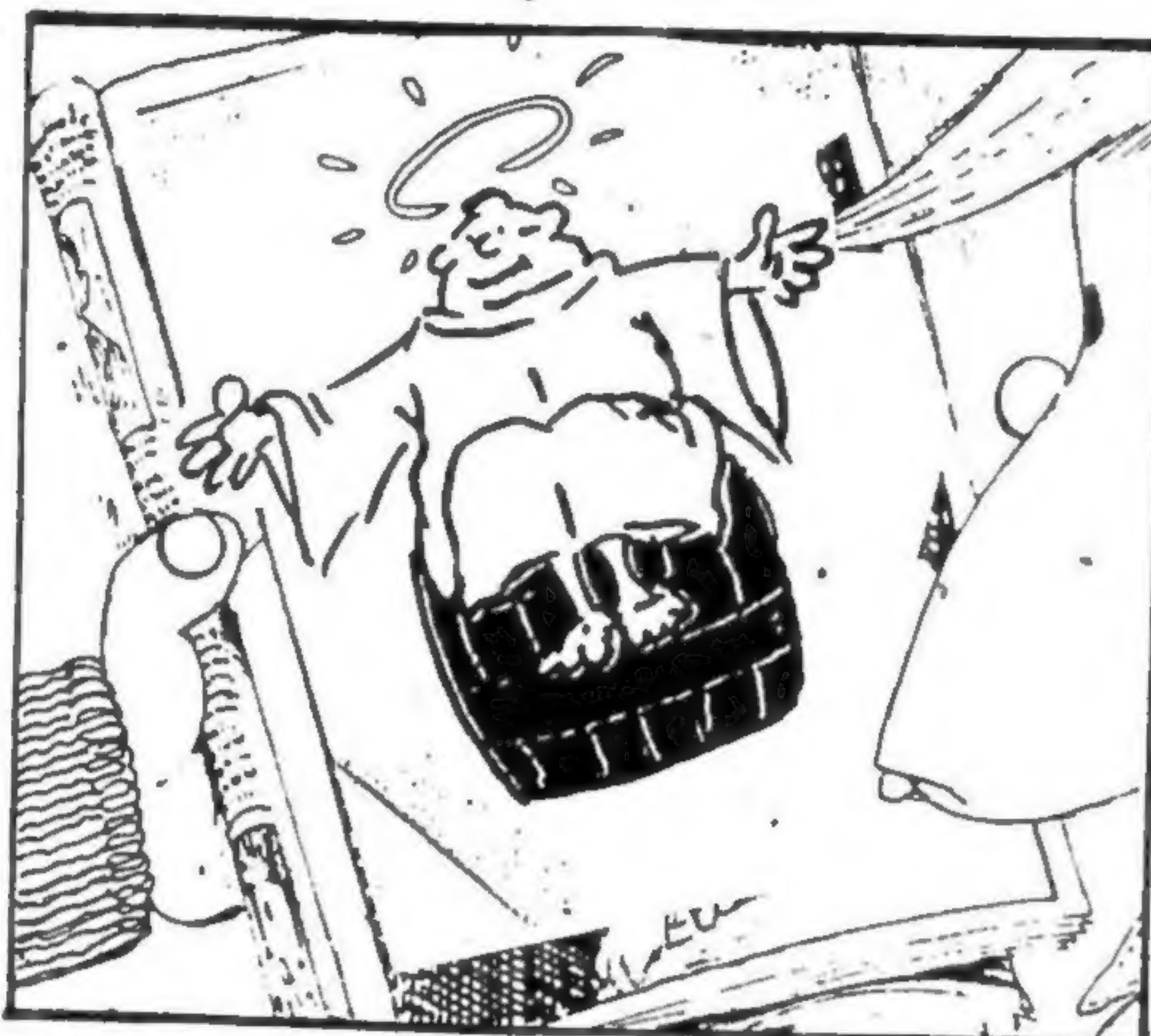
23.5.1996

➤ Nr. 377

Vorwort:

Ja, liebe Schwestern und Brüder, hier haltet Ihr sie also in den Händen, die Nummer mit dem **Papstschwerpunkt**. Also mal ganz im Ernst: Wir waren glücklich erschlagen von den vielen Artikeln, die Ihr uns geschickt habt. Da wir unserem Schwerpunkt Platz geben wollten, haben wir ziemlich viel verschoben, u.a. Sachen zum Castor (Auswertung) und zum 1. Mai. Liebe Schreiberinnen von "Ein Brief ins Exil", bitte schreibt ob Ihr den wirklich so veröffentlicht haben wollt; wir waren uns nicht sicher. Und vielleicht könntet Ihr bei der Gelegenheit noch ein kleines bißchen layouten:

Zur nächsten Ausgabe: Montag ist Feiertag, ihr müßt Eure Artikel also früher abschicken, weil Montag keine Post zugestellt wird.



Inhaltsverzeichnis:

- S.3- S. 22: Schwerpunkt Papst
- S.3: Demoaufruf
- S.4: AK Papstbesuch
- S.5: Die Kirche und Ihr Geld
- S.6: Opus Dei: die heilige Mafia
- S.13: Päpstin Johanna
- S.14: Thema Kirchensteuer
- S.16: Know your enemy
- S.20: Unter der Knute des Klerus
- S.22: EA zu Anquatschversuch
- S.23: Volxsport
- S.25: Hausbesetzung
- S.25: Gelöbnis und Spaßguerilla
- S.26: Autonome Sanität
- S.27: Demo gg. Sozialabbau/5.6. Bonn
- S.28: Ya Basta - Kongreß gg. Neoliberalismus
- S.32: Atomstandort Greifswald/Lubmin
- S.33: Öffentl. Gelöbnis
- S.34: Termine

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e. V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ordner:

2. Rundbrief/Kongreß f. e. m. G. u. g. N.
Solinger Brandanschlag
Presseerklärung zum AIZ-Verfahren
Zu Ursel Quack
Diskussionsbeitrag einer BP-Frau
Aktion gegen Altnazis (10 Seiten)
Kundgebung zu Benjamin Ramos Vega (schon vorbei)
Pressespiegel zum Castor

**Papst warnt vor Gefahren
einer gottlosen Gesellschaft**

Zum **Papst** kann mensch sehr viel oder auch sehr wenig sagen. Wir haben eine sehr unvollständige, aber unserer Meinung nach trotzdem interessante Sammlung zu diesem eigenartigen Konstrukt: einerseits ein lächerlich aufgeblasener Popanz, der im Papstmobil durch die Gegend gefahren wird und auf absurde Weise von seiner eigenen Wichtigkeit überzeugt ist. Andererseits ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor, an der Spitze einer reaktionären, gigantischen Organisation. Der Besuch des Papstes scheint die Fantasie vieler von uns anzuregen: Die erste Päpstin ist schon gesichtet worden (mitsamt Päpstinmobil). Für die geplante Demo/Umzug/prozession gibt es schon Pläne von verschiedensten Gruppen, sich zu beteiligen: Samba, ein Chor, mehrere PäpstInnen/Päpste/Teufelinnen/Teufel/Nonnen und noch viel mehr.

Hoffentlich schafft es dieser Aufzug, dem papst seine Würde zu klauen- und hoffentlich haben wir alle viel Spaß dabei.

Alles wird gut.

Der Papst macht mobil.

Die katholische Kirche weiß Rat. Wo, wenn nicht dort, finden Sie in Person des Papstes den väterlichen Rat in allen Lebenslagen? Ist Ihr Mann etwa arbeitslos und Sie selbst zum dritten Mal schwanger? Kein Problem, da hilft Beten.

Beten macht satt. Nehmen Sie keine Verhütungsmittel, um das Problem zu lösen, denn dann kommen Sie ins Fegefeuer.

Der Papst ist für alle da. Vor allem weiß er was für Frauen gut ist. Kinderkriegen! Sie sind sich da nicht so sicher? Fragen Sie den Heiligen Stuhl, denn die Päpste und Priester zeugen seit Jahrhunderten Kinder.

Sind Sie etwa homosexuell, oder mangelt es Ihnen an jeglicher Orientierung? Das ist schlimm. Ihnen muß klar sein, auch vorehelicher Geschlechtsverkehr ist verboten! Können Sie ihrer Wollust keinen Einhalt gebieten? Was wirklich hilft, ist den Rosenkranz zu beten.

Bei jeder Anfechtung! Auf keinen Fall nehmen Sie Kondome! Aids ist die gerechte Strafe für die Sündigen und nur die Ehe schützt vor dieser Geißel der Menschheit. Wir leben in schwierigen Zeiten und deshalb ist der

Heilige Vater Halt und Orientierung. Er ist ein weitgereister Mann und steht mit allen Vieren auf der Erde. Sollten Sie in der dritten Welt leben, das macht nichts. Schon in der Bibel steht, wer arm ist dem sei das Himmelreich. Sie haben ja Ihre Kinder, die Sie glücklich machen. Bedenken Sie in Gottes Schöpfung soll die Menschenhand nicht eingreifen.

Die schützenden Hände seiner Heiligkeit sind über alle Schäfchen ausgebreitet. Sind Sie vielleicht ein rechter Gesinnungsbruder und müssen schnell mal das Weite suchen? Wir können Sie gut beraten, da haben wir seinerzeit viele Erfahrungen sammeln können.

Unsere Lebenshilfe ist zeitgemäß und dienstleistungsorientiert. Falls Sie schmutziges Geld aus dunklen Kanälen reinwaschen müssen, steht Ihnen unsere Vatikanbank mit Rat und Tat zur Seite.

Oder haben Sie Probleme mit der Politik in Ihrem Land? Mit unliebsamen politischen Gruppen etwa? Nun, wir reden nicht so gern darüber, aber wir haben für solch schwierige Aufgaben besondere Orden und Logen, die auch mal schnell die richtigen Leute an die Macht bringen.

Aber kehren wir zu den kleinen Problemen des Alltags zurück. Der Papst kann Sie verstehen. Er ist der Vertreter Christi auf Erden, und Vertreter hatten schon immer das Ohr an den Sorgen der Menschen. Und der Papst ist wirklich besorgt, hat ihn doch die Kunde ereilt, daß viele seiner Schäfchen in tiefe Glaubenskrisen gefallen sind. Einige dieser Verirrten sind dem Materialismus anheimgefallen, so fordern sie doch tatsächlich die Trennung von Staat und Kirche, oder gar die Abschaffung der Kirchensteuer. Immer öfter muß der Pontifex jene Stimmen vernehmen, die z.B. vom Selbstbestimmungsrecht der Frauen reden, oder gar von dem Recht auf Wahl der sexuellen Orientierung. In Berlin sollen diese Dinge geradezu ausufern. Abtreibung, Genußsucht, Arbeitsscheu, Frauenemanzipation, Schwul-Sein und Lesbianismus sind furchtbare Abweichungen und führen Berlin in den Sündenpfuhl! Wir werden unsere heiligen Augen davor nicht verschliessen können.

Aber die Hilfe naht! Der Papst kommt! Kommt Euch zu laben und Barmherzigkeit zu spenden, denen die da glauben. Strenge und Ermahnung und reuige Buße aber für die, die da abtrünnig dem Pfad des Bösen folgen.



Viele Fäuste für ein Halleluja !



DEMONSTRATION 23.6.1996, Winterfeldtplatz/ hinter der Kath. Pfarrkirche St. Matthias.

BEGINN: Mittags (genauen Zeitpunkt der Tagespresse entnehmen)

Der Papst besucht am 23.6. Berlin

„Finden wir Scheiße“ da sind wir uns einig. Fragt mensch aber einmal genauer nach warum und wieso, wird sehr schnell klar, daß außer einem „latent antikerikalen Grundkonsens“, der ja schon mal ganz gut ist, ein enormes Defizit an Argumentation und Hintergrundinformation besteht. Was genau ist denn nun die Politik der Kirche bezüglich Abtreibung, LER, Verhütung, Homosexualität, gesellschaftlicher Einfluß, etc.? Und inwiefern ist die Kirche nicht nur eine Gruppe von belanglosen konservativen Spinnern, sondern weltweit einflußreich in Politik und Wirtschaft? Um solchen und ähnlichen Fragen nachzugehen und einen Informationsfluß anzuregen haben wir den Arbeitskreis AK_Papstbesuch gegründet.

Offizieller Höhepunkt des Papstbesuches ist die Seligsprechung zweier katholischer Geistlicher für ihre Haltung während der NS-Zeit. Dies ist für uns der Anlaß, uns mit der Rolle der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus und Faschismus zu beschäftigen. Wir organisieren eine kritische Filmreihe mit Diskussionen, sammeln Informationen und stellen Hintergrundmaterialien zusammen. Wir wollen damit bereits im Vorfeld des Papstbesuches eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Papstes, des Vatikans und der katholischen Kirche in der Gesellschaft anregen. Höhepunkt der KritikerInnen wird eine spaßige Demo am Nachmittag des Papsbesuches sein vom Nollendorfplatz in Richtung Brandenburger Tor.

Der Vatikan hat bereits im Juli 1933 mit Hitler das heute noch gültige Reichskonkordat geschlossen. Ein Vertrag, in dem sich der Vatikan zu politischer Neutralität gegenüber Deutschland verpflichtete, dafür konnte die katholische Kirche in Deutschland weiter wirken und wurde nicht gleichgeschaltet. Das Zitat aus einem gemeinsamen Hirtenbrief im Juni 1933, unterzeichnet von allen deutschen Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen spricht für sich:



„... Es fällt deswegen uns Katholiken auch keineswegs schwer, die neue starke Betonung der Autorität im Staatswesen zu würdigen und uns mit jener Bereitschaft ihr zu unterwerfen, die sich nicht nur als eine natürliche Tugend, sondern wiederum als eine übernatürliche kennzeichnet, weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken (Röm. 13,1 ff.) ... Auch die Ziele, die die neue Staatsautorität für die Freiheit unseres Volkes erhebt, müssen wir Katholiken begrüßen ... Wenn die neue staatliche Autorität sich weiter bemüht, sowohl die Ketten zu zerbrechen, die andere uns schlugen, als auch die eigene Volkskraft und Volksgesundheit zu fördern und damit unser Volk zu verjüngen und zu einer neuen, großen Sendung zu befähigen, so liegt auch das ganz in der Richtung des katholischen Glaubens.“

Während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft übte der Vatikan keine öffentliche Kritik am Nationalsozialismus. Obwohl Papst Pius XII. bestens informiert war über das tausendfache Morden an den Juden in Europa erhob er nicht einmal dagegen seine Stimme. (Zu diesem Thema zeigen wir den Film „Der Papst, die Nazis und die Juden“.)

Statt sich mit ihrer unrühmlichen Rolle während der NS-Zeit auseinanderzusetzen, versucht die katholische Kirche zur Zeit durch den Hinweis auf vereinzelte NS-Kritiker in ihren Reihen, sich den Anschein einer Widerstandsbewegung zu geben. Gut möglich, daß die, die selig gesprochen werden sollen, tatsächlich deutliche Kritik geübt haben. Nach unserem jetzigen Wissensstand hat aber weder die offizielle Kirche in Deutschland, noch der Vatikan diesen Widerstand unterstützt. Die Katholische Kirche hat sich auch bisher nicht von ihrem damaligen Verhalten distanziert.

Nach dem 2. Weltkrieg verhalf die katholische Kirche tausenden Kriegsverbrechern und Wehrmachtsangehörigen zur Flucht vor den Alliierten. Dieser Einsatz der katholischen Kirche geschah, um die Anti-Kommunisten zu unterstützen. Im Kommunismus sah die Kirche eine Gefahr für ihren Einfluß und Macht, da Kommunisten meist Atheismus propagierten. Hohe Nazi-Schergen wurden mit falschen Papieren ausgestattet und über italienische Klöster, zum Teil sogar mit Halt in der Vatikanstadt, nach Südamerika ausgeschleust. Dazu gehören u.a. Obersturmbannführer Eichmann, Organisator der Deportation von Millionen Juden, Josef Mengele, KZ-Arzt in Auschwitz und Franz Stangl, KZ-Kommandant in Treblinka, angeklagt des 700 000-fachen Mordes (Dazu zeigen wir die Filme „Die Rattenlinie“ und „Persilscheine und falsche Pässe“).

An dem Verhältnis zu Faschisten und reaktionären Kräften scheint sich bis heute nicht viel geändert zu haben. So sprach Johannes Paul II. 1992 José Maria Escrivá de Balaguer selig. Der Opus Dei-Gründer vertrat Auffassungen wie, „Hitler war gar nicht so schlecht“ und habe auch „nur“ 4 000 000 Juden umgebracht. Opus Dei wird vorgeworfen, seine Finger beim Militärputsch in Chile 1973 im Spiel gehabt zu haben. Die Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem, ein exklusiver katholischer Orden, verantwortlich für die Finanzskandale der Vatikapbank, sind vom Papst anerkannt. In Deutschland bekleiden 1/3 der Grabesritter Positionen in Wirtschaft und Politik bis hinauf zu Konzernchefs und Regierungsmitgliedern. (Zu diesem Thema zeigen wir den Film „Das Geheimnis der Grabesritter“).

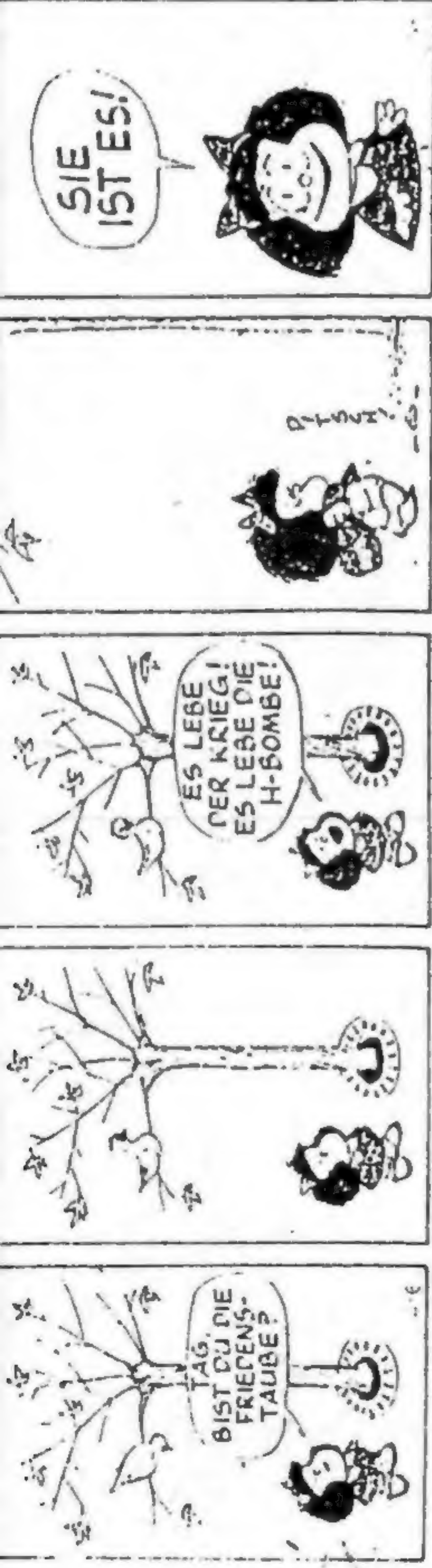
Wer mitmachen will, unsere Videos zeigen will, Material bringen oder haben will, kann uns erreichen donnerstags ab 20.00 Uhr über:

AK_Papstbesuch,
c/o Umweltbibliothek,
Schliemannstr. 22, 10437 B-Prenzlauer Berg,
Tel. 44 65 09 10



VIDEOTERMIN

- Mi., 22.5., 20.00, „*Persilscheine und falsche Pässe*“
Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, B-Friedrichshain,
Eintritt frei, anschließend Diskussion
- Do., 23.5., 19.30, „*Das Geheimnis der Grabesritter*“
Rudi, Am Rudolfplatz 5, B-Friedrichshain,
Eintritt frei, anschließend Diskussion
- Mo., 27.5., 19.00, „*Die Rattenlinie*“
Lichtblick-Kino, Wollinerstr. 19, B-Mitte,
Eintritt 4,-DM, anschließend Diskussion
- Mi., 5.6., 20.00, „*Das Geheimnis der Grabesritter*“
Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, B-Friedrichshain,
Eintritt frei, anschließend Diskussion
- Sa., 8.6., Infotisch auf dem Hoffest im Mehringhof
Geneisenaustr. 2a, B-Kreuzberg
- Di., 11.6., 19.00, *Anti-Papst-Diskussion*
21.00, Film
El Locco, Kreuzbergstr. 43, B-Kreuzberg
- Mi., 19.6., 20.00, *Anti-Papst-Veranstaltung mit Filmen*
Thommy Weißbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, B-Kreuzberg
- Sa., 22.6., Anti-Papst-Infos auf dem Hoffest Yorkstr. 59
weitere Termine folgen
- weitere empfehlenswerte Veranstaltungen
- Di., 18.6., 19.30, Esther Vilar liest aus ihrem Buch:
„*Katholikinnen aller Länder vereinigt Euch*“
Berliner Stadtbibliothek, Ribbeck-Haus, Breite Straße 36
- Do., 20.6., 20.00, Lesung mit Karl Heinz Deschner:
„*Kriminalgeschichte des Papsttums*“
Roter Salon, Volkshöhe am Rosa-Luxemburg Platz

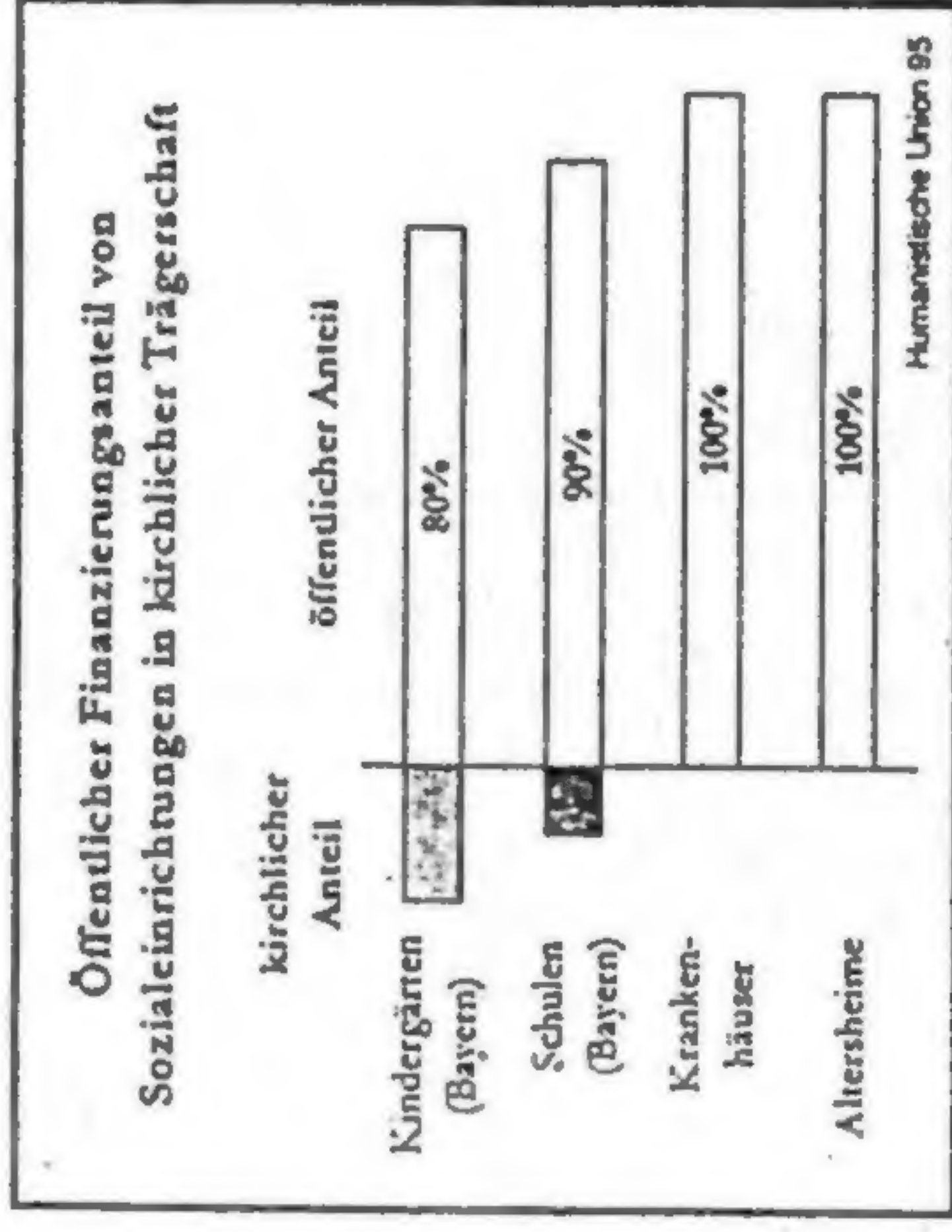
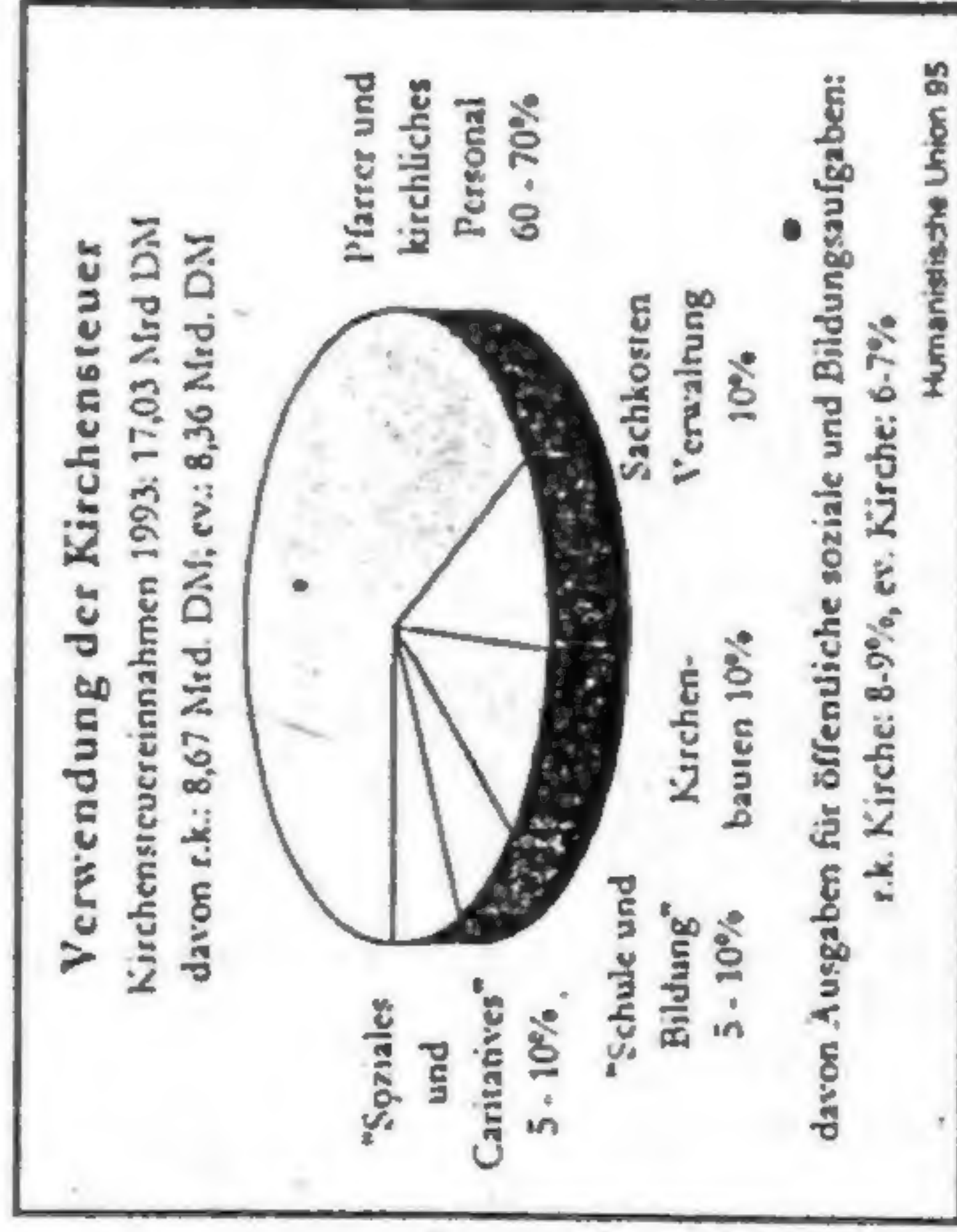


Die Kirche und Ihr Geld

Wie wird die Kirchensteuer verwendet?

Viele glauben der immer wieder aufgestellten Behauptung, der Großteil der Kirchensteuer komme sozialen Zwecken zugute. Das ist jedoch falsch. Tatsächlich werden allein 60 Prozent (in der evangelischen Kirche sogar 70 Prozent) der Kirchensteuern für die Bezahlung von Pfarrern und Kirchenpersonal verbraucht. In keinem anderen Land der Welt verdienen Pfarrer so viel wie bei uns: etwa 8000 DM im Monat. Ihre Besoldung und Versorgung entspricht der eines Regiergungsleiters. Der Rest der Kirchensteuereinnahmen wird größtenteils für Kirchenbauten und Verwaltungszwecke verwendet, so daß für die öffentlichen sozialen Zwecke - selbst nach kirchlichen Angaben - nur rund 8 Prozent (1,5 Mrd. DM) der Kirchensteuereinnahmen übrig bleiben.

Was viele nicht wissen: auch die Kosten von kirchlichen Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Altersheimen werden überwiegend - zwischen 80 und 100 Prozent - aus öffentlichen Steuermitteln finanziert (soweit sie nicht ohnehin von Elternbeiträgen, Krankenkassensätzen usw. gedeckt sind).

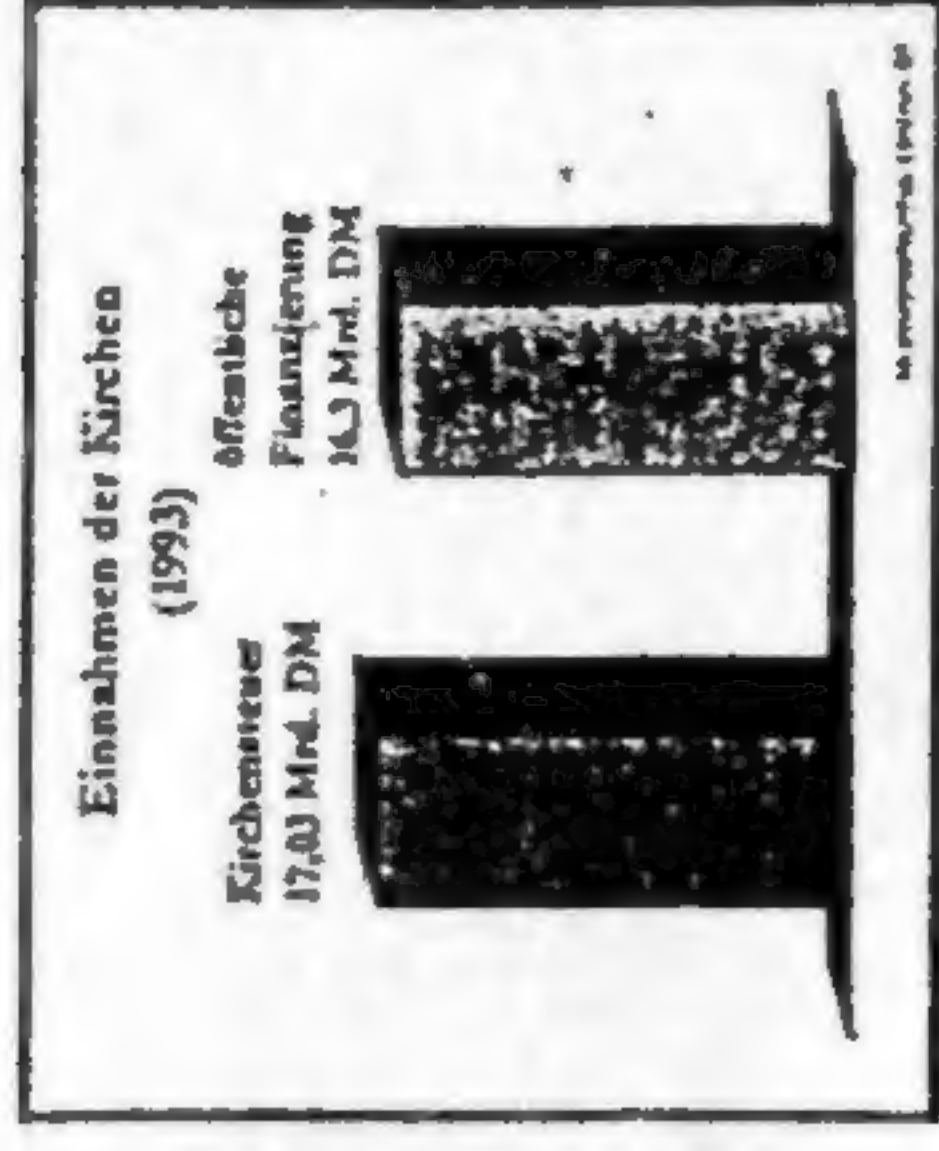


Wieviel erhalten die Kirchen von Ihren Steuern?

Die Kirchen verwenden von ihren bundesweit jährlich 17 Milliarden DM Kirchensteuereinnahmen nur rund 1,5 Milliarden für öffentliche soziale Zwecke. Darüber hinaus erhalten die Kirchen aber weitere 16,3 Mrd. DM aus öffentlichen Steuermitteln, d.h. aus Steuern, die auch von Nicht-Kirchenmitgliedern - derzeit über 30% der Gesamtbevölkerung - bezahlt werden. So kostet den Staat allein die Priester- und Theologenausbildung an den theologischen Fakultäten sowie die Finanzierung kirchlicher Fachhochschulen 1,1 Mrd. DM. Für weitere rein innerkirchliche Anliegen (z.B. Militärseelsorger, Bischofsgehilfen usw.) müssen Bund und Länder mindestens 4,5 Mrd. DM ausgeben; die Subventionen seitens der Kommunen liegen mit 5 Mrd. DM in ähnlicher Höhe.

Zusätzlich zu den Kirchensteuern kosten die bundesdeutschen Kirchen (die reichsten der Welt) die SteuerzahlerInnen also jedes Jahr über 16 Milliarden DM.

Das Vermögen der Kirchen, z.B. Grundbesitz, Beteiligung an Banken, Industrieunternehmen und Verlagen wird auf 400 Milliarden geschätzt. Die jährlichen Einnahmen aus diesem Vermögen sind nicht bekannt.



Öffentliche Finanzierung innerkirchlicher Einrichtungen	
kirchlicher Religionsunterricht an öffentlichen Schulen (bundesweit)	3,9 Mrd. DM
Priester- und Theologenausbildung an Universitäten sowie Unterhalt kirchlicher Fachhochschulen (incl. Uni Eichstätt)	1,1 Mrd. DM
Staatszuschüsse aufgrund von Konkordaten	1,4 Mrd. DM
Seelsorge an öffentlichen Einrichtungen (Militär Polizei; Gefängnisse Anstalten)	0,3 Mrd. DM
Denkmalchutz für Kirchenbauten (Bund und Länder)	0,27 Mrd. DM
Ausgaben öffentlicher Rundfunkanstalten für rein kirchliche Sendungen	0,3 Mrd. DM
Steuereinkünfte infolge der unbeschränkten Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer (laut Subventionsbericht der Bundesregierung)	4,2 Mrd. DM
Subventionen von Kommunen (Schätzung)	5 Mrd. DM
Summe:	16,3 Mrd. DM

Und Ihre Konsequenz?

Wenn Sie einen Teil Ihres Einkommens für soziale Zwecke ausgeben wollen, so gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen, die Sie direkt, also wirkungsvoller fördern können und durch deren Gemeinnützigkeit Ihre Steuerlast gemindert würde. Allerdings lassen die Kirchen Ihnen nicht ungestraft die Freiheit, über eine sinnvollere Verwendung Ihrer Beiträge zu entscheiden: sie verlangen Ihren Austritt. Der ist aber bei jedem Ständesamt ihres Erst- oder Zweitwohnsitzes bei Vorlage Ihres Ausweises einfach zu vollziehen (in Berlin kostenlos beim bezirklich zuständigen Amtsgericht).

Die Forderungen der Humanistischen Union

- Staat und Kirche werden getrennt, entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes.
- Konkordate (insbesondere das Hitler-Konkordat von 1933) und Kirchenverträge sind zu kündigen. Sie schreiben bis heute die Privilegien der Kirchen fest.
- Der Einzug der Kirchensteuer durch den Staat ist zu beenden.
- Der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen wird abgeschafft; er ist nicht länger Staatsaufgabe.
- Das Brandenburger Modell „Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde“, das nicht von den Kirchen veranstaltet wird, darf nicht weiter behindert werden.
- Die Militärseelsorge - in ihrer gegenwärtigen Form verfassungswidrig - als staatliche Einrichtung ist abzuschaffen.
- Aberkennung des privilegierten Status' des Vatikan bei den Vereinten Nationen.

HUMANISTISCHE UNION e.V., Bräuhäusstr. 2, 80331 München; Tel 089/22 64 41 (Fax 22 64 42)
Landesverband Berlin, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel./Fax 030/204 25 04
Postbank Berlin (BLZ 100 100 10) Konto-Nr. 1095-105

Quelle: Bund für Geistesfreiheit, Augsburg, August 1994, Grafik: HUMANISTISCHE UNION

Opus Dei - "Die Heilige Mafia" - Rechtsaußenflügel der katholischen Kirche und ihre Verbindung zu organisierten Abtreibungsgegnern

DIE KAMPFTRUPPE

GOTTES IN KREUZBERG

Wie Sie vielleicht schon wissen, hat sich der sogenannte "Berlin-Brandenburgische Kulturverein e.V." in der Stadtvilla, Möckernstraße 68 (Tel.: 786 60 32) niedergelassen.

Der "Berlin-Brandenburgische Kulturverein" ist eine Tarnorganisation des OPUS DEI, zu deutsch "Werk Gottes"!

Diese ultra rechte katholische Organisation tritt in den seltensten Fällen unter dem Namen OPUS DEI auf, verfügt aber innerhalb der katholischen Kirche und darüber hinaus über bedeutende Macht.

Das OPUS DEI, bzw. seine Mitglieder, sorgte schon oft für Presseschlagzeilen wegen Devisen- und Waffenschiebereien, seiner Geheimbundstruktur und dem sektenartigen inneren Aufbau.


1. Geschichte, Entwicklung und Bedeutung von Opus Dei

"Opus Dei", zu deutsch "Werk Gottes", wurde 1928 als ultrarechte katholische Laienorganisation in Spanien gegründet. Ins Leben gerufen wurde Opus Dei von dem katholischen Priester Josemaria Escriva de Balaguer y Albas, der den Aufbau des Werkes als direkte Folge göttlicher Inspiration darstellte. Während die damalige Zeit von der wachsenden republikanischen Bewegung und zunehmender Kritik an der Kirche geprägt wurde, setzte sich die neuentstandene Organisation zum Ziel, die sogenannten wahren katholischen Werte wiederzubeleben und die katholische Kirche zu "retten". Ausgestattet mit einem enormen Sendungsbewußtsein breitete sich Opus Dei seit den 40er Jahren weltweit aus, vor allem in Europa (Italien, Frankreich, Deutschland) und in Lateinamerika (Mexiko, Peru). Heute hat Opus Dei weltweit mindestens 80.000 Mitglieder, davon etwa 30.000 in Spanien und besetzt in den verschiedenen Ländern zentrale politische und gesellschaftliche Machtpositionen. Aus der kleinen, elitären und sektenartigen Organisation der 30er Jahre ist heute ein Machtfaktor geworden, der jedoch aufgrund der geheimbundartigen Struktur von Opus Dei öffentlich nicht als solcher sichtbar wird. Der nicht unbeträchtliche Einfluß von Opus Dei sowohl innerhalb der katholischen Kirche als auch in außerkirchlichen Bereichen wird dadurch in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Opus Dei war von Beginn an eine verschworene, elitäre Gemeinschaft, die im Verborgenen arbeitete. Das propagierte Ziel von Opus Dei lag und liegt darin, "den Alltag zu heiligen", das Apostolat in alle Lebensbereiche hineinzutragen und es dort zu verbreitern.

Der Aufbau des Werkes ist bis in alle Einzelheiten als kodifizierte Lehre und Wahrheit festgeschrieben und nicht veränderbar. Während Opus Dei auf der Ebene von Verhaltensmaximen und Wertvorstellungen extrem traditionalistisch anmutet, präsentiert sich das Werk auf weltlichen Ebenen, z.B. auf wirtschaftspolitischen Gebieten, als durchaus modernistisch und technokratisch.

Möckernstr. 68, Berlin-Kreuzberg



Die zentralen Elemente der Ideologie von Opus Dei formulierte der Gründer Escriva in seinem programmatischen Buch "El camino" - Der Weg. Dieses Buch wurde 1939 in millionenfacher Auflage und verschiedensten Übersetzungen veröffentlicht und gilt heute noch als religiöse Grundlage des Werkes. Die darin beschriebenen Wertvorstellungen und Ziele von Opus Dei spiegeln einerseits bestehende katholische Dogmen und Werte wieder, spitzen diese aber zusätzlich in autoritärer, patriarchaler Weise zu. Im Mittelpunkt stehen Werte wie Unterordnung und Gehorsam, ein kriegerischer Männlichkeits- und Führerkult und extreme Körper- und Sexualfeindlichkeit.

Diese geht einher mit der Abwertung und Unterwerfung von Frauen sowie der Verherrlichung von "Schmerz als Mittel, den einzelnen in seinen Zielen bescheiden zu machen und ihn ganz in den Dienst der Kirche zu stellen." (Schuck, Martin, in: Dritte Welt 5/ 1992, S. 38) Selbstgeißelung beispielsweise ist ein propagiertes und gefordertes Mittel im Kampf gegen als unnatürlich und schlecht betrachtete sinnliche und emotionale Bedürfnisse.

Das gesamte Innenleben der Organisation sowie Ziele und Einflußkanäle unterliegen einem strikten Geheimhaltungsgebot. Außer den Priestern dürfen die Mitglieder normalerweise ihre Beziehung zu Opus Dei in der Öffentlichkeit nicht preisgeben.

Ein langjähriges ehemaliges Mitglied und Ex-Priester von Opus Dei, Vladimir Felzmann, der nach 22 Jahren Opus Dei den Rücken kehrte, beschrieb die Anfänge und die dominierenden Werte so:

"Es war ein Krieg, ein Kampf.... Alles drehte sich um das Einheitsdenken: innerhalb der Organisation muß es totale Einheit geben.... Gehorsam war die Hauptsache, Ordnung, Organisation, Verleugnung des Individuums. Das Individuum bedeutete nichts: wie haben uns aufzugeben, völlig auf-

zugeben. Wenn man ins Opus Dei eintritt, muß man von sich selber ablassen. Das hat der geistliche Leiter des Opus Dei in England jahrelang quasi gepredigt: die Abtötung des Geistes; in derselben Weise, in der man den Körper abzutöten hat, muß man den Geist abtöten. So werden alle individuellen und subjektiven Gefühle dem großen Kreuzzug untergeordnet, der das Christentum in einer im wesentlichen feindlichen Welt ausbreiten sollte. So war es weitgehend in Spanien. Da war in jener Zeit der Bürgerkrieg im Abzug - mit allem, was dazugehörte. Die Bewegung entstand also in dieser Kampfes- oder Kriegsmentalität...." (Vladimir Felzmann, in: Hertel, Peter: Ich verspreche euch den Himmel, Patmos-Verlag, 1990, S. 194/ 195)

"Die Menschheit braucht einen Kreuzzug für die Männlichkeit und Reinheit." ("El camino")

Opus Dei stand von Anfang an dem faschistischen Franco-Regime in Spanien nahe und bewies auch in anderen Ländern seine Nähe zu diktatorischen Regimen. Während des spanischen Bürgerkrieges stand Opus Dei auf der Seite der francistischen Truppen gegen die republikanische Bewegung. Alle damaligen Opus Dei-Mitglieder meldeten sich freiwillig für die "Blau Division", eine spanische Freiwilligentruppe, die an der Seite des faschistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion kämpfte. Escriva war ein Bewunderer Hitlers: im Krieg gegen die SU sah er einen Feldzug zur Rettung des Christentums gegen den Kommunismus. Nach dem spanischen Bürgerkrieg profitierte Opus Dei von seiner Loyalität zum Franco-Regime. Von oben gefördert konnte sich das Werk zunächst in Spanien ausbreiten und erlangte sowohl politische als auch bedeutende ökonomische Macht. Mehrere Opus Dei-Mitglieder erhielten Ministerposten in Francos Kabinetten. Wirtschaftlich dominiert Opus Dei heute vor allem über seine Kontrolle des Bankenwesens in Spanien, die

etwa seit den 50er Jahren aufgebaut wurde. Darüberhinaus unterhält Opus Dei eigene, elitäre und angesehene Bildungseinrichtungen, z.B. eine staatlich anerkannte Privatuniversität in Pamplona (Navarra). Hier werden schwerpunktmäßig weltliche Fächer wie Wirtschaftswissenschaften und Journalismus gelehrt. Angeschlossen sind Fakultäten für Medizin, Architektur und für Ingenieurwissenschaften in San Sebastian sowie eine Business-Schule in Barcelona, wo eine technokratische Elite herangebildet wird. Ähnliche Ausbildungszentren hat Opus Dei auch in anderen Ländern errichtet, so z.B. in Mexiko und Peru.

"Führender Mann sein! Vermännliche deinen Willen, damit Gott dich zu einem Führenden macht." ("El camino")

Ein weiteres Beispiel für die politische Einflußnahme und Stoßrichtung des Werkes wird am Fall Chile deutlich. Auch hier unterstützte Opus Dei direkt und indirekt den Militärputsch gegen die Unidad Popular 1973. "Die führende Oppositionszeitung, El Mercurio, war von Opus Dei Leuten kontrolliert, nach dem Putsch wurde der Vorsitzende der radikalsten Organisation 'Patria y Libertad' von General Pinochet beauftragt, eine Verfassung zu erarbeiten. Auch er war Opus Dei Mitglied." (Schuck, Martin, in: Dritte Welt 5/1992, S.38).

Die chilenischen Journalistinnen Elisabeth Reimann-Weigert und Fernando Rivas Sanchez berichten in ihrer Dokumentation "Chile: Analyse einer Entwicklung" : "Die Anhänger des Opus Dei in Chile haben die Junta in allen wichtigen Lebensfragen beraten. In der Wirtschaft und Politik sind sie modernisierend, jedoch auf einer dogmatischen, religiösen Basis. Obwohl klein in der Gruppe, sind sie überall vertreten: in 'Patria y Libertad', in der Nationalpartei, in der Kirche, beim Militär...Zwei Angehörige der Junta, Leigh und Merino, sowie die meisten der zivilen Assessoren (...) sind Mitglieder der Sekte Opus Dei." (vgl. "Das zensierte Buch - Geschäfte und Verbrechen der Politmafia" von Roth,Jürgen und Ender, Berndt, IBDK-Verlag, 2. Auflage 1988, S. 137)

In der BRD begann das Opus Dei seit Anfang der 50er Jahre mit dem Aufbau seiner Zentren, unterstützt von Kräften in der CDU und CSU (Alois Mertes; Fritz Pirkel,...) sowie der Kirche, hierbei besonders von Bischof Hengsbach aus Essen und von Kardinal Ratzinger.

Zentral für eine Analyse von Opus Dei ist die Kenntnis der Struktur und Form dieser Organisation. Aus dieser geht eine spezifische Arbeitsweise und Präsentation in der Öffentlichkeit hervor. Opus Dei tritt fast nie in seinem eigenen Namen auf, sondern gründet Tarnvereine. Diese können Vereine, Bildungseinrichtungen und Stiftungen o.ä. sein mit Schwerpunkten im Bereich Kultur und Bildung. Die von Opus Dei Mitgliedern gegründeten Einrichtungen sind formal-rechtlich unabhängig, d.h. nach außen hin ist keinerlei Zusammenhang mit der Organisation Opus Dei festzustellen. Opus Dei stellt sich in der Öffentlichkeit selbst als eine rein geistliche Organisation dar und kann dies durch die rechtlich unabhängige Struktur seiner verschiedenen Einrichtungen auch aufrechterhalten, gleichwohl ihre Gründung auf Opus Dei Mitglieder und/oder Sympathisanten zurückgeht. Opus Dei enthebt sich der Verantwortung für die Tätigkeiten der Vereine mit dem Argument, daß die Aktivitäten seiner Mitglieder deren Privatsache seien und nichts mit Opus Dei als Organisation zu tun hätten. Insofern seien auch berufliche, politische und wirtschaftliche Machtpositionen seiner Mitglieder deren private Angelegenheit, die aber kei-

nen Zusammenhang mit der "rein geistlichen" Organisation Opus Dei hätten..

Zu den wichtigsten Einrichtungen von Opus Dei in der BRD gehören die "Studentische Kulturgemeinschaft e.V." und der "Deutsch-Internationale Kulturverein", die zahlreiche Studentenwohnheime unterhalten, das Lindenthalinstitut in Köln, die Fördergemeinschaft Schulen in freier Trägerschaft, die Rhein-Donau-Stiftung und in Berlin der "Berlin-Brandenburgische Kulturverein". Über die Mitglieder und Förderer dieser Einrichtungen und über personelle Verknüpfungen werden ansatzweise Einflußkanäle und Finanzstärke der "Heiligen Mafia" sichtbar. Als Beispiel: Die Rhein-Donau-Stiftung wurde 1977 von dem Opus Dei Mitglied Hans Thomas gegründet. Ihr Generalsekretär, ebenfalls von Opus Dei, Werner Schmidt, ist zugleich Finanzchef und Geschäftsführer der Studentischen Kulturgemeinschaft. Präsident der Rhein-Donau-Stiftung ist der CSUler und ehemaliger bayerische Minister Fritz Pirkel. Dieser ist gleichzeitig Vorsitzender der CSUnahen Hanns-Seidel-Stiftung. Diese wiederum unterhält zusammen mit einer Opus Dei Einrichtung ein Forschungszentrum auf den Philippinen. Uswl Ein zentrales Bindeglied für die internationalen Stiftungen, Einrichtungen und Banken von Opus Dei ist die Limmat-Stiftung in der Schweiz, über die vielfältige Finanztransaktionen, u.a. zwischen Spanien (RUMASA-Konzern und Banken) , Italien (Banco Ambrosiano und Vatikanbank) und Lateinamerika getätigt wurden. In der BRD verfügt Opus Dei neben Kontakten zur Konrad-Adenauer-Stiftung und zur Hanns-Seidel-Stiftung natürlich auch über Förderer in der Großindustrie, so z.B. Thyssen, das dem Opus Dei in den 60er Jahren ein Grundstück schenkte, zu Bayer und Krupp.

Die Mitglieder des Opus Dei sind, sofern bekannt, meistens (v.a. die Männer) in sozial und ökonomisch hohen Positionen zu finden: Professoren, Juristen, Ärzte. Dies entspricht dem Ziel von Opus Dei, über die Erlangung hoher beruflicher Positionen von oben Einfluß zu nehmen und eine Rechtsentwicklung sowohl in der Kirche als auch außerhalb zu fördern. Über die Finanzkraft des Opus Dei, das sich formal als arm darstellt, sagte ein ehemaliger Rektor einer Opus Dei-Universität in Peru: "Die Güter des Opus Dei sind im Namen seiner Mitglieder in Unternehmen enthalten, deren Aktien den Mitgliedern gehören, oder aber in Stiftungen, die durch die Mitglieder kontrolliert werden." (vgl. "Das zensierte Buch - Geschäfte und Verbrechen der Politmafia" von Roth,J./Ender, B., IBDK-Verlag, 2. Auflage 1988)

Zur Stellung von Opus Dei innerhalb der katholischen Kirche: Erstmals kirchenrechtlich anerkannt wurde Opus Dei 1950. Der Vatikan begann v.a. seit dem Amtsantritt des Papstes Wojtyla (Johannes Paul II) 1978, Opus Dei außerordentlich zu fördern. Karol Wojtyla soll schon in seiner Zeit als Krakauer Erzbischof beste Kontakte zu Opus Dei unterhalten haben. Der Nachfolger des Gründers Escriva, Alvaro del Portillo, bezeichnete das Werk als ein mächtiges mobiles Corps, das sich dem Papst zur Verfügung stellte. Insofern wundert es nicht, daß Opus Dei höchste päpstliche Würdigung erfuhr: 1982 wurde es in den bisher einzigartigen Status einer Personalprälatur erhoben, der von Opus Dei schon seit den 60er Jahren angestrebt wurde. Opus Dei gilt durch diese enorme Privilegierung als Bistum ohne territoriale Ausdehnung, und die Ordensmitglieder sind dem Einfluß der Ortsbischöfe entzogen. Opus Dei -Priester haben in Rom ihren eigens für sie zuständigen Bischof und unterstehen somit direkt dem Papst. Dieser Status beinhaltet also eine weitgehende Unabhängigkeit von den Ortskirchen und eine engere Bindung an den Papst. Der Papst sprach darüberhinaus 1992 den Opus Dei-Gründer Escriva nur 17 Jahre nach dessen Tod selig.

In den letzten Jahren wurden viele Opus Dei-Mitglieder zu Bischöfen ernannt, wobei z.B. in Lateinamerika Vertreter einer Basiskirche bzw. der Befreiungstheologie durch die rechten Opus Dei-Leute ersetzt wurden. Auch hier wird deutlich, wie Opus Dei die gesellschaftliche Entwicklung nach rechts, sowohl inner- wie außerhalb der Kirche, vorantreibt und stützt.

2. Ideologie und Frauenbild von Opus Dei

Ideologisch grundlegend ist die Annahme, daß das Opus Dei allein auf Gottes Willen zurückgeht und deshalb einzigartig, vollkommen und heil ist.

Daraus resultiert auch der Eliteanspruch; die Mitglieder sind quasi von Gott persönlich auserwählt die Kirche und die Welt zu retten.

"Dutzendmensch werden? Du... zum großen Haufen gehören, der Du zur Führung geboren bist? Bei uns haben Laue keinen Platz." ("El camino")

Das Gesellschaftsbild orientiert sich an der angeblich natürlichen Schöpfungsordnung, d.h. jeder Mensch hat seinen Platz in der Welt und dies ist gottgewollt.

"Welche Sucht in der Welt von seinem Platz wegzukommen! Was würde geschehen, wenn jeder Knochen und jeder Muskel des menschlichen Körpers einen anderen Platz einnehmen wollte, als der, der ihm zukommt? Das ist der eigentliche Grund für das Unbehagen der Welt. Harre aus an Deiner Stelle mein Kind!" ("El camino")



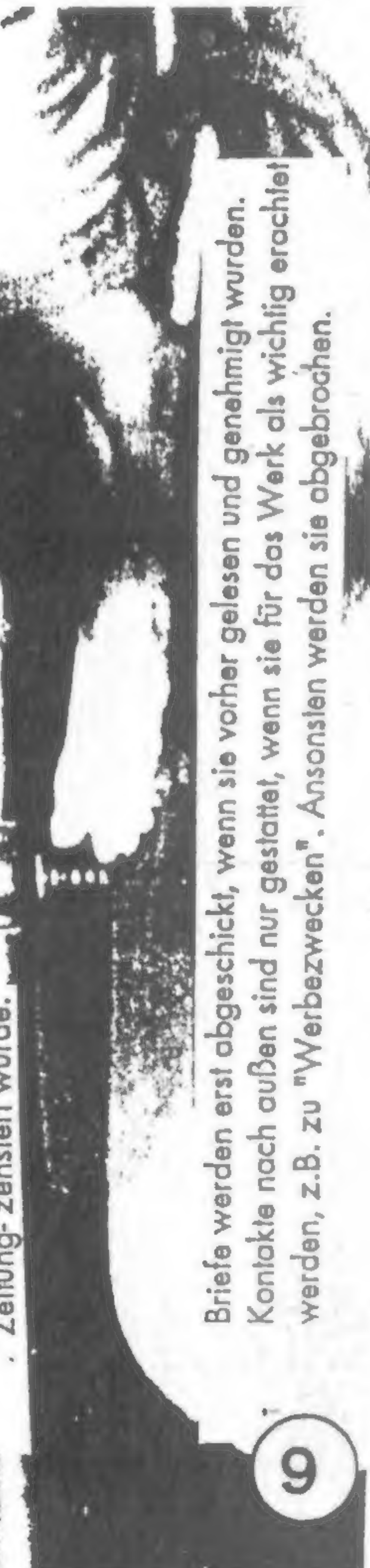
Die Konsequenz daraus ist, daß gegen jede Bewegung, Person, Gruppierung oder Partei, die ein anderes Gesellschaftsbild vertritt - und z.B. Unterdrückungsverhältnisse nicht als natürlich hinnehmen will - angekömpft werden muß.

Die Einflußnahme erfolgt "von oben", entsprechend dem Elite- und Autoritätsdenken. Es ist also kein Zufall, wenn man die "Kampftruppe Gottes" im Pakt mit rechten Regierungen und faschistischen Regimes findet.

Dem Eliteprinzip nach außen entspricht die bedingungslose Autoritätshörigkeit und Unterordnung in der inneren Struktur. Diese ist streng hierarchisch aufgebaut. Mit dem jeweiligen geistlichen Leiter muß alles abgesprochen werden:

Der Tagesablauf wird von Anfang bis Ende durchstrukturiert.

Gelesen wird nur, was nicht auf dem Bücherindex steht oder vorher -wie z.B. die Zeitung- zensiert wurde.



Briefe werden erst abgeschickt, wenn sie vorher gelesen und genehmigt wurden. Kontakte nach außen sind nur gestattet, wenn sie für das Werk als wichtig erachtet werden, z.B. zu "Werbezwecken". Ansonsten werden sie abgebrochen.

Innerhalb der Strukturen besteht eine totale Kontrolle und ein sehr gutes Bespitzelungssystem (im Opus Dei Sprachgebrauch nennt sich das "brüderliche Zurechtweisung").

Als einer der größten Feinde wird der eigene Körper betrachtet. Die Konsequenz in der Praxis sind täglich ausübende Abtötungen, wie z.B. das Tragen von Bußgürteln, wöchentlicher Geißeln etc.

Insgesamt gesehen kann das Opus Dei von seiner inneren Struktur her als sektenartig bezeichnet werden.

Frauenbild

Das Frauenbild des Opus Dei entspricht dem der katholischen Kirche, nur in extremerer Ausprägung; d.h. es ist biologisch, sexistisch und extrem patriarchal.

"Die Frau hat von ihrer biologischen Aufgabe her ein natürliches Bedürfnis nach Unterwerfung, der Mann nach Eroberung und Beherrschung." (Christa Meves in "Das Ehealphabeth", 1973, zitiert in: Vorsicht Lebensschützer! Frauen gegen den § 218. Bundesweite Koordination (Hg.), Hamburg 1991)



Die Unterschiedlichkeit zwischen Frau und Mann wird auf biologische und seelische Anlagen und daraus resultierenden unterschiedlichen Wesensmerkmalen zurückgeführt. Und das ist natürlich auch gottgewollt.

Das Ideal der Frau entspricht dem Marienbild: Jungfrau und Mutter. Sexualität ist allenfalls in einer monogamen Ehe denkbar und dies hauptsächlich zum Zweck der Erzeugung von Nachkommen. Alle anderen Lebensformen sind widernatürlich oder ein Werk des Teufels. So bemerkt Christa Meves (Bestsellerautorin, bekannte "Lebensschützerin" und zumindest Sympathisantin des Opus Dei) eine Zunahme von weiblicher Homosexualität. Ihre Erklärung dafür: Es handelt sich um "Pseudohomosexualität", entstanden durch "Übersättigung im normalen Verkehr". (vgl. Sexualethik und Seelsorge, Zeitschrift des Weißen Kreuzes, 1/89)

Das Bild der Frau ist die als dem Mann Dienende. Eine extreme Ausprägung dieser Sichtweise im Opus Dei sind die sogenannten "Hilfsnumerarierinnen", die nur dazu da sind die männlichen "Residenzen" zu versorgen, zu putzen, waschen, kochen...

Die extreme Körperfeindlichkeit hat für Frauen auch eine besondere Variante. Körper wird gleichgesetzt mit Gefühl, Sinnlichkeit etc. und dies wird mit weiblich gleichgesetzt. Geist steht für Intellekt, Stärke etc. und wird als männliche Eigenschaft verherrlicht. Da gegen den Körper angekämpft werden muß, müssen Frauen auch teilweise härtere Abtötungen vornehmen, da sie sinnlicher sind. Z.B. auf einem Holzbrett statt einer Matratze schlafen.

3. Verbindungen von Opus Dei zu Gruppen von "Lebensschützern" (CDL, EÄA, JVL) und den Antiabtreibungskampagnen der katholischen Kirche

Voraussetzungen muß man, daß der Kernpunkt der Weltanschauung von organisierten AbtreibungsgegnerInnen der christliche Glaube ist (Schöpfungsordnung: In Vorgänge von Zeugung, Schwangerschaft und Geburt darf nicht eingegriffen werden). Deshalb ist gerade die katholische Kirche für die Bewegung der Lebensschutzorganisationen von großer Bedeutung. Deren Kampf gegen Selbstbestimmung von Frauen, Verhütung und Abtreibung reicht bis zur Hexenverfolgung.

"Wer Verhütungsmittel benutzt, will nicht, daß neues Leben entsteht, ..., Dies ist die Einstellung eines Mörders, der es als Übel ansieht, daß sein Opfer existiert." (Carlos Caffara, Leiter des päpstlichen Institutes für Ehe und Familie, zitiert in: Vorsicht Lebensschützer!, S.O.)

Abtreibung wird mit Massenmord gleichgesetzt und laut katholischer Geistlichkeit das schlimmste Übel, was die Welt zu bieten hat. Häufig werden Schwangerschaftsabbrüche auch mit dem Holocaust verglichen

Die Trennung zwischen Staat und Kirche existiert nur auf dem Papier. Gerade bei der Frage des §218 fordert(e) die Kirche staatliche Maßnahmen und engagierte sich, vor allem in den letzten Jahren, entsprechend.

Eine Rolle hierfür könnte die politische Umwälzung in Osteuropa und damit verbundenen Einflußmöglichkeiten spielen; in Polen erfolgreich.

Hauptangriffspunkte in der BRD sind, bzw. waren, die Notlagenindikation und die Krankenkassenfinanzierung. In den Jahren vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gab es vielfach Aktionen und Unterschriftensammlungen gegen Kassenfinanzierung und Notlagenindikation.

Verbindungen von Opus Dei zu organisierten AbtreibungsgegnerInnen (vgl.: "Vorsicht 'Lebensschützer' - Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner", Frauen gegen den §218, Bundesweite Koordination (Hg.), Konkret Literatur Verlag, 1991)

Wir gehen hier auf drei Gruppen von organisierten AbtreibungsgegnerInnen ein, in denen Opus Dei-Leute mit großem Einfluß vertreten sind. Dabei ist es nicht immer möglich, klar zu sagen, ob jemand Opus Dei-Mitglied ist oder dem "Werk Gottes" nur sehr nahe steht, weil sich die Angehörigen von Opus Dei nur in den seltensten Fällen zu ihrer Mitgliedschaft bekennen.

Die Organisationen, auf die wir eingehen wollen, sind:

- Christdemokraten für das Leben (CDL)
- World federation of doctors who respect human life (WFOD)
- Juristenvereinigung Lebensrecht (JVL)

Christdemokraten für das Leben (CDL)

Die CDL wurde 1985 gegründet. Sie steht nur CDU/CSU-Mitgliedern offen. Die CDL wendet sich schon seit langem gegen die Notlagenindikation bei Abtreibungen. Sie fordert ein vollständiges Abtreibungsverbot und harte Bestrafung aller Beteiligten und unterstützt die Forderung nach "Kindergeld ab Schwangerschaft".

In der ehemaligen DDR hat die CDL schnell ihre Landesverbände aufgebaut - mit materieller Unterstützung von Bischöfen und vom Bundesministerium für Jugend Familie, Frauen und Gesundheit, sowie mit organisatorischer Hilfe von Ärzten, Kirchen und KALEB ("Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren" - das sind organisierte Abtreibungsgegner, die in der ehemaligen DDR aktiv sind). In Sachsen hatte die CDL schon 1991 staatlich geförderte Schwangerschaftsberatungsstellen.



Über Doppelmitgliedschaften besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der CDL und anderen "Lebensschutz"-Organisationen, z.B. mit der "Aktion Leben" (eine militante "Lebensschutz"-Gruppe), mit der Juristenvereinigung Lebensrecht (JVL) und der Europäischen Ärztelektion (EÄA), beides Eliteorganisationen der "Lebensschützer".

In der CDL aktive Opus Dei-Leute sind u.a.:

- Johanna Gräfin von Westphalen, Vorsitzende der CDL (auch JVL-Mitglied)
- Paul Hoffacker
- Roland Rösler (auch Beirat des Schulungszentrums der "Aktion Leben", bekannt durch Auftritte und Veröffentlichungen bei der EÄA)
- Otto von Habsburg (Opus Dei-Sympathisant, Vorsitzender der Paneuropaunion (PEU); entscheidendes Bindeglied zwischen konservativen und neofaschistischen Rechten)

Christa Meves, analytische Kinder- und Jugendtherapeutin, hat das Bundesverdienskrenz verliehen bekommen; zentrale Figur in "Lebensschützer"-Kreisen, taucht überall auf, ist aber nirgends Mitglied; steht dem Opus Dei nahe und schreibt im Verlag der "Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft" (faktilisch eine Opus Dei-Einrichtung)

- Siegfried Ernst: steht dem Opus Dei nahe und schreibt ebenfalls im Verlag der "Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft"; ist selber Evangelikale; Neofaschist (kann sogar offiziell so bezeichnet werden, darüber gabs ein Gerichtsverfahren); taucht in Lebensschützer"-Kreisen überall auf; Mitglied in der CDL, Vorsitzender der EÄA und Gründungsmitglied der WFOD;

World federation of doctors who respect human life (WFOD)

Die WFOD wurde 1974 gegründet und ist die größte internationale Organisation von "Lebensschützern", sie hat etwa 26000 Mitglieder in 60 Ländern. Die WFOD unterhält gute Kontakte zum Vatikan. In der BRD wird die WFOD durch die Europäische Ärzteaktion (EÄA) vertreten.

Mitglieder und ReferentInnen der WFOD aus dem Umkreis von Opus Dei sind u.a.:

- Prof. Heribert Berger (auch Pro Vita-Vorstand)
- Prof. Wolfgang Waldstein (Jura-Professor, Pro Vita-Vorstand, auch JVL-Mitglied)
- Balthasar Staehelin (Zürcher Arzt, referiert auch bei der EÄA)
- Prof. Wanda Polawska (Psychiaterin aus Kraków, sehr enge Vertraute des Papstes)

Juristenvereinigung Lebensrecht (JVL)

Die JVL wurde 1984 in Köln gegründet. Ihr Ziel ist die Verschärfung des §218. Spätestens seit den Memminger Prozessen dürfte klar sein, daß Juristen bei der Frage des §218 eine zentrale Rolle spielen.

In der JVL sitzt die Elite der Straf- und Rechtswissenschaftler der BRD. Ebenfalls vertreten sind Vorsitzende aller anderen Lebensschutzorganisationen. Viele ihrer Mitglieder veröffentlichten in juristischen Fachzeitschriften oder sind Herausgeber dessen. Außerdem beherrschen MitgliederInnen der JVL die gesamte Ausbildungsliteratur zum Thema §218 fast ausnahmslos.

Die JVL hatte sicherlich einen großen Einfluß auf das Urteil des BVG. So trat z.B. einer der Richter des BVG 1990 aus der JVL aus, gerade noch rechtzeitig um einem Befangenheitsantrag aus dem Wege zu gehen.

Ein Herr Stürmer, der als Gutachter vom BVG berufen wurde, ist ebenfalls Mitglied in der JVL.

Die JVL ist ein Eliteverein. Dies paßt gut zur Ideologie des Opus Dei, nämlich Einfluß von oben auszuüben. Mitgliedern des Opus Dei wird nahegelegt der JVL beizutreten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß nach dem Urteil des BVG eine Diskussionsveranstaltung im Lindenthal Institut (Opus Dei nahes Institut) durchgeführt wurde, zu der u.a. die einzige weibliche RichterIn des BVG, Dr. Karin Großhof, geladen war.

4. Opus Dei in Berlin

Es gibt in Berlin eine Männer- und eine Frauenabteilung, die streng voneinander getrennt leben und arbeiten. Nach eigenen Angaben von Opus Dei-Angehörigen gibt es in Berlin zwanzig männliche und acht weibliche Opus Dei-Mitglieder.

Zunächst zur Männerabteilung:

schon seit 1986 existiert am Kurfürstendamm 186 ein Opus Dei-Zentrum in einer großen Privatwohnung. Da wohnten mehrere Männer, u.a. Prof. Cervós-Navarro und der Opus Dei-Priester Brosa. In der Wohnung fanden auch Veranstaltungen statt. Die Männer, die dort lebten, hatten schon damals gute Kontakte zu Kirchenoberen: der damalige Berliner

Bischof Kardinal Bengsch hatte 15000,- DM für den Ausbau einer Kapelle in dieser Wohnung gespendet.

"Berlin-Brandenburgischer Kulturverein e.V." - Tarnorganisation des Opus Dei

1992 wurde der "Berlin-Brandenburgische Kulturverein e.V." als eingetragener Verein zugelassen, zunächst noch mit der Adresse eine Stadtvilla in der Möckernstr. 68 in Kreuzberg. Da wohnen jetzt etwa sechs Opus Dei-Männer. Der "Berlin-Brandenburgische Kulturverein e.V." ist eine Tarnorganisation des BRD: die "Studentische Kulturgemeinschaft e.V." als die wichtigste Opus Dei-Einrichtungen in der 129, Bonn; Geschäftsstelle: Paulstr. 22, Köln; Geschäftsführer Männerabteilung (Adenauerallee der "Deutsch-Internationale Kulturverein e.V." als die Frauenabteilung (Bonn). Der "Berlin-Brandenburgische Kulturverein e.V." ist an Weisungen des Muttervereins "Studentische Kulturgemeinschaft" gebunden.

Nach Angaben des Notars des Vereins übernimmt der Berlin-Brandenburgische Kulturverein e.V. "das in Berlin gelegene Vermögen des Muttervereins "Studentische Kulturgemeinschaft e.V." (Bonn) und setzt dessen Tätigkeit und die Tätigkeit des Muttervereins "Deutsch-Internationaler Kulturverein e.V." (Bonn) in Berlin und Brandenburg und den angrenzenden früheren Ostblockländern fort. (...) Beide Muttervereine hatten und haben auch

künftig maßgebenden Anteil an den Aktivitäten der Berliner Gruppe. Die Gründung des Berliner Vereins ist eine Folge der Wiedervereinigung und der jetzt möglichen Ausdehnung seiner Tätigkeit auf Ostberlin, Mitteldeutschland und der angrenzenden Länder. Das erfordert einen eigenen Rechtsträger und eigene Spendenquittungsfähigkeit. (entnommen aus der Akte des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V." beim Vereinsregister) Weiterhin schreibt der Notar des Vereins ans Vereinsregister: "Soweit eine geistliche Leitung in Frage steht, wird sie in der Regel Priestern des Opus Dei übertragen."

Im Fall einer Auflösung des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V." geht das Vermögen zurück an die "Studentische Kulturgemeinschaft e.V.", Bonn (laut Punkt 8 der Satzung des Vereins).

Mit der gleichen Adresse Möckernstr. 68 benutzt Opus Dei noch mindestens zwei andere Namen: "Bildungszentrum Feldmark" und "FWM-Stiftung". Diese Stiftung ist nirgends registriert oder zugelassen. Aber unter diesem Namen hat Opus Dei einen Antrag auf Förderung durch EG-Gelder gestellt für ein Jugendpilotprojekt in Polen. Dieser Antrag wurde allerdings abgelehnt.

In der Satzung des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins e.V." werden seine Aufgaben und Ziele sehr vage als Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit bezeichnet.

Faktisch versuchen Opus Dei-Leute hier, Kontakte aufzunehmen mit Kirchengemeinden in Berlin, sie wollen Firm- und Religionsunterricht mitgestalten. Sie wollen, daß Jugendliche aus den Kirchengemeinden zu ihnen in ihr Haus kommen, z.B. zu "Grundkursen des Glaubens", die Dr. Patt veranstaltet.

Zu den Kirchenoberen haben sie bereits gute Kontakte, so z.B. zum Berliner Bischof Sterzinsky. Der hat für den Ausbau einer Kapelle in der Stadtvilla in der Möckernstr. 68 100000,- DM gespendet.

Opus Dei-Leute selber bezeichnen ihre Ausdehnung nach Berlin als eine Folge der Wiedervereinigung. In Berlin soll ein großes Opus Dei-Zentrum aufgebaut werden, es kann das größte nach dem im Köln/Bonner Raum werden.

Opus Dei bemüht sich um Kontakte zu Bischöfen in der ehemaligen DDR. Angeblich unterhalten sie gute Verbindungen zum Dresdener Bischof Reinelt. Außerdem will sich Opus Dei von Berlin aus weiter nach Osteuropa ausdehnen. So gibt es bereits vier Opus Dei-Zentren in Polen: drei in Warschau, eins in Stettin - außerdem gibt es je ein Opus Dei-Zentrum in Prag, Budapest, Slowenien.

Der Notar des "Berlin-Brandenburgischen Kulturvereins" und der Gebäudekomplex, zu dem die Stadtvilla in der Möckernstr. 68 gehört

Der Notar des Vereins, Dr. Hans-Joachim Rust (Malköferpfad 26), ist gleichzeitig auch Verwalter und Besitzer (zumindest Mitbesitzer) des gesamten Gebäudekomplexes Möckernstr. 68. Außer der Stadtvilla gibt es auf dem Gelände noch weitere Räumlichkeiten, in denen die "Tanzfabrik", ein Umschulwerk, Vereine und Wohnungen untergebracht sind. Aus der Akte des Vereins beim Vereinsregister (Nr. der Akte: 95 AR 1028/91) ist zu entnehmen, daß der Verein in nächster Zeit weitere Räume auf dem Gelände dazumieten will, bzw. daß der Notar des Vereins und Besitzer des Hauses dem Verein weitere Räume zur Verfügung stellen will. Möglicherweise soll in dem Hinterhaus auf dem Gelände ein Studentenheim oder ein Bildungszentrum von Opus Dei eröffnet werden.



Die Mitglieder des Vereins

Die meisten Mitglieder des Vereins sind Ärzte oder Professoren. Vorstandsmitglieder des Vereins sind:

- Prof. Dr. Jorge Cervós-Navarro, Kurfürstendamm 186 und Möckernstr. 68, stellvertretender Vorsitzender.
 - Professor Cervós-Navarro hat seit 1968 einen Lehrstuhl für Neuropathologie an der FU Berlin. Von 81 - 87 war er FU Vizepräsident. Jetzt ist er geschäftsführender Direktor des Neuropathologischen Instituts im Uniklinikum Steglitz. Einer seiner akademischen Mitarbeiter ist Stephan Patt, der auch in der Möckernstr. als Numerarier lebt.
 - Dr. Erhard Sundermann, Länderallee 21, Vorsitzender des Vereins, Internist mit Praxis in der Hohenstauffenstr. 2, Schöneberg
 - Prof. Dietmar Stehlik: Ihnestr. 51, Dahlem, Professor für Experimentelle Physik an der FU, Institut für Experimentalphysik, Arnimallee 14, Dahlem, er ist Sprecher des Sonderforschungsbereichs "Energie- und Ladungstransfer in molekularen Aggregaten (Sfb 337)" Schatzmeister des Vereins
- Im erweiterten Vorstand ist:
- Dr. Wolfgang Hanuschik, Augenarzt mit Praxis in der Müllersir. 40, Wedding
- Weitere Gründungsmitglieder des Vereins:
- Dr. Wolfgang Steiner, Inselstr. 9a
 - Klaus Birkhäuser, Kantstr. 20
 - Max Wehrhahn, Alt-Moabit 100
 - Jörg Lehmann, Dehlbrückstr. 10, Dahlem, Schriftführer des Vereins
 - Dr. Karl Schreiner, Kurfürstendamm 186 bzw. später Möckernstr. 68
 - Dr. Stephan Patt: 31 Jahre alt, Geschäftsführer des Vereins; er bezeichnet es als sein "soziales Engagement", gegen Abtreibungen aufzutreten, so hat er z.B. bei der "Woche für das Leben" (Kampagne von katholischen LebensschützerInnen) Filme gegen Abtreibungen gezeigt in Pfarren hat er Veranstaltungen gemacht über "Medizin und Ethik" und die "Abtreibungsproblematik"; er ist Neuropathologe am Uni-Klinikum Steglitz (FU) und dort akademischer Mitarbeiter von Prof. Cervós-Navarro

Die Frauenabteilung des Opus Dei in Berlin

Die Frauen von Opus Dei stehen in Berlin noch viel mehr am Anfang ihrer Arbeit als die Männer. Soweit wir wissen, haben sie hier auch noch keinen Verein o.ä. gegründet.

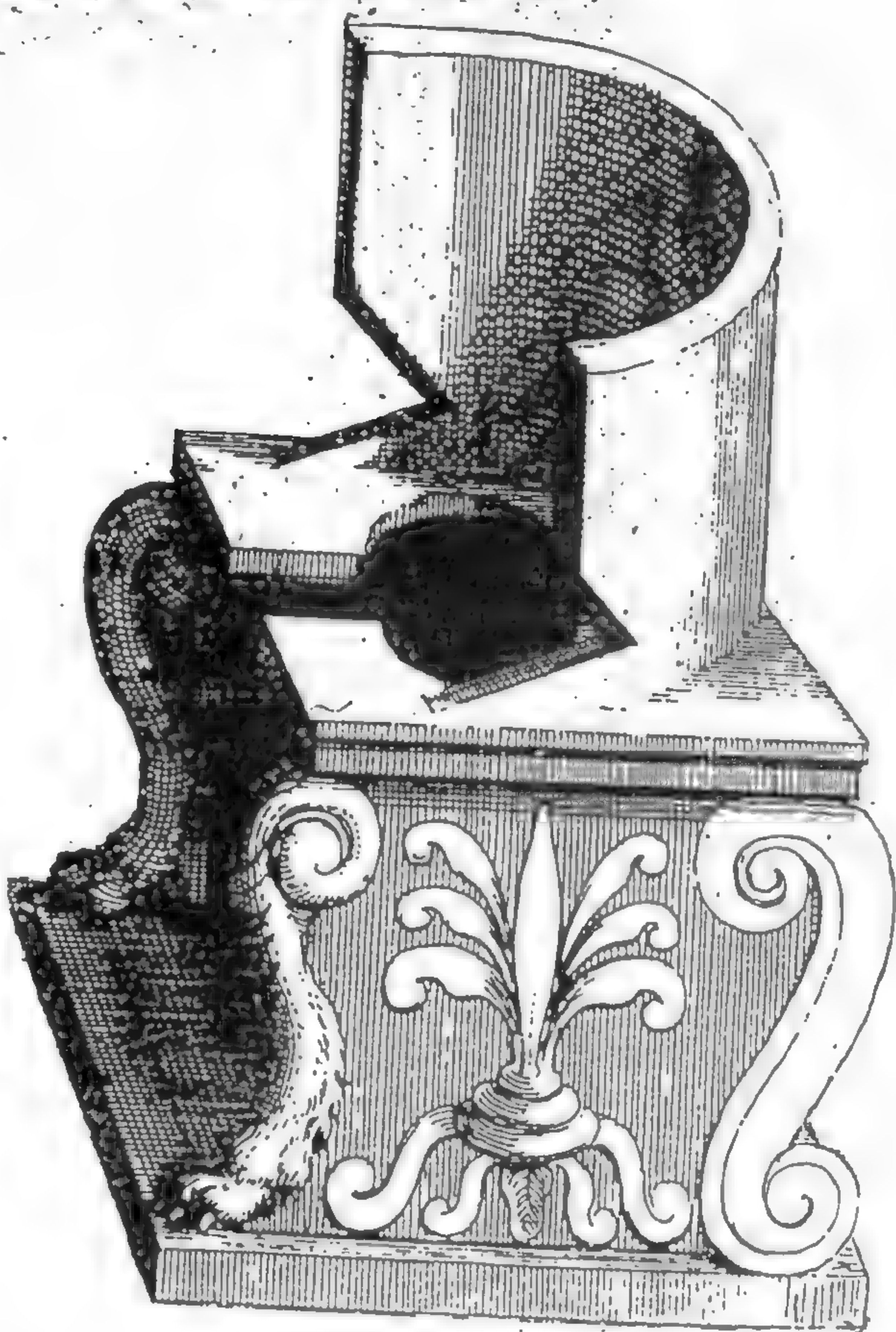
Seit Ende 1992 gibt es ein Zentrum der Opus Dei-Frauen in einer Privatwohnung im 3. OG in der Eisenacher Str. 119 in Schöneberg. Da wohnen vier Frauen: eine Programmiererin, zwei Ärztinnen, von denen mindestens eine auch am Uni-Klinikum der FU arbeitet, und eine gelernte Fotogenieurin, Yannie Büse. Diese Yannie Büse arbeitet seit langem nicht mehr als Fotogenieurin, sondern hier ist sie voll mit dem Aufbau der weiblichen Abteilung des Opus Dei beschäftigt. Davor hatte sie in Trier ein Opus Dei-Zentrum geleitet, war 1992 nach Berlin geschickt worden, eben um hier Strukturen für Opus Dei aufzubauen.

Die Opus Dei-Frauen wollen - wie die Opus Dei-Männer übrigens auch - Zuschüsse, öffentliche Gelder bekommen, um damit weiter arbeiten, weiter Einfluß nehmen und sich weiter ausdehnen zu können in Berlin und darüber hinaus.

Päpstin Johanna

Darum wollen wir keinen zum Papst hab'n,
Wir sind es denn gewiß, daß er sei ein Mann,
Wir wollen einen Stuhl lassen machen,
der da dienet zu solchen Sachen,
Da soll sich der neu Papst begreifen la'n,
Wie es ist um ihn getan,
Daß man da erkenne,
Ob er sei ein Hahn oder eine Henne.

Es ist ja leider unmöglich, Papstwahlen zu ignorieren. Und daß es diesmal ein Pole war, der erste Nicht-Italiener seit Jahrhunderten, hat sogar das Interesse derer geweckt, die sonst eher Rom Rom sein ließen. Wir erlauben uns deshalb, an ein Stück besonderer Kirchengeschichte zu erinnern: an die Päpstin Johanna.



Die Kirche war mit ihrem Bemühen, die Päpstin Johanna aus der Geschichte zu tilgen, so erfolgreich, daß die große Mehrzahl der heute lebenden Menschen von einem weiblichen Papst überhaupt noch nie etwas gehört hat. Und für die wenigen, die davon wissen, ist sie selbstverständlich nur ein Mythos, so wie es die katholische Kirche behauptet.

Aber ist die Päpstin Johanna nur eine mittelalterliche Legende? Wenn ja, so erscheint es sehr seltsam, daß die Kirche beinahe 800 Jahre wartete, um sie für legendär zu erklären. In der langen Zeit von 855, als sie starb bis 1601, als man sie auslöschte und mit dem Bann belegte, hielt man Johanna für echt. Während all dieser Jahrhunderte, sagt die *Katholische Enzyklopädie*, 'War Johanna eine historische Persönlichkeit, deren Existenz niemand bezweifelte'. Die Kirche zählte sie zu den Päpsten als Johannes VIII., und auch für sie wurden in der Kathedrale zu Siena und im Petersdom in Rom Standbilder errichtet.

Scheinbar hat sich Johanna, ein 'hübsches', junges englisches Mädchen, als Mönch verkleidet, auf den Weg nach Athen begeben. Nach der *Katholischen Enzyklopädie* tat sie sich dort, in der Gelehrsamkeit so sehr hervor, daß ihr kein Mann gleichkam'. Ausgestattet mit einem philosophischen Titel, kam sie nach Rom, wo sie Papst Leo IV. zum Kardinal ernannte. Nach dessen Tod wurde sie im Jahre 853 zum Papst gewählt. Die *Katholische Enzyklopädie* fährt fort: 'Sie diente als Papst zwei Jahre; vier Monate und acht Tage, bis man entdeckte, daß sie eine Frau war, und sie steinigte.'

Die Legende erzählt, man habe Johannas Geschlecht erkannt, als sie bei einer päpstlichen Prozession ein Kind geboren habe, und habe das Baby in ihrem Armen zu Tode gesteinigt. Als Bestätigung dieser Überlieferung sagt die *Katholische Enzyklopädie*, daß in den Jahrhunderten vor 1600 in der Straße, in der

Johanna gesteinigt worden sein soll, lange eine Statue zu finden war, die eine Gestalt in päpstlichen Gewändern darstellte, mit einer Mitra auf dem Haupt und einem Kind in den Armen. Dieses Bildnis ging schon vor langer Zeit verloren, doch der Weg der päpstlichen Prozession wurde für viele Jahrhunderte geändert, um den Platz zu umgehen, wo es gestanden hatte.

1601 alles ausgelöscht

Was auch immer geschehen sein mag, Johannes VIII., eine Frau aus England, zierte die Liste der Päpste von 855 bis 1601. In diesem Jahr erklärte sie Papst Clemens VIII. für mythisch und befahl, all ihre Abbildungen, Büsten, Statuen, Altäre und alle Berichte über sie vollkommen zu zerstören und ihren Namen aus den päpstlichen Urkunden zu löschen. Es waren die Angriffe der deutschen Reformation auf diese 'Absurdität'

s weiblichen Papstes, sagt die *Katholische Enzyklopädie*, die Clemens dazu anlaßte, diese extremen Maßnahmen zu ergreifen.

Alle eine Nummer zurückgestuft

Man kann nur hoffen, daß die Kirche bei der Vernichtung aller Erinnerungen an Päpstin Johanna genauso nachlässig war wie im Falle der Heiligen Johanna, und daß eines Tages schriftliche Beweise für ihre Existenz aufgefunden werden.

Zwei Dinge im Falle der Päpstin Johanna sind noch nicht hinreichend geklärt. Erstens: Wo war Papst Johannes VIII. während all der Jahrhunderte bis 1601? Denn der Papst Johannes (872-882), der jetzt als VIII. geführt wird, war für sieben Jahrhunderte der neunte. Es gab einen Papst Johannes VII. von 705-708 und dann keinen mehr bis zur Weihe Leo IV. im Jahre 847. Nach dem offiziellen *Annuario Pontificio* der katholischen Kirche wurde Benedikt III. 855 geweiht. Doch Leo war 853 gestorben, zwei Jahre vor Benedikts Weihe. Die Kirche geht über diese Lücke hinweg, indem sie murmelt, Leo habe bis 855 gelebt, was jeder leicht widerlegen kann, der sich um die Tatsachen bemüht.

Der nächste offizielle Johannes, der Papst werden sollte, war im Jahre 872 Papst Johannes IX. Wo blieb dann Johannes VIII.? Und warum wurde Johannes IX. plötzlich der achte, als die Kirche 700 Jahre später Johanna amtlich mythologisierte? Bis dahin hatte es seit Johannes IX. nicht weniger als 14 Päpste gleichen Namens gegeben, und alle mußten eine Nummer zurückgestuft werden, so daß Papst Johannes XX. (1024-1032) der XIX. wurde. Den zwanzigsten ließ man einfach aus. Denn der nächste Johannes blieb der einundzwanzigste, und ihm folgten der zweiundzwanzigste und dreiundzwanzigste noch vor 1600.



Keinen Eunuchen!

Und dann haben wir seltsamerweise im Jahre 1958 noch einen Johannes XXIII.! Bedeutet das, daß sie alle stillschweigend vom *Annuario Pontificio* um einen Platz zurückversetzt wurden, um die freie Stelle Johannes' XX. auszufüllen, den man beim ersten Mal ausgelassen hatte?

Zweitens bleibt noch zu erklären, warum erst seit der Päpstin Johanna, und nicht vorher, während 700 Jahren alle Bewerber um den Stuhl Petri ihr Geschlecht überprüfen lassen mußten. Warum?

Die Kirche erklärt das damit, daß man habe verhindern wollen, einen Eunuchen zum Papst zu wählen.(3) Sehr auf-

schlußreich ist die Tatsache, daß die Untersuchung zum ersten Mal 855 durchgeführt wurde, in dem Jahr, als Benedikt geweiht wurde, der sich auch als erster Papst überprüfen lassen mußte. Wenn Benedikt unmittelbar auf Leo folgte, wie die Kirche heute behauptet, warum wurde dann bei keinem vor ihm das Geschlecht festgestellt? Nur Benedikts unmittelbarer Vorgänger Johanna konnte der Grund für diese Neuerung gewesen sein.

Vor Luther nicht unglaublich

Päpstin Johanna wurde von ihrem Zeitgenossen, Anastasius dem Bibliothekar, in sein *Lives of the Popes* aufgenommen. Auch andere Hinweise auf sie wurden in der allgemeinen "Nieder mit Johanna"-Kampagne des sechzehnten Jahrhunderts nicht völlig ausgemerzt. Sie erscheint als eine wirkliche Person und eine historische Päpstin in den Schriften von Marianus Scotus im elften Jahrhundert. Otto von Freising, Gottfried von Viterbo, Martinus Polonus, William von Ockham, Thomas Elmham, Jan Hus, Gulielmus Jacobus und Stephen Blanch haben sie alle in ihre Geschichte der Päpste der darauffolgenden vier Jahrhunderte als wirkliche Päpstin aufgenommen.

In seiner unmittelbar vor der amtlichen Auslöschung Johannes verfaßten *Kirchengeschichte* schreibt Johann Lorenz von Mosheim: "Zwischen Leo IV. und Benedikt III. ebnete sich eine Frau, die ihr Geschlecht verheimlichte und den Namen Johannes angenommen hatte, durch ihre Bildung und ihren Geist den Weg zum päpstlichen Thron und leitete die Kirche. Sie wird gewöhnlich die Päpstin Johanna genannt. Während der folgenden fünf Jahrhunderte finden sich hierfür zahllose Zeugnisse. Vor der Reformation Luthers hielt diese Geschichte auch niemand für unglaublich oder für die Kirche abträglich."(4)

© by Elizabeth Gould Davis: Am Anfang war die Frau (*The First Sex*), Vlg. Frauenoffensive München 1977

Anmerkungen:

- 1) Eugene Mason, "Einleitung", in: *The Lays of Marie de France* (London, Dent, 1911), S. X f.
- 2) Bernardino of Siena, *Sermons*, in: Coulton (Hg) *Life in the Middle Ages*, Bd. I (New York, Macmillan, 1910, 1910), S. 224
- 3) Jules Michelet, *Satanism and Witchcraft* (New York, Citadel, 1939), S. 53 f.
- 4) Ebenda S. 35

Petra Krawiec

Thema: Kirchensteuer oder: Warum auch Konfessionslose zur Kasse gebeten werden

Daß Konfessionslose keine Kirchensteuer mehr zahlen, ist eine Selbstverständlichkeit. Daß sie aber trotzdem im Jahre 1988 die Gesang- und Gebetbücher von Soldaten, Kultbekleidung und -geräte sowie Kerzen und Meßwein für die Militärseelsorger in Höhe von immerhin 625.000 DM mitfinanzierten, hört sich zwar an wie ein schlechter Scherz, entspricht jedoch bundesdeutschen Realitäten.

Nun kann man sich zwar freuen, daß die Hardthöhe nicht nur Panzer und Raketen kauft, aber man muß auch fragen, wie so etwas mit dem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche zu vereinbaren ist. Artikel 140 des Grundgesetzes fordert eine grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche, formuliert dabei aber Ausnahmen. Die erste: die Kirchensteuer. Sie darf vom Staat für die beiden Großkirchen kassiert und eingetrieben werden – ein in Europa einmaliges Verfahren und sehr zum Vorteil der beiden Kirchen. Denn Geld, das der Steuerzahler nie in der Hand hatte, betrachtet er weniger als Verlust, und der Gang zum Amtsgericht und Finanzamt zwecks Austritt aus der Kirche stellt zumindest eine Barriere dar. Daß die Kirchen mit den jährlich circa elf Milliarden gezahlter Steuern Gutes tun, ist ein weit verbreitetes Fehlurteil. Nur acht Prozent davon kommen öffentli-

chen und sozialen Zwecken zugute, der Rest dient der Finanzierung von Kirchenpersonal, Kirchenbauten und der eigenen Verwaltung.

Hintergrund des privilegierten Steuereinzugsverfahrens durch den Staat ist die Vorstellung, daß es sich bei den Großkirchen um „Volkskirchen“ handelt, das heißt, daß die Mehrheit der Bevölkerung konfessionell an diese gebunden ist. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Beide Großkirchen beklagen einen seit Jahren anhaltenden Mitgliederschwund, und über die Zahl der nur noch zahlenden, ansonsten aber schon abgewandten Mitglieder herrschen dunkelste Vermutungen. Tatsache ist, daß von den rund 78 Millionen Bundesbürgern, die 1990 in Gesamtdeutschland leben, etwas mehr als 20 Millionen, das entspricht etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung, konfessionslos sind. In einigen Bundesländern, beispielsweise in Berlin, stellen die Konfessionslosen mittlerweile die stärkste Gruppe von 45,8 Prozent gegenüber 36,2 Prozent evangelischer Christen und 8,6 Prozent

Katholiken – Tendenz steigend. Von „Volkskirchen“ kann anhand dieser Zahlen schon längst nicht mehr die Rede sein. Aber nicht nur die Kirchensteuerpraxis gilt es zu kritisieren. Wer sich bei uns weiter umsieht, findet reichlich Beispiele für Privilegien und Filz, die die Neutralität des Staates unglaublich machen. Ist Religion denn wirklich Privatsache? – Wenn es um's Geld geht, keineswegs. Nur die wenigsten wissen, daß die vielgerühmten sozialen und caritativen Einrichtungen der Kirchen – Altenheime, Krankenhäuser, Kindergärten etc. – zu 80 bis 90 Prozent staatlich subventioniert werden. Subventioniert wird somit von uns allen beispielsweise eine christlich-religiöse Kindererziehung. Ebenso subventioniert werden Bischofsgehälter, die Militär- und Gefangenenseelsorge und sogar die Theologenausbildung an den theologischen Hochschulen und Fakultäten. Wir bezahlen zwar die Ausbildung der Geistlichen, über die Inhalte jedoch bestimmen die Kirchen selbst. Mit unabhängiger Wissenschaft hat das jedenfalls wenig zu tun, wie die Fälle gefeuerter kritischer Theologen wie Horst Herrmann oder Uta Ranke-Heinemann beweisen.

Völlig unübersichtlich ist weiterhin, aus welchen Töpfen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene darüberhinaus Gelder an die Kirchen fließen: Gelder aus der Denkmalpflege für Kirchenrenovierungen, Millionenbeträge für die Veranstaltung von Kirchentagen und vieles andere mehr.

Selbst die Bundesregierung tappt diesbezüglicher Ausgaben ziemlich im Dunkeln, wie aus einer Kleinen Anfrage der Grünen zur wirtschaftlichen Situation und zum Reichtum der Kirchen vom 9. Oktober 1990 (Bundestagsdrucksache 11/8102) hervorgeht. Daß unsere beiden Großkirchen nicht zu den Ärmsten zählen, ist gewiß. Grundbesitz, Immobilien, Beteiligungen an Firmen, Banken und Konzernen mit zum Teil recht dubiosen Geschäftspraktiken (wenn man zum Beispiel an den römischen Spekulanten Erzbischof Marcinkus denkt), der Reichtum der Kirchen ist immens – zumal für diese Einnahmen wegen anerkannter Gemeinnützigkeit keine Steuern gezahlt zu werden brauchen.

Besonders pikant sind Ausgleichszahlungen der Bundesrepublik Deutschland für Enteignungen von kirchlichen Gütern, die als Folge der Französischen Revolution im Jahre 1803 (!) stattgefunden haben und die noch heute jährlich geleistet werden. In Anbetracht der Tatsache, daß dem Klerus zu damaligen Zeiten kein Mittel zu schmutzig war, seinen Besitz, Macht



und Einfluß zu vermehren, man also die Rechtmäßigkeit des so erworbenen Eigentums prinzipiell in Frage stellen könnte, ist diese „Entschädigung“ ein Skandal. Aufgrund der sich wandelnden Strukturen hin zu einer areligiösen, wenn nicht gar atheistischen Gesellschaft wäre es mittlerweile überfällig, eine wirkliche Trennung von Staat und Kirche zu vollziehen. Diese Forderung sollte von einer demokratisch denkenden Kirche ebenso unterstützt werden.

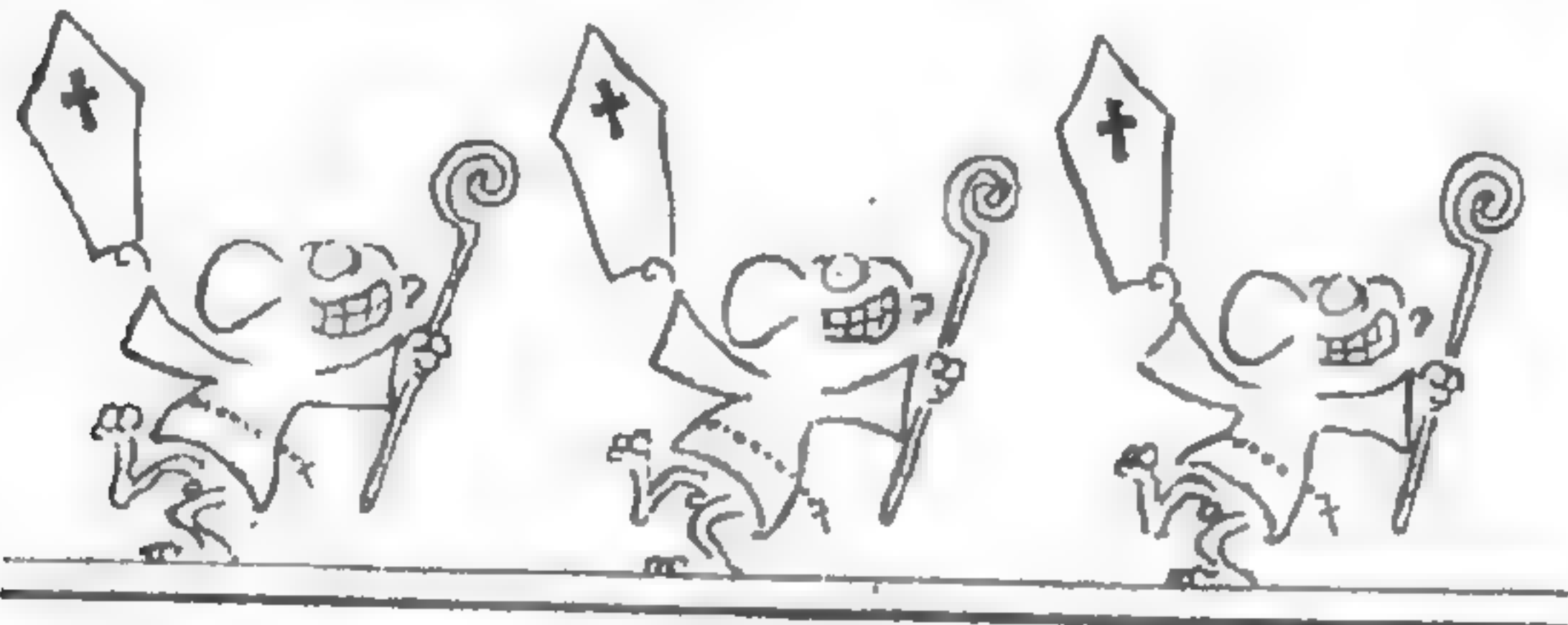
Das Beispiel DDR lehrt uns jedoch etwas anderes. Die angestrebte Unabhängigkeit gegenüber dem Staat, auf die die DDR-Kirchen anfänglich so großen Wert gelegt hatten, ist mittlerweile dem wirtschaftlich vorteilhafteren Fiskalprinzip zum Opfer gefallen. Dabei kann es sich auch auf diesem Territorium kaum um Volkskirchen handeln, da nur noch circa ein Drittel der Bürger der ehemaligen DDR konfessionell gebunden ist.

Die politischen Parteien, nicht nur die mit dem „C“ im Namen, halten sich zu diesem Thema bedeckt. Man hat wohl zu oft voneinander profitieren können. Einzig die Grünen/Alternative Liste haben die Forderung nach der Trennung von Staat und Kirche in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Diese Forderung der Freidenker seit Angedenken würde dem postulierten Demokratieverständnis aller Parteien gut zu Gesicht stehen. Eine neue Verfassung sollte diese Privilegierung der Evangelischen wie der Katholischen Kirche abschaffen.

Weitere Details und noch mehr Hintergrundwissen zu diesem komplexen Thema läßt sich einem soeben auf der Frankfurter Buchmesse präsentierten Buch von Horst Herrmann entnehmen. Herrmann, Professor für katholisches Kirchenrecht, 1964 zum Priester geweiht, machte sich aufgrund seiner kritischen Abhandlungen zu Ehe, Zölibat und der Stellung unehelicher Kinder im kanonischen Recht frühzeitig unbeliebt. Zum Eklat kam es 1974 mit dem Erscheinen des Buches „Ein unmoralisches Verhältnis. Anmerkungen zu Kirche und Staat in der BRD“. Dieses Buch machte seinen Autor zum ersten spektakulären Fall von Berufsverbot wegen „politischer Ketzerei“, denn es ging ja keineswegs um Glaubensinhalte. 1981 trat Herrmann aus der Kirche aus. Sein jetzt erschienenes Buch „Die Kirche und unser Geld“ ist das eines Betroffenen, was die Emotionalität des Verfassers gegenüber kirchlicher Arroganz der Macht durchaus verständlich macht. ●

Know your enemy!

Mit ein wenig Erstaunen haben wir aus der interim 368 die Konzentrierung linksradikaler Zusammenhänge auf den Papstbesuch registriert, die einige Zweifel am „Absterben der Religion“ verrät. Und auch den „herrschaftsfreien“ Diskurs „der“ Autonomen hatten wir uns anders vorgestellt: Da verlassen bei der EX-Veranstaltung Leute den Raum, weil sie unsere Position nicht für diskussionswürdig halten, werden Beiträge mit „Wenn ich so'n Typ schon seh'!“ abqualifiziert, der Hinweis auf 3000 von den Nazis ermordeten polnischen Priestern zu „historischen Kleinigkeiten“ und mit den verschiedensten Versionen einer „katholischen Weltverschwörung“ garniert.



Damit keine Zweifel aufkommen: Wir begrüßen als evangelische ChristInnen und AnarchistInnen jede „kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Papstes, des Vatikans und der katholischen Kirche“ (AK Papstbesuch, interim 368) und jeder anderen Institution gewordenen Glaubensgemeinschaft. Diese sollte sich dann aber auch tatsächlich von dem Niveau des Plakats zur Anti-Papst-Party in der H-Bar - „ Geile Messe zur Geisterstunde mit Superkreuzigung eines Mackers, Abendmahl (mit Nachschlag), Fußwaschungen (porentiefrein)“, verziert mit einem Sado-Maso-Bildchen - und dem Gelaber von einem „Sündenpfuhl“spektakel unterscheiden, sich zumindest nicht darauf beschränken. Mit der Fixierung auf das Thema „Nationalsozialismus und Faschismus“ und seine Behandlung durch den AK wird dieser Ansatz jedoch keinesfalls eingelöst und droht u.E. die Glaubwürdigkeit der Szene / VeranstalterInnen ad absurdum zu führen: Der Text in der interim 376 strotzt nur so von faktischen Fehlern, verschwiegenen Tatsachen und sinnentstellenden Zitaten.

1. Der Papst und die deutschen Bischöfe im Nationalsozialismus

1. Verträge „bereits“ 1933 - Hatte die katholische Kirche von Anbeginn ein gutes Verhältnis zur NSDAP?

Der AK Papstbesuch beklagt in seinem Text, daß der Vatikan „bereits im Juli 1933“ mit Hitler das „Reichskonkordat“ abgeschlossen hat. Damit soll anscheinend nahegelegt werden, daß das Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und Hitler-Deutschland harmonisch - und zwar von Urzeiten an - verlaufen sei. Das ist natürlich blanker Unsinn, auch wenn am 3.6.1933 in einem gemeinsamen Hirtenwort, wie zu Recht zitiert wird, die „neue starke Betonung der Autorität im Staatswesen“ gewürdigt und deren Ziele „für die Freiheit unseres Volkes“ begrüßt wurden. Aber dies ist zum einen eine Kehrtwende um 180° in der Beurteilung des NS, zum anderen eine verkürzte Darstellung.

In den Hirtenbriefen und Kundgebungen haben deutsche Bischöfe vor 1933 öffentlich vor dem NS gewarnt und die Zugehörigkeit zur NSDAP als unvereinbar mit der Treue zur katholischen Kirche erklärt. Noch der Hirtenbrief zu den Wahlen v. 5.3.1933 verurteilte u.a. ausdrücklich die

Geltendmachung des Rassengedankens in der Kirche. Bis dahin stritt Mann sich nur darüber, ob katholischen Nazis auch die Sakramente wie Abendmahl, Ehe etc. verweigert werden sollten!

Das veränderte sich erst nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler, die für die Katholische Kirche aufgrund ihrer offiziellen Kritik eine ungesicherte Zukunft bedeutete. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan keinen Staat-Kirche-Vertrag, der die Rechte der Kirche sicherte. Erst nachdem Hitler in seiner Regierungserklärung v. 23.3.1933 das Christentum als „unerschütterliches Fundament des sittlichen und moralischen Lebens des deutschen Volkes“ bezeichnete, kam es zu einem Aufeinanderzugehen. Die Fuldaer Bischofskonferenz erklärte am 28.3.1933, daß die „Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen“. Dies bedeutete eine Revision der eindeutigen Ablehnung, ohne jedoch die „Verurteilung bestimmter religiöser Irrtümer“ aufzuheben - also unter theologischem Vorbehalt. Damit blieb die Katholische Kirche in kritischer Distanz! Im Zuge der Konkordatsverhandlungen nahm die Kritik jedoch ständig ab, bis hin zu dem vom AK Papstbesuch zitierten Deutschen Hirtenbrief v. 3.6.1933. Wenn der AK die darin enthaltenen kritischen Bedenken, wie etwa den Hinweis auf die Ungerechtigkeiten, zu denen „die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes“ führe, verschweigt, wollen wir das nicht als gänzlich illegitim betrachten. Die Bedenken waren so vorsichtig formuliert, daß sie den zustimmenden Grundtenor kaum störten.

Freilich ist auch das noch eine oberflächliche Betrachtung, die die Perspektive der NSDAP und des Kirchenvolkes ausklammert. Nur ein Beispiel: Die Bayerische Polizei verbot am 2.6.1933 den für Mitte Juni in München geplanten Deutschen Gesellentag des Kolpingwerkes, für den mit 20-25000 Teilnehmern gerechnet wurde. Dieses Verbot wurde nur unter der Bedingung zurückgenommen, daß „jegliches öffentliches Auftreten, Aufmarschieren in geschlossenen Gruppen vermieden und die Fahnen nur eingerollt getragen würden.“ Das Verbot des Tragens der orangefarbenen Kolpinghemden durch die Politische Polizei führte schließlich zur Zerschlagung der Veranstaltung vor der sonntäglichen Festmesse. Teilnehmer wurden bis auf den Bahnhof verfolgt, verprügelt und ihrer Hemden beraubt. Der Deutsche Hirtenbrief hatte seitens der Partei also kein besseres Verhältnis zu Kirche zur Folge! In ihrer Ängstlichkeit rügten offizielle kirchliche Stellen jedoch nicht nur das Vorgehen staatlicher Organe, sondern waren auch bereit, öffentliche Kritik seitens des Klerus mit eigener Gerichtsbarkeit zu ahnden. Aus den Knästen holten sie ihre Leute jedoch noch immer raus.

2. Selbstbehauptung um den Preis politischer Neutralität? - Das Reichskonkordat von 1933

Auch das Beispiel des Reichskonkordats selbst, das die Kathol. Kirche zu „politischer Neutralität gegenüber Deutschland verpflichtet“ habe, ist ebenso mißverständlich wie die Behauptung, die Kirche habe dafür „weiter wirken“ können und wäre „nicht gleichgeschaltet“ worden, falsch ist. Solche Verzerrungen gehen an der Problematik des kirchlichen Verhaltens völlig vorbei.

Kernproblem dieses Vertrages war die „Entpolitisierungsfrage“. Kein Geistlicher konnte ohne staatlich überprüfte „politische Zuverlässigkeit“ ernannt werden (Art.14). Zudem mußten die Bischöfe einen

Treueid auf die verfassungsmäßig gebildete Regierung leisten (Art.16). Entscheidend waren aber v.a. die Art. 31/32, nach denen nur katholische Organisationen und Verbände staatlich geschützt wurden, die „religiösen, rein kulturellen und karitativen sowie sozialen und berufständischen Zwecken und Aufgaben ohne parteipolitische Bindung dienen“ (Art.31). Art.32 sah darüber hinaus ein Verbot parteipolitischer Betätigung vor. Die deutschen Bischöfe sahen die Absicht und die Gefahr dieser Bestimmung deutlich. Die staatliche Forderung entsprach „dem Streben der Nationalsozialisten, den Klerus aus aller und jeder Tätigkeit im öffentlichen Leben zu verdrängen.“ Allerdings machten die Bischöfe trotz dieser Bedenken die Modifizierung des Entpolitisierungsartikels nicht zur unabdingbaren Voraussetzung, weil sie die Alternative der „Münchener Verhältnisse“ deutlich vor Augen hatten. Durch ihre Zugeständnisse hoffte die Kirche zumindest eine freie Verkündigung und Lehre und den Erhalt ihres Eigentums, der Rechte als öffentlich-rechtliche Körperschaft, der ihrer Anstalten, Stiftungen und Verbände sichern zu können (Art.17). Zu keinem Zeitpunkt war die Ratifizierung unumstritten. Sie erfolgte seitens des Papstes nur unter dem Vorbehalt der Wiedergutmachung bis dahin geschehenen Unrechts. Er zögerte auch wegen seiner schweren Bedenken gegen das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das übrigens, obwohl bereits am 14.7. verabschiedet, erst nach der Unterzeichnung des Konkordats (20.7.) am 25.7. veröffentlicht wurde. Dieses Gesetz verstieß mit seinen Bestimmungen über die Zwangssterilisierung von „Erbkranken“ unmittelbar gegen die katholische Lehre von der Unverfügbarkeit der Ehe wie von der grundsätzlichen Unverletzlichkeit des menschlichen Körpers, wie sie Pius XI. erst im Dezember 1930 in der Enzyklika „Casti connubii“ ausdrücklich wiederholt hatte. Die Furcht, den Vertrag zu verlieren, war jedoch offensichtlich größer als die Hoffnung, durch Verhandlungen über die Ratifizierung weitere Zusicherungen zu erreichen.



Der Verhandlungsabschluß kann nur als verheerend bezeichnet werden. Das gilt auch für die Kirche selbst, denn sie konnte keineswegs weiter wirken, ohne gleichgeschaltet zu werden, wie der AK dreist behauptet: dem Reichskonkordat entsprach nach Auffassung der Nazis die Auflösung des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften. So hielten die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Kirche auch nach dem 20. Juli fast unvermindert an und trafen mit voller Härte vor allem die, die sich am wenigsten wehren konnten: die katholischen Verbände im Süden und Westen des Reiches.

„Wir sind die fröhliche Hitlerjugend, / wir brauchen keine christliche Tugend, / denn unser Führer ist Adolf Hitler, / ist unser Erlöser, unser Vermittler.
Kein Pfaff, kein böser, kann uns hindern, / daß wir uns fühlen als Hitlerkinder. / Nicht Christus folgen wir, sondern Horst Wessel, / fort mit Weihrauch und Weihwasserkessel.
Wir folgen singend Hitlers Fahnen, / dann sind wir würdig unserer Ahnen. / Ich bin kein Christ und kein Katholik, / ich geh mit S.A. durch dünn und dick.“

Die Kirche kann mir gestohlen werden, / das Hakenkreuz macht uns selig auf Erden, / ihm folg ich auf Schritt und Tritt, / Baldur von Schiräch, nimm mich mit.“

Richtig ist jedoch, daß die Katholische Kirche sich mit diesem Vertrag instrumentalisieren ließ. Die Bedenken bei der Annahme wurden öffentlich nirgendwo deutlich. Die bereits ausgehandelten „Auslegungsgrundsätze“ wurden in der Hast der Schlußverhandlungen in ihrer Verbindlichkeit nicht mehr festgelegt. Statt dessen krönte ein von der Berliner Gauobleitung initiiertes Dankgottesdienst die Ratifizierung. ... Dagegen hätte ein scharfes und deutliches Wort des Papstes zur NS-Weltanschauung und zu den Rechtsbrüchen der Regierung Hitlers Ende 1933 zahlreichen treuen Katholiken im Klerus und unter den Laien eine Stärkung gegeben und einen Ansporn, sich dem Sog der Gleichschaltung auch weiterhin zu entziehen. Angesichts dieses Bildes in der Öffentlichkeit konnte der Widerspruch des Kardinalstaatssekretärs und späteren Bischofs Pius XII. im Osservatore Romano gegen die Behauptung, der Abschluß des Konkordats bedeute eine Anerkennung des NS, nicht mehr helfen.

3. „Während der gesamten Zeit der ns Herrschaft übte der Vatikan keine öffentliche Kritik am NS“? - Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“

Nicht verschwiegen werden darf aber auch die Vielfalt von Eingaben der Bischöfe und diplomatischen Noten der vatikanischen Kurie, die schließlich am 14.3.1937 auch im - vom AK nicht nur verschwiegenen, sondern sogar bestrittenen - offenen Protest des päpstlichen Rundschreibens „Mit brennender Sorge“ zu einem Höhepunkt kamen. In ihm wird festgestellt, daß sich die mit dem Abschluß des Konkordats von 1933 entstandenen Hoffnungen nicht erfüllt hätten. Die „eiserne Sprache der Wirklichkeit“ habe die „Machenschaften“ enthüllt, „die von Anfang an kein anderes Ziel kannten als den Vernichtungskampf“ gegen die Kirche. Und weiter heißt es:

„Wer nach angeblich altgermanisch-vorchristlicher Vorstellung das düstere unpersönliche Schicksal an die Stelle des persönlichen Gottes rückt, leugnet Gottes Weisheit und Vorsehung ... Wer die Rasse, oder das Volk, oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung - die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehrengiebenden Platz behaupten - aus dieser ihrer irdischen Werteskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und verfälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge. ... Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott, von einer nationalen Religion zu sprechen, können den Wahnversuch unternehmen, Gott, den Schöpfer aller Welt, den König und Gesetzgeber aller Völker, vor dessen Größe die Nationen klein sind wie Tropfen am Wassereimer, in die Grenzen eines einzelnen Volkes, in die blutmäßige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen.“

In einer Note der Reichsregierung an den Heiligen Stuhl v. 12.4.1937 wurden diese Sätze konsequent als „offene Kampfansage“ bezeichnet.

Natürlich war und blieb dies nicht die einzige öffentliche Stellungnahme. Grundsätzlichen Widerspruch äußerte auch Kardinal Faulhaber in seinen fünf Predigten vom 1. Advent bis Silvester 1933, die darauf hinaus liefen, mit der Verteidigung des Alten/Ersten Testaments zugleich die Grundlehre des NS, die Rassenlehre, zu verurteilen. Seine letzte Predigt befaßte sich speziell mit der Frage „Christentum und Germanentum“:

„In der Fülle der Zeiten ... wurde das Rassendogma durch das Glaubensdogma abgelöst. An der Krippe von Betlehem

haben sich Juden und Heiden, Hirten aus dem Judenland und Weise aus dem Morgenland eingefunden. Im Reiche dieses Kindes gibt es nach dem Wort seines Herolds 'keinen Unterschied zwischen Juden und Hellenen, ein und derselbe ist Herr für alle' (Röm 10₁₂). ... Wir dürfen aber niemals vergessen: Wir sind nicht mit deutschem Blut erlöst. Wir sind mit dem kostbaren Blut unseres gekreuzigten Herrn erlöst (1. Petr 1₁₉).“

Seine gedruckten Predigten fanden reißenden Absatz - Anfang Februar 1934 waren bereits 150000 Exemplare verbreitet.



Faulhaber

Und ein Hirtenbrief v. 22.3.1942 erhob konkrete Forderungen, wie die nach richterlicher Kontrolle aller außergerichtlich verhängten Strafmaßnahmen und die Einstellung der Euthanasieaktion.

4. Die Pläne der Nazis bzgl. der Katholischen Kirche - Der „Warthegau“

Ohne dieser zustimmen zu wollen, ist für die Beurteilung der Katholischen Kirche auch die Position der Nazis zu berücksichtigen. So sah z.B. der für die Bearbeitung der Kirchensachen im Reichssicherheitshauptamt zuständige SS-Brigadeführer Müller 1941 in der Kirche den „gefährlichste(n) aller gefährlichen Gegner“.

Dem entsprachen auch die kirchenpolitischen Pläne Hitlers: Bsp. dafür ist der sog. „Warthegau“, die im Krieg besetzten polnischen Gebiete um Posen und Lodz. Durch 13 programmatische Punkte sollte das Verhältnis von Staat und Kirche eindeutig geklärt werden (1940): Die Kirchen verlieren den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie erhalten den Status von religiösen Vereinigungen und Religionsgesellschaften, deren Leitung nicht mehr in den Händen von Behörden, sondern von Vereinsvorständen liegt und deren Finanzierung nicht durch Steuern, sondern durch Kirchenbeiträge erfolgt. Diese Punkte decken sich mit älteren Forderungen nach einer grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche, wie sie z.T. auch in der Kirche selbst vertreten wurden und bis heute werden.

Die übrigen Punkte (4-13) aber zeigen, daß es den Nazis nicht um eine staatsfreie selbständige Kirche ging, sondern daß sie den Lebensraum der Kirche systematisch einzuschnüren gewillt waren: Keine Beziehungen zu kirchlichen Gruppen außerhalb des Warthegaues, zur deutschen Reichskirche oder dem Vatikan, Mitgliedschaft nur bei Volljährigkeit durch Beitrittserklärung, Verbot aller kirchlichen Vereine und Organisationen, Trennung von

Deutschen und Polen (Nationalitätenprinzip), kein Religionsunterricht in den Schulen, Enteignung allen Kirchenbesitzes außer den Kulträumen, keine Beteiligung der Kirche an der Wohlfahrtspflege u.v. mehr.

5. Systematische Zusammenfassung: der Widerstandsbegriff

Nach der bisherigen Darstellung halten wir es durchaus für gerechtfertigt, von unverhüllter öffentlicher Kritik - ab 1937 seitens der Katholischen Kirche - mit dem Ziel einer Veränderung der politischen Zustände zu sprechen.

Der Katholischen Kirche wäre aber natürlich zu viel zuge-
traut, glaubte mensch, ihre Kritik habe unmittelbar auf Machtwechsel, Staatsstreich und Umsturz gezielt. In den kirchlichen Verlautbarungen ist die Loyalitätsschranke, die die Christen vom gewaltsamen Widerstand zurückhielt, nie durchbrochen worden. Und auch für die privaten Überlegungen der Bischöfe gilt dies weitgehend! Natürlich waren die Bischöfe nicht die tripple-oppression-gestählten „Helden der Arbeit“, so daß hinter viele von ihnen vertretene Positionen deutliche Fragezeichen gesetzt werden müssen.

Aber der weltanschauliche Gegensatz war unübersehbar und kann sogar zur Verwendung des Begriffs „Widerstand“ verleiten. Eben weil der NS-Staat ein totalitäres System war, der danach strebte, seine Normen in allen Lebensbereichen durchzusetzen, setzte bereits der Versuch, einen solchen Lebensbereich wie die Katholische Kirche dem Anspruch auf Gleichschaltung zu entziehen, dem totalitären Machtwillen Grenzen. Hier bestand eine Gegenwelt, die vom NS nicht vollständig umgestaltet werden konnte. Diese Distanz der Kirchentreuen zum System war zugleich das Potential vielfältiger, persönlich verantworteter und darum auch unkoordinierter regimekritischer Haltungen und Aktionen. Auch wer in dieser Bezeichnung einen Euphemismus sieht, wird immerhin von „gesellschaftlicher Verweigerung“ sprechen können.

II. Die katholische Kirche nach 1945

1. Die Persilscheinpolitik des Vatikans

Wird diese Einschätzung nun ad absurdum geführt durch die berechtigte Kritik des AK an den Fluchthilfemaßnahmen der Katholischen Kirche für tausende Kriegsverbrecher und Wehrmachtsangehörige? Bei aller Kritik sollte immerhin nicht vergessen werden, daß die in dem Film „Persilscheine und falsche Pässe“ belasteten Personen wie Faulhaber und Martin Niemöller das Hitlerregime öffentlich kritisierten. Faulhaber hatte wg. der o.g. Münchner Vorfälle bei offiziellen Stellen Beschwerde eingelegt. Er war Initiator der päpstlichen Enzyklika von 1937. Auf das Verteilen seiner Predigten stand Knast. Und Niemöller? Er gründete 1933 den Pfarrernotbund, der sich gegen die Einführung des Arierparagraphen in der Evangelische Kirche wehrte. Er gehörte zu denen, die trotz NS-Verboten illegale Kirchenstrukturen aufbauten. Seit 1934 schrieb die Gestapo seine Predigten mit, die ihm bis zum Frühsommer 1937 vierzig Gerichtsverfahren wegen Kanzelmißbrauchs einbrachten. Die folgenden acht Jahre verbrachte er als „persönlicher Gefangener des Führers“ in den KZs Sachsenhausen und Dachau. Bei aller angebrachten Kritik: Das Eintreten für Nazis läßt sich mit dem schwarz-weiß-Denken des AK nicht erklären!

2. „Bisher nicht von ihrem damaligen Verhalten distanzieren“? Die Seligsprechung katholischer Märtyrer als „Versuch der Geschichtsfälschung“?

Nicht nur die Vorwürfe des AK über die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch ihr Vorschlag an die Katholische Kirche, „sich mit ihrer unrühmlichen Rolle während der NS-Zeit auseinanderzusetzen“, zeugt von tiefer

Unkenntnis. Dementsprechend enttarnt er die jetzt geplanten Seligsprechungen als „Versuch der Geschichtsfälschung“, als „weiteres Element in der nicht endenden Reihe des Geschichtsrevisionismus“ und als den Versuch, „sich den Anschein einer Widerstandsbewegung zu geben“.

Das zu widerlegen, hätte den AK nur den Blick in die von ihnen verteilte Tagesspiegel-Ausgabe v. 22.2.1996 über die Seligzusprechenden gekostet.

„Beide [der Berliner Dompropst Lichtenberg und der Münsteraner Priester Leisner] seien ihrem Gewissen gefolgt, während die Mehrheit des deutschen Volkes, auch der Katholiken, geschwiegen habe, sagte [der Generalvikar des Erzbistums Berlin, Roland] Steinke.“

Entgegen der AK-Darstellung hat sich die Katholische Kirche auch sonst wiederholt zu ihrer Schuld bekannt. Bereits die damaligen deutschen Bischöfe ließen bei aller Abmilderung („Katholisches Volk, wir freuen uns, daß du dich in so weitem Ausmaß von dem Götzendienst der brutalen Macht freigehalten hast.“) verlauten:

„Fürchtbares ist schon vor dem Krieg in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen. Wir beklagen es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des NS betören lassen, sind bei Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden. Schwere Verantwortung trifft jene, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechen solidarisch erklärt haben.“

Und auch zu ihrer Mitschuld an der Schoa hat sich die Deutsche Bischofskonferenz in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag der Befreiung der KZs Auschwitz und Birkenau Anfang des Jahres bekannt. Die Oberhäupter der Katholiken in Deutschland baten „das jüdische Volk, das Wort der Umkehr und des Erneuerungswillens zu hören“.

Die Erinnerung an den 50. Jahrestag der Befreiung sei für die Katholiken „Anlaß, erneut ihr Verhältnis zu den Juden zu überprüfen“. In ihrer Erklärung räumen die Bischöfe ein, daß „eine antijüdische Haltung auch im kirchlichen Bereich“ mit dazu geführt habe, daß Christen in der Zeit des NS „nicht den gebotenen Widerstand gegen den rassistischen Antisemitismus geleistet haben“. In der Religionsgemeinschaft haben es „vielfach Versagen und Schuld gegeben“. In der Kirche dürfe es „keinen Platz und keine Zustimmung für Judenfeindschaft geben“. Gegen den Antisemitismus bestehe „die Pflicht zu öffentlichem und ausdrücklichem Widerstand“.

3. Der Papst und die Juden oder: „Interessantes“ zum Anti-Papst-Büchertisch

Zu Recht wirft der AK Papst Pius XII. vor, „bestens“ über das tausendfache Morden an den Juden in Europa informiert gewesen zu sein und dennoch „nicht einmal“ dagegen seine Stimme öffentlich (!) erhoben zu haben. Daß die katholische Kirche nach Untersuchungen von Pinchas E. Lapide unter seinem Pontifikat 700000 Juden vor dem sicheren Tod rettete, kann - wie einiges wenige andere auch - an diesem Versagen nichts ändern und darf vom AK deshalb legitimer Weise auch unerwähnt bleiben.

Erst im Erschrecken über die Schoa reifte - und auch hier viel zu langsam - die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen pseudo-theologisch motivierter Judenfeindschaft und Antisemitismus. Dies fordert von den christlichen Kirchen einen neuen Umgang mit dem Alten/Ersten Testament und führte in den letzten Jahrzehnten zu einer Wiederentdeckung der jüdischen Wurzeln des Christen-

tums. Dieser Entwicklung hat der jetzige Papst Johannes Paul II. mit seiner Bezugnahme auf das Zweite Vatikanische Konzil von 1965 bei seinem historischen Besuch der Großen Synagoge Roms 1986 zugestimmt.



Otto Pankok, Das Tier mit der Zahl 666 (1945 / 6.6.66).

Daß der AK von solchen Dingen nichts weiß, kann ihm nicht vorgeworfen werden. Es steht im Gegensatz zu den zuvor erwähnten Sachverhalten noch in keinem Geschichtsbuch. Wir sind aber schon erstaunt, daß der AK auf seinem Büchertisch Texte vertreibt, die weit hinter dieser Diskussion stehen geblieben sind. Das gilt v.a. für den Anti-Papst-Kronzeugen Karl-Heinz Deschner, der sich in seinen Büchern - wenn auch vielleicht unbewußt - durch die Reproduzierung antijudaistischer Stereotypen der letzten Jahrhunderte hervortut. Folgt mensch seinen Darlegungen über das Alte/Erste Testament, die Geschichte Israels und Marcion, müßte angenommen werden, daß die Juden an der Schoa selbst Schuld gewesen sind. Immerhin sei es ja der „Gott des Alten Testaments“, der „Gott der Rache“, der den „Völkermord“ an den Kanaanäern gebilligt und gefordert hätte. Da wird nicht nur die Bibel wahrlich eklektisch gelesen - eben mit der auch z.Zt. des Nationalsozialismus vorherrschenden Brille -, sondern jegliche neuere historische Forschung unberücksichtigt gelassen.

III. Zur heutigen Auseinandersetzung

Nach alledem schlagen wir vor, sich auf andere Themen zu konzentrieren, die klar auf der Hand liegen und zu denen es nicht erst seit dem Kirchenvolksbegehren aus dem letzten Jahr und nicht nur aus katholischer Hand maßlos Material gibt. Dazu müssen nicht erst wir auf die patriarchalen Strukturen (Primat des Papstes), das sexistische Weltbild (Umgang mit Homosexuellen, Zwangszölibat, Nichtordinierung von Frauen ...), die privilegierte Stellung der Kirchen in unserer Verfassung, wirtschaftliche Verflechtungen und eine ganze Anzahl obskurer Gruppierungen innerhalb der Papstkirche wie Opus Dei hinweisen. Vielleicht vergeßt Ihr auch nicht die Maßregelungen kritischer KatholikInnen!

Clara und Leon

Unter der Knute des Klerus

Viele nehmen die Macht der Christenkirchen (vor allem der katholischen & evangelischen Großkirchen, aber auch ihrer kleinen Ableger -von den Großen als Sekten bezeichnet) nicht wahr. Vielleicht weil sie so alltäglich ist?!! Dabei haben gerade in der Kindheit/Jugend Viele mit dem Fußvolk des Christentums zu tun. Pfaffen mischen in Kindergärten & Schulen mit, die Meisten in der BRD werden zwangsgetauft, durch Bestechung zur Kommunion/Konfirmation überredet und müssen durch diesen unfreiwilligen Beitritt auch noch dem Klerus Tribut zollen (Kirchensteuer)°.

Aber auch Nichtmitglieder kommen in den einzigartigen Genuß, die kirchlichen Machenschaften mitzufinanzieren: Durch öffentliche Steuergelder wird ein Großteil der kirchlichen Arbeit in Erziehungseinrichtungen, Sozialstationen, Krankenhäusern, Beratungsstellen usw. finanziert. Dabei hält sich in der Öffentlichkeit die Mär des sozialen Anspruchs der Kirchen. In Wirklichkeit geht es ihnen aber nur darum, eine wichtige Machtbastion zu halten: die Beeinflussung durch Erziehung, um von Anfang an die Menschen zu manipulieren, und durch direkten Kontakt auf unterster Ebene, um die Option der BeHERRschbarkeit über Menschen aufrecht zu erhalten, welche in dieser (christlichen) Gesellschaft zu AußenseiterInnen/Ausgegrenzten werden.

Aber dies ist nur die offensichtliche Beeinflussung (welche aber kaum von wem in Frage gestellt wird). Durch die Strategie der Kirche, in den wichtigsten Bereichen mitzumischen (also vor allem Familie, Erziehung, Medien, Krankenpflege, Sozialarbeit), wirkt sie so tief in die Gesellschaft hinein, daß mensch sich kaum der Konfrontation mit ihr entziehen kann. Selbst im Tod wird mensch selten in Ruhe gelassen.

Wie beim Staatssystem funktioniert die Kirche, indem die (Macht-)Interessen Weniger mithilfe eines größeren Fußvolkes gegenüber der zu beHERRschenden Masse durchgesetzt werden. Im Staat sind die wenigen Mächtigen die Industriellen (und beschränkt auch Politiker & evtl. Militärs), während es in der Kirche der Klerus -also Papst, Bischöfe u.a. Kirchenfürsten- ist. Das Fußvolk sind im Staat der Polizei- & Militärapparat sowie das Beamtentum, wobei der Klerus sich auf seine Pfaffen, Nonnen & sonstigen kirchlichen Angestellten stützt.

Trotz dieser Unterscheidung ist eine Trennung nicht so klar, weil sie auch nur insoweit existiert, wie das Eine eingreift, wenn das Andere nicht mehr funktioniert, im Sinne von BeHERRschung der zu benutzenden Menschen. Dabei sind die Interessen von Staat°° und Kirche oft identisch. Daß es trotzdem Widersprüche gibt, liegt zumeist an der Festgefahrenheit der Kirche und deren Festhalten an alten Wertvorstellungen/Strategien, die heutzutage nicht mehr greifen und wo der Staat wandelfähiger ist/war.

Dennoch geht ein Teil der Kirche scheinbar auf Forderungen von "Unten" (z.B. von Frauen oder Lesben/Schwulen) ein, um den Kontakt zur Basis nicht vollkommen zu verlieren. Diese Scheinzugeständnisse sollen aber nur die Hoffnung der ReformatorInnen innerhalb der Kirche aufrechterhalten. Genausowenig dürfen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Handlangern -vor allem den Pfaffen- und den oberen Kirchenfürsten darüber hinwegtäuschen, daß diejenigen, die an der Basis arbeiten, ihre ihnen zugeteilte Funktion haben und auch erfüllen. Darin gleichen sich Staat & Kirche auch wieder (vor allem Sozialarbeiterfunktionen).

Auch das scheinbar neue Phänomen Faschismus war für den Klerus kein Problem, und somit war die kirchliche Unterstützung von ebendiesen jederzeit bis heute gewiß, zumal der Faschismus -besonders in Deutschland und Kroatien- für die Vernichtung von Andersgläubigen (im Vergleich zu Katholiken) gesorgt hatte und dadurch Kircheninteressen durchsetzte.

Auch sind die furchtbaren Greuel der Nationalsozialisten in Deutschland und der Faschisten in Kroatien von 1941-43 in der Geschichte nicht einzigartig. Sowohl in der Bücherverbrennung/-zensur, in der Verfolgung von Andersgläubigen/ Anderslebenden, in sadistischen Folterungen/Vernichtungen von Menschen, im Führen von Kriegen und in der Idee des HERRenmenschen war das Christentum bestes Vorbild für den Faschismus. Dabei sind diese unvorstellbaren Grausamkeiten keine geschichtliche Vergangenheit, wie uns oft weisgemacht wird, sondern können sich jederzeit wiederholen. Dies zeigen z.B. die Unterstützung von faschistischen und diktatorischen Regimen durch die Kirche in diesem Jhdt., dem Diskreditieren und Sammeln von Daten

Andersgläubiger z.B. durch Sektenbeauftragte (auch wenn viele der von der Kirche als Sekten bezeichneten Gruppen -wie auch die großen Kirchen- bedenklich sind) und das aktuelle Machtgefüge in Osteuropa. Sowie Zeiten und Situationen sich ändern, werden sich auch die Methoden der Kirche ändern. Ihnen geht es einzig um Machterhalt und -ausbau, vor allem in der "Weltzentrale Europa" und darüber dann in aller Welt...

Bisher gab es noch keine (eindeutige) Distanzierung von einer der beiden Großkirchen zu den von ihnen angerichteten Massakern. Dabei sind da unzählige Beispiele der blutigen Christianisierung, angefangen von der Vernichtung von anderen Kultstätten bis hin zu der Ausrottung anderer Religionen, durch die Ermordung der an diese Religionen glaubenden Menschen. Begonnen hat das größte Massaker der Weltgeschichte mit dem christlichen Glaubensbekenntnis im Römischen Reich des 3.Jhd. nach der momentanen offiziellen Zeitrechnung in Europa (noZ). Seitdem wurden systematisch in Europa alle Völker Zwangschristianisiert, daß heißt sie haben sich entweder zum Christentum bekannt oder wurden niedergeschlachtet. Daß dabei von den christianisierten Völkern alle möglichen alten (heidnischen) Bräuche übernommen wurden und nahtlos in christliche Bräuche umfunktioniert wurden, machte insoweit nichts, weil es dem Christentum nur um Machtausbau ging und es um keine wirklich eigenen Bräuche verfügte (geklaut wurde von Überallher). Diese Christianisierungsphase zog sich in Europa bis ins 2. Jahrtausend noZ. hinein. Schon in der Anfangszeit des Christentums kam es zu Machtstreitigkeiten untereinander und AbweichlerInnen der sich durchsetzenden Kirche wurden als HäretikerInnen diffamiert. Sobald die Macht dazu vorhanden war, begann die Kirche neben der Zwangschristianisierung von HeidInnen mit der Verfolgung von ChristInnen und jüdischen Menschen, wobei verbale Angriffe schon seit dem 2.Jhd. noZ. stattfanden. Die JüdInnen waren die ersten Menschen, die in der Geschichte auf dem Scheiterhaufen landeten. Später im sogenannten Mittelalter wurde der Scheiterhaufen dann zur Systematik, eingebunden in Folterungen und Zwangs"geständnissen". Betroffen von dem systematischen Morden waren außer JüdInnen, ChristInnen (außer abweichlerischen Sekten wurden von der röm.-kath. Kirche eigene KritikerInnen und ProtestantInnen verbrannt, wobei letztgenannte ebenso in ihren Machtbastionen Menschen verbrannten) vor allem aber Menschen, die den alten heidnischen Bräuchen noch am nächsten standen, was in erster Linie Frauen waren. Teils als Hexen die alten Kulte ausübend, teils als solche fälschlicherweise bezichtigt, wütete das patriarchale Christentum mit unvorstellbarer Brutalität gegen die noch existierenden oder scheinbaren Strukturen des Matriarchats des nordeuropäischen 'Heidentums'. Diese Zeit der Inquisition oder "Hexenverbrennung" zog sich hauptsächlich vom 15.-18. Jhd. noZ. hin, wobei der letzte bekannte Hexenprozeß 1954 in Großbritannien stattfand. Währenddessen fanden dann noch die nicht ganz so erfolgreichen (aus christlicher Sicht) "Kreuzzüge" in Richtung Orient, außerdem noch der ein oder andere Glaubenskrieg statt, was dann mit der Ermordung und "Missionierung" von den ursprünglichen BewohnerInnen des Amerikanischen Kontinents fortgesetzt wurde und wird....

Vor dem Christentum und auch später gab es keinen einzigen heidnischen Kult, welcher einen Alleinvertretungsanspruch hatte. Erst in diesem Jahrhundert wurden die heidnischen Religionen, welche in unzähligen Varianten existierten, durch die Entstellung und dem Mißbrauch des Faschismus diffamiert. Selbst heutzutage finden sich neben verdrehten GermanenkultfaschistInnen braune Einflüsse in (neu-)heidnischen Gruppen, obwohl sich die meisten HeidInnen & Hexen vom Faschismus distanzieren und nicht selten sogar aus dem linken Spektrum kommen. Die Probleme sind hier einerseits nicht so leicht durchschaubare Verbindungen und andererseits die Ausgrenzung von HeidInnen, die in dieser christlichen Gesellschaft anfängt und bis in die linksradikale Szene reicht, was oft dazu führt, sich mehr in der so unterschiedlichen heidnischen Szene aufeinander zu beziehen..... Es geht hier nicht um die Bekehrung irgendwelcher zu HeidInnen, sondern um die freie Entscheidung der Individuen, ob Religion und dann welche -solange diese keine unterdrückerische ist! Außerdem ist eine Wiedergutmachung der katholischen und evangelischen Kirche gegenüber Frauen, HeidInnen, Hexen, JüdInnen, "HäretikerInnen" usw. mehr als überfällig! Ebenso müßten die christlichen Kirchen als kriminelle Vereinigungen aufgelöst werden!..... Auch müssen alle auf heidnischen Kultplätzen erbaute Kirchen restlos

beseitigt werden! Keine Gelder dürfen mehr eingesackt werden und die schon eingezogenen müssen wieder verteilt werden! Taufe, Lernen, das gesamte Leben und der Tod müssen selbstbestimmt werden können und nicht von Verwandten oder der Gesellschaft!

Da diese Ziele u.a. nicht unmittelbar vor ihrer Verwirklichung stehen, der Papst aber meint, am 23.6. in Berlin publicity-mässig durch die Heiligsprechung von einem der wenigen christlichen WiderständlerInnen gegen das NS-Regime die Wahrheit verdrehen zu können, ist es wichtig, seine dreisten Lügen an diesem Tag nicht alleinstehen zu lassen! Kommt deshalb möglichst zahlreich auf die Demonstration am 23.6. um 14 Uhr ab Nollendorfplatz, wo es neben dem satirischen Charakter der Demo an Inhalten nicht fehlen sollte!!!

HeidInnen gegen Faschismus & Christentum (HgF)

* In der Linken sind nicht gerade Wenige, die sich mit so starken Argumenten herausreden, wie: "Hab keine Zeit, mich drum zu kümmern...", daß sie immer noch nicht ausgestiegen sind.

**In Wirklichkeit ist das Staatsgebilde komplexer, was aus Platzgründen nicht berücksichtigt werden konnte.

***Dies nur als kurzer geschichtlicher Abriss!

****Dies soll nichts beschönigen, sondern erstmal nur erklären. Unser Ziel, FaschistInnen zu isolieren und aus möglichst vielen heidnischen Gruppen auszuschließen, wird leider durch undifferenzierte Herangehensweisen von Antifas behindert (was nicht heißt, daß immer undifferenziert herangegangen wird).

*****Der christliche Glauben wird dabei nicht verboten.



Bullen an jeder Ecke...

Vergangene Woche hat der BND versucht, eine Person aus dem Randbereich der Szene anzuquatschen. Die Situation war seitens des Geheimdienstes gut ausgesucht: An einem ruhigen Ort, an dem sich der Betroffene unregelmäßig aufhält, hat ein BND-Typ versucht, ihn zu überraschen und ihm ein Gespräch aufzudrängen - umsonst. Uns interessiert, ob es weitere derartige Anquatschversuche in der letzten Zeit gegeben hat. Wir bitten alle, die in dieser Weise belästigt wurden oder es in nächster Zeit werden, sich beim EA zu melden:

Tel.: 692 22 22,

oder: Gneisenastr.: 2a, Die.: 18.00 bis 20.00 Uhr.

Wenn euch jemand anquatscht: Laßt euch auf kein Gespräch ein!

Jede Anquatsche ist eine Situation, die die Schweine bestimmen und nicht ihr. Die Pigs suchen sich eine Situation aus, in der sie euch übertölpeln wollen. Sie sind vorbereitet, ihr nicht!

Auch wenn ihr neugierig seid, was sie von euch wollen könnten, denkt daran, daß nur eins sicher ist: Die Schnauze zu halten! Öffentlichkeit und ein Anwalt sind euer bester Schutz.

Laßt sie abblitzen!

WIR HATTEN HEUT' LUST AUF McDONALDS ...

Wir haben in der Nacht zum 15.5.1996 die McDoof-Filiale am Frankfurter Tor in Berlin-Friedrichshain kurz vor der Neueröffnung besucht. Obwohl die Scheiben extrem dick sind, hinterließen die Hämmer deutliche Spuren. An einer Stelle konnten wir sogar durch ein faustgroßes Loch dem Ganzen eine besondere Duftnote verpassen. Die Eröffnung konnte zwar nicht verhindert werden, aber den KundInnen des ersten Tages wurde durch üblen Geruch ihre Fastfood-Freude verdorben. Das Hackfleischimperium McDonalds steht für weltweite Ausbeutung und Zerstörung von Lebensgrundlagen im Trikont. Durch unsere Aktion wehren wir uns hiergegen und auch gegen eine weitere Umstrukturierung unseres Kiezes. Während die Frankfurter Allee zur neuen Yuppie-Flaniermeile mit Glaspalästen und teuren Konsumtempeln ausgebaut werden soll, steigen die Mieten für Kleingewerbe und Wohnraum, und die hier lebenden Menschen werden dadurch zunehmend vertrieben. Wir haben die Schnauze voll!

FRIEDE DEN HÜTTEN - KRIEG DEN PALÄSTEN!

GREIFT DIE BONZEN AN!

SCHMEISST DOCH ENDLICH MENDIBURU, DIE BULLEN UND ALLE ANDEREN ARSCHLÖCHER AUS F'HAIN RAUS!

einige wahnsinnige Militante (BSE)

Hallo Leute! Und besonders „D.D. (Interim Nr. 375)“

Mit Freude können wir euch sagen, das ihr wohl etwas zu wenig mitgekriegt habt am 1. Mai.

In eurer ersten Einschätzung schreibt ihr, daß schon sehr viel mehr militantes möglich gewesen wäre, hätte mensch das besser genutzt. Ziemlich sicher, wenn sich nicht so viele Leute zu sehr an den Bullen abgearbeitet hätten. 200 Festnahmen waren bei der allgemeinen Planlosigkeit der Bullen nicht nötig.

Aber:

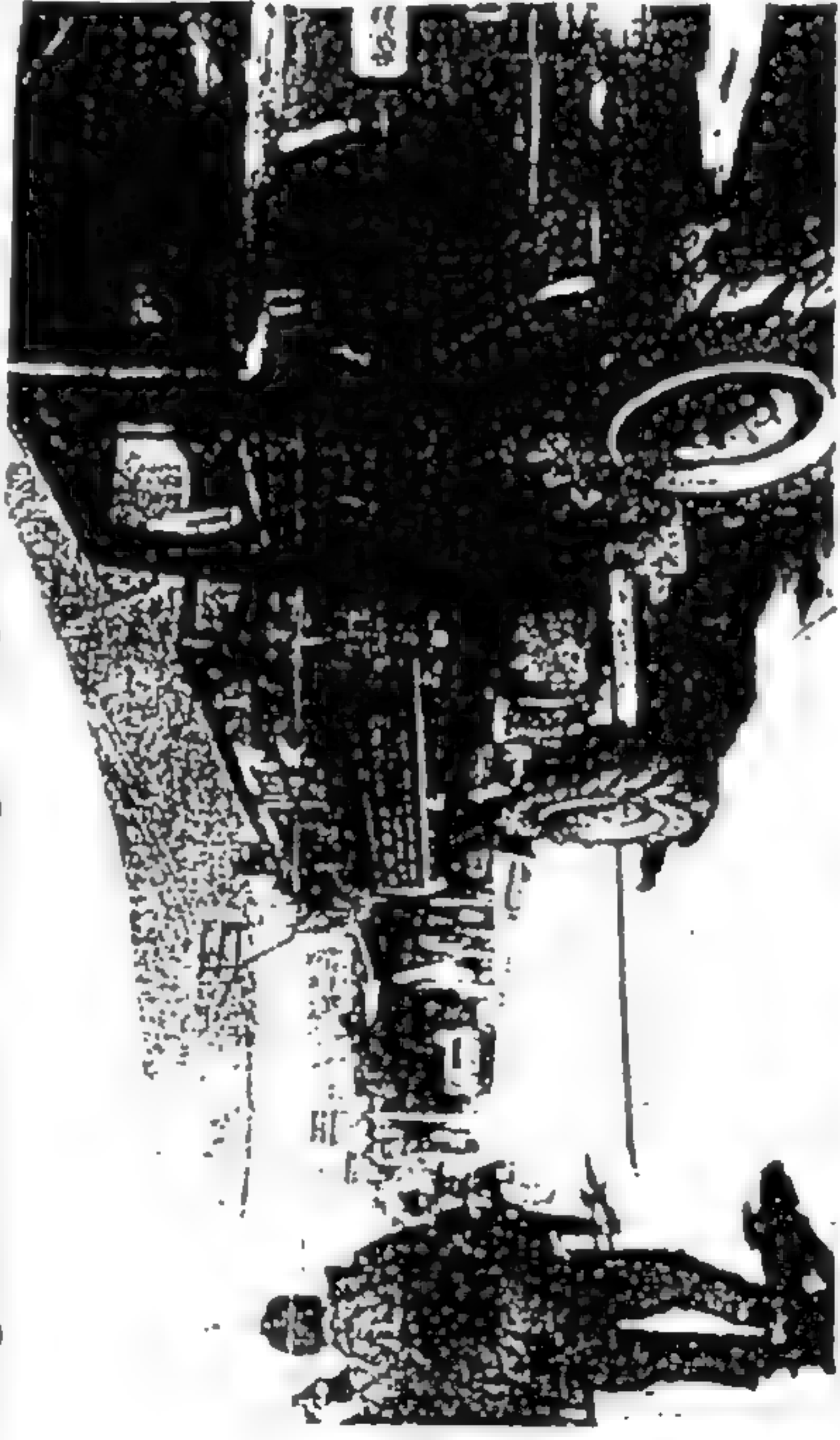
Die Scheiben, die angreifbar waren, also ganz bewußt keine „kleinen Läden“, haben doch einiges abgekriegt. Neben „Rossmann“ (Interim Nr. 375, S. 21, „Schluß mit Lustig“) hat es in der Prenzlauer Allee auch noch einen „Penny Markt“, der ja auch nicht gerade das Idealbild eines Kollektivbetriebes ist, erwischt. Bei dem wurden nicht nur die Scheiben zerstört, sondern es wurde auch noch kräftig enteignet, und vieles von dem Kram umverteilt.

Also denkt nicht an „vertane Möglichkeiten“, sondern schafft euch eigene Möglichkeiten.

Grüße an „Einige militante AnarchistInnen“.

AUTONOME BEOBSACHTERINNEN.

bereits seit einigen jahren schon befindet sich das kurdische volk im kampf um seine befreiung. die deutsche regierung ist eine der hauptstützen des türkischen regimes. dazu gehört die unterdrückung der kurdischen bevölkerung hier. die verbote der newroz-feiern im märz diesen jahres bilden den vorläufigen höhepunkt einer rassistischen repressions- und hetzkampagne. die ständige wiederholung soll dann die lüge zur wahrheit machen: nahezu gleichgeschaltet bestätigen kurden und das schreckensgespenst der "gewalttätigen kurden und kurdsinnen" und einer "terroristischen pkk". wer will es da noch wissen?!? wirtschaftliche, militärische und politische interessen der brd-eliten sind eine wurzel und garantie der blutigen ungerechtigkeit in kurdistan.



2. Teil: Militarisierter Umzug von Mercedes-Benz (G1, 2t) und türkischer Soldat mit G3 Geschütz von Hecker & Korth, fotografiert am 23.3.1995 in Silopi, zirka 15 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt

mercedes-benz ist eine der firmen, die kriegsgerät an das türkische militär liefert. wir haben deshalb am himmelfahrtstag (16.5.96) die mb-vertretung in hanau um einige fahrzeuge ärmer gemacht.

KEINE WAFENLIEFERUNGEN, KEINE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE
UNTERSTÜTZUNG DES TÜRKISCHEN REGIMES!
KEINE ABSCHIEBUNGEN VON KURDISCHEN FLÜCHTLINGEN!
KEINE VERBOTE VON KURDISCHEN ORGANISATIONEN!

--MERCEDES-BRENNT--

kein forum für neurechte demagogen

wir haben in der nacht zum 15.5. die schlösser zum henry-ford-bau (hfb) der freien uni (fu) zugeklebt und die fassade mit farbeiern verschönert. am 13.5. fand im hfb eine veranstaltung mit dem schreibischtäter und geistigem brandstifter wolfgang schäuble zum thema "zukunftsfragen der europäischen einigung" statt, gegen die ca. hundert menschen mit einem transparent ("kein forum für die neue rechte - schäuble raus"), trillerpfeifen und parolen ("keinen meter für schreibischtäter" und "um europa keine mauer, bleiberecht für alle und auf dauer") lautstark protestierten. nach zehn minuten begann der saalschutz der jungen union und ein privater sicherheitsdienst, die protestierenden brutal aus dem hösaal zu prügeln. als vor dem hösaal die infotische des rcds (ring christlich demokratischer studenten) abgeräumt wurden und die protestierenden nicht gehen wollten, sondern immer mehr wurden, marschierten bullen auf und räumten. es kam mehrfach zu rangeleien und auseinanderetzungen, an den übergriffen der bullen und wachschützer beteiligten sich auch der präsident der fu und der verwaltungschef. mehrere menschen wurden dabei verletzt, ein bulle enthelmt. drei leute wurden willkürlich festgenommen, u.a. wird ihnen mehrfache körperverletzung, landfriedensbruch und widerstand gegen die staatsgewalt vorgeworfen. die leitung der fu rechtfertigte den bulleneinsatz in einer stellungnahme als "besonnen und zurückhaltend" und stellte weitere strafanzeigen in aussicht!

wir solidarisieren uns mit dieser aktion mit den protestierenden und fordern die sofortige einstellung aller strafanzeigen! rechte demagogen wie schäuble, die auf nahezu allen politikfeldern subtil ideen der neuen rechten aufgreifen und transportieren, werden wir weiterhin angreifen. die freie uni bietet leuten wie schäuble einen raum, in dem sie ihre rassistische, völkische und deutschnationale propaganda betreiben können, notfalls lassen sie solche veranstaltungen von bullen durchprügeln - das werden wir nicht widerstandslos hinnehmen. es soll den uni-apparat etwas kosten, solche schweereien gegen protestierende durchzuziehen. keine freie uni!

deutschland halt's maul - schäuble zum schweigen bringen!

K.O.M.M.A.N.D.O. Werner Ä. Vöth



Leerstand-ohne uns !

Wir, einige HausbesetzerInnen aus Berlin, haben heute eines der zahlreichen leerstehenden Häuser in Kleinmachnow besetzt. Unser Anliegen ist es, den Innenminister Jörg Schönbohm direkt in seinem Wohnort auf die Situation der besetzten Häuser in Berlin hinzuweisen.

In den letzten zwei Monaten wurden sechs Häuser geräumt. Drei der Häuser waren länger als ein Jahr besetzt. Nach dem BGB erwirbt man nach einem Jahr Besetzung Besitzrecht und muß per Räumungstitel von dem/der EigentümerIn rausgeklagt werden. Über dieses Gesetz konnten sich die Eigentümer aber hinwegsetzen, weil die Räumungen offensichtlich mit der Polizeiführung und Innenminister Schönbohm abgestimmt waren. Bei jeder Räumung ließen sie sich eine neue Begründung einfallen, um nicht zugeben zu müssen, daß die Räumungen illegal sind.

Die Palisadenstr.49, die seit sechs Jahren durchgehend bewohnt war, wurde einfach zu einer Neubesetzung erklärt, indem der Besitzer Peter Hellmich dreist behauptete, die Pail sei im Februar nicht bewohnt gewesen. Es wurde daher gemäß „Berliner Linie“ innerhalb von 24 Stunden geräumt. Selbst das Verwaltungsgericht, vor dem geklagt wurde, schenkte dieser leicht zu durchschauenden Lüge glauben.

In der Kleinen Hamburger-Str. wurde die Hausnummer 5, die ebenfalls seit sechs Jahren besetzt war, mit der Begründung geräumt, es läge ein Räumungstitel gegen eine Bewohnerin des Hauses vor. Vor Gericht wurde behauptet, diese Bewohnerin nutze das ganze Haus und somit wäre die komplette Räumung, ohne Rücksicht auf die anderen BewohnerInnen, gerechtfertigt.

Der Einfallsbereich der Polizei und Richter ist unerschöpflich, wenn es darum geht, bestehende Gesetze zu umgehen oder ihren Sinn zu verdrehen. Dies zeigte sich auch wieder bei der Räumung von Alt-Stralau 46. Hier spielte es keine Rolle mehr, daß einige Wohnungen nachweislich länger als ein Jahr besetzt waren. Das Amtsgericht Mitte hingegen entschied, die Räumung sei gemäß § 17 ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) rechtmäßig, da Hausbesetzung die öffentliche Sicherheit gefährdet. Damit kann jetzt jedes Haus in Berlin geräumt werden!!

Dies ist auch so gewollt, denn in der Hauptstadt und zukünftigem Regierungssitz stören wir BesitzerInnen wohl das Bild einer sauberen Stadt. Die verantwortlichen Politiker und Investoren verfolgen damit nur ihre eigenen Interessen und übertreiben dabei geflissentlich, daß Hausbesetzung immer eine Antwort auf bestehende Mißstände war.

Ihre Untätigkeit hat dazu geführt, daß ganze Häuser - oft aus Spekulationsgründen - leerstehen und zu Ruinen zerfallen, daß tausende von Wohnungen nicht genutzt werden, während Wohnungsmangel herrscht und die Mieten steigen. Immer weniger Menschen können sich daher eine angemessene Wohnung leisten.

Für uns BesetzerInnen ist es daher moralisch richtig, das Eigentumsrecht anzugreifen, wenn niemand der sozialen Verantwortung, die mit Eigentum verbunden ist, gerecht wird. Wir sind in die leerstehenden Häuser eingezogen und haben durch Instandsetzung diese vor dem Verfall retten und Wohnraum erhalten können.

Uns ist aber auch wichtig, in den besetzten Häusern in einer größeren Gemeinschaft unsere Vorstellungen von kreativem, herrschaftsfreiem und alternativem Zusammenleben zu verwirklichen. So haben sich über die Jahre hinweg in den Häusern viele verschiedene Projekte entwickelt - eigene Werkstätten, Läden, Cafés, Ateliers, Konzert und Veranstaltungsräume. Die BewohnerInnen prägen damit auch die Kultur und das Leben in den Kiezen und sind nicht mehr wegzudenken.

Wir meinen, daß es gute Gründe gibt, warum Berlin seine verbliebenen besetzten Häuser erhalten bleiben sollte. Auch wenn unsere Interessen nicht im Einklang mit denen des Senates sein können, so ist es doch ein Zeichen von politischer Kultur, sich mit uns auseinanderzusetzen. Schönbohm möchte dies nicht und bevorzugt die Methoden eines Polizeistaates und autoritärer Machtdemonstration.

Vielleicht ist es ganz interessant zu wissen, mit wem man zusammen wohnt.

Wohnen ist Grundrecht-Kein Privileg!!!

Rückgabe der geräumten Häuser! Nichträumungsgarantie für die verbliebenen Häuser!!

ViSdP Rainer Zufall Rügenstr.27 10247

SPÄRILLA

zur Vorbereitung des Bundeswahlengebnis am 31.5
Der erste Kampfeinsatz der Berliner Spaßguerilla steht kurz bevor. Es handelt sich um ein äußerst heißes Einsatzgebiet

Die Wilmersdorfer Straßel Hochburg der militanten Konsumenten.

Unsere Kampftechniken lehnen sich stark an die von Monty Python entwickelten Prinzipien der modernen Kriegsführung in humorlosen Metropolenstädten an.

Mit massenhaftem uniformierten Aufmarsch, einseitigen Erschießungen bei Marschmusik viel Tapferkeit und Ehr werden wir für Ruhe und Ordnung sorgen. Auf daß wir gut trainiert am 31.5 aufmarschieren können

Sammelplatz

10 00 Uhr am Samstag, den 25.5. Wilmersdorfer Straße Ecke Krumme Straße

Die ersten 200 Leute können kostenlos mit passendem Outfit versorgt werden.



Autonome Sanität Berlin

Kontakt über:



Buchladen Antiquariat
Oranienstr. 45
10999 Berlin

Hallo Leute!

wir, die autonomen Sanitäterinnen, wollen den Verlauf des 1. Mai eher technisch - pragmatisch kommentieren, da unsere Ambitionen - mangels Konzepten / Utopien / Perspektiven - immer bei allen Aktionen mit vorzubereiten / dran teilzunehmen, eher bescheiden sind:

Dummerweise haben die Bullen kontinuierlich Straßenkampf gelernt (Profis halt), wir eher weniger.

So, wie die Auseinandersetzungen im Anschluß an die Rosa - Luxemburg - Demo abliefen, war es für uns unmöglich verletzte Leute zu "retten" / zu versorgen.

Bitter, aber wohl wahr: die Einschätzung, daß unsere Feldschlachtpläne nicht mehr greifen, neue Konzepte kaum entwickelt sind.

Das einzige, das uns im Moment - pragmatisch - dazu einfällt ist, Euch alle nachdrücklichst aufzufordern Selbstschutz (den eigenen / den eurer Gruppe, sofern überhaupt vorhanden) nicht dem Zufall bzw. dem Glück zu überlassen, sondern als notwendigen Teil von Widerstand (saktionen) zu begreifen.

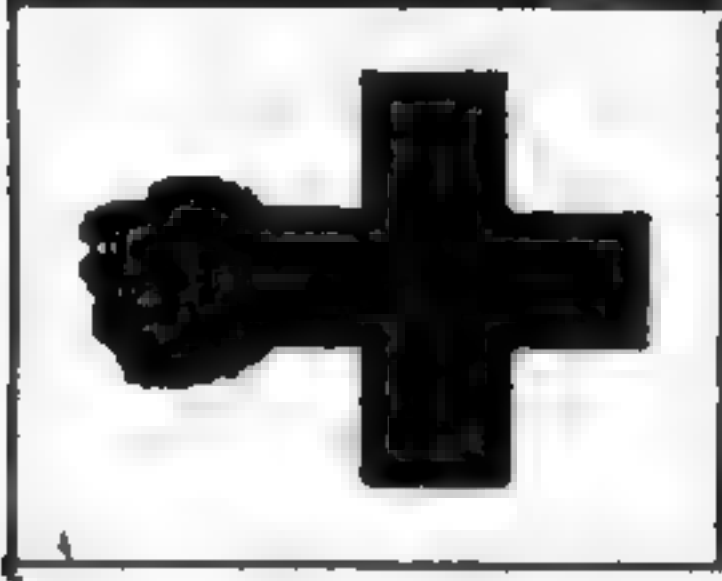
- Soll konkret heißen
- macht 1. Hilfe - Kurse bei uns
- verbreitet, daß es diese Möglichkeit jederzeit gibt
- überlegt - vor Aktionen - Selbstschutzmöglichkeiten (wieviele Leute, Stärken, Schwächen, „passive Bewaffnung“)

freundlichste Grüße. Bis demnächst

Eure Sanis

Autonome Sanität Berlin

Kontakt über:



Buchladen Antiquariat
Oranienstr. 45
10999 Berlin

Der wertigen Kundschaft zu Kenntnis.

Vor gut 2 1/2 Jahren haben sich aufgrund persönlicher und politischer Differenzen einige Leute aus der Sanigruppe verabschiedet. Das anfängliche Vorhaben, zumindest teilweise zusammenzuarbeiten, bzw. sich abzusprechen, erwies sich als unmöglich.

Wir, die Autonome Sanität arbeiten weiter.

Wenn wir es politisch und persönlich für richtig und machbar halten, sind wir auf Demos und zu anderen gesellschaftlich relevanten Terminen (Weihnachten, 1. Mai), mit oder ohne Kennzeichnung da. Und ebenfalls -wenn möglich- ist auch unsere Station als autonome Struktur besetzt.

Ansprechbar sind wir weiterhin immer für 1. Hilfe-Kurse, die wir interessierten Gruppen zur Selbsthilfe anbieten.

Erreichbar sind wir über persönliche Kontakte, d.h. die Leute, die auch wirklich in der Sanigruppe sind, ansprechbar, oder aber über den Buchladen Antiquariat. (Adresse siehe oben)

Im Rahmen diverser Vorbereitungstreffen zur diesjährigen

Revolutionären 1. Mai Demo

sind oben erwähnte ehemalige Sanis angesprochen worden, die ohne jede Rücksprache mit uns meinten mitteilen zu können, von „den Sanis“ sei nichts organisiert.

Wir möchten Gruppen deshalb bitten, in Zukunft uns selbst anzusprechen und nicht Leute zu fragen die mit uns weder politisch noch persönlich und schon gar nicht verbindlich was zu tun haben.

Die Autonome Sanität.

Raus aus der Defensive-auf zum revolutionären Block

Am 15. Juni findet in Bonn eine bundesweite Demo gegen Sozialabbau statt. Wir, die Antifa Bonn Rhein-Sieg, die ArGiB (Antirassistische Gruppen in Bonn) und die FAU(Freie ArbeiterInnenunion)/OG Bonn, organisieren den revolutionären Block und beteiligen uns am Demo-Bündnis gegen Sozialabbau.

An dem Bündnis sind bisher beteiligt: DKP, Kuratorium ostdeutscher Verbände, verschiedene ASten, graue Panther, verschiedene Arbeitsloseninitiativen, Voran, JRE, Jusos, AGIF, die DIDF und ein Kreisverband der IG Medien.

Die VeranstalterInnen haben 60.000 TeilnehmerInnen angemeldet. Unsere Einschätzung liegt bei 10.000 bis 20.000 TeilnehmerInnen. Der Auftaktkundgebungsort und die Demoroute sind noch nicht ganz klar. Sobald sie feststehen, geben wir Euch Bescheid.

Diese Demo ist für uns ein weiterer Schritt hin zu einer kämpferischen Bewegung gegen Sozialabbau. Damit sie auch zu einem Schritt zu einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft werden kann, soll es auf der Demo einen starken, offensiv auftretenden REVOLUTIONÄREN BLOCK geben.

Wir bitten Euch, in Euren Städten und Euren Zusammenhängen für diese Demo zu mobilisieren und über Eure Verteiler die Infos weiterzuverbreiten.

Für den revolutionären Block wird es ein eigenes Plakat geben, das ab dem 20.05 fertig sein wird. Ihr könnt es bei uns bestellen. Gebt bitte unbedingt die Stückzahl an. Die Plakate werden höchstens 0.20 DM kosten. Für Eure stadtinterne Vorbereitung schicken wir Euch natürlich den obligatorischen Stadtplan und ein ausführliches Demokonzept.

Am Abend vorher wird es ein Delegiertentreffen in Bonn geben. Dort sollen dann Einzelheiten zum Demokonzept (besonders zum Revolutionären Block) geklärt werden.

Haltet Ihr ein früheres Vorbereitungs- und Koordinationstreffen sinnvoll?

Es könnte als Delegiertentreffen in Bonn oder als Kurztreffen beim Interkontinentalen Kongreß in Berlin (30.05 - 2.06) stattfinden.

Meldet Euch bitte schnell und gebt uns Eure Einschätzung über Mobilisierungsstärke und dem Interesse an einem Vorbereitungstreffen weiter.

Ihr könnt uns erreichen :

Brief : Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn "Demo 15.6"

Faxnummer : 0228/ 695193

Telefon : 0228/ 636151 , Mo., Mi., Do. von 18-20 Uhr, (Antirassistisches Telefon)

zwei Wochen vor der Demo ist das Telefon montags bis freitags von 16-20 Uhr besetzt

Natürlich brauchen wir Euer Geld (besonders für Plakate und evtl. Lautsprecherwagen). Megaphone und evtl. Sanis.

Spendenkonto "Sozialabbau" KontoNr. 100 189 786, BLZ 380 500 00, Sparkasse Bonn

Solidarische Grüße und ein freundliches

"Wir werden das mit der R.E.V.O.L.U.T.I.O.N. schon schaffen"

Letzte Meldung!!! 14.5. Abends

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden der DGB und die meisten Einzelgewerkschaften zu der Demo mobilisieren. Erwartet werden jetzt ca. 200.000 TeilnehmerInnen.

Es gibt deswegen einen Sternmarsch, mit wahrscheinlich vier Marschsäulen.

Der DGB wird Sonderzüge und Busse bereitstellen.

Sicherlich wird der DGB versuchen die Demo insgesamt zu bestimmen, da die Demo aber bereits angemeldet ist, wird er sich auf Verhandlungen mit dem Bündnis einlassen müssen.

Diese Verhandlungen werden am 17. u. 20. 5. stattfinden. Wir werden euch dann umgehend informieren.

Politisch hat sich dadurch die Situation unserer Meinung nach schon ziemlich geändert. Eine genaue Einschätzung haben wir allerdings bisher noch nicht.

Wir denken aber, daß ein starker Rev. Block auf einer solchen Demo nötiger ist.

P.S. Die Briefumschläge haben wir noch mal aufgemacht, um den Zettel beizulegen.

// YA BASTA !!

An alle politischen Zusammenhänge/Gruppen und Einzelpersonen

Bevor wir Euch wieder um Mithilfe zuballern; erscheint es uns wichtig Euch einige alarmierende Nachrichten aus Mexiko mitzuteilen. Die mexikanische Regierung hat mit der Verurteilung zweier Männer wegen Terrorismusvorwurf zu 13 und 6 Jahren Haft den Abbruch des laufenden Dialogs provoziert. Die Verurteilung wird von den Zapatistas als Kriegserklärung begriffen, der Dialog mit der Regierung ist unterbrochen worden und die Truppen der ELZN sind in Alarmbereitschaft versetzt worden. Die Zapatistas halten eine Militäroffensive der Bundesarmee für wahrscheinlich. Die Zapatistas fordern uns dringend auf, alles in Bewegung zu setzen, um Druck auf die mexikanische Regierung zu auszuüben.

Aufhebung der Urteile gegen Javier Elorriaga und Sebastian Entzin ! Freiheit für alle Gefangenen „Mutmaßlichen Zapatistas“ ! Militär raus aus Chiapas, Charlottenburg und dem Interconti !!!

Unsere Situation ist folgendermaßen : die Auftakt und Abschlußveranstaltung wird in Räumlichkeiten mit Simultanübersetzung stattfinden, in den Räumen haben circa 900 Menschen Platz. Die bisher 40 AG's, die angeboten werden (aus Rußland, Deutschland, Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien etc..) werden über die Stadt verteilt stattfinden. Bitte unterstützt uns in der Suche nach Räumen auf die wir vielleicht noch nicht gekommen sind, Fragt für uns nach.

Geld

Mexiko-Gruppe,
B. Mulfinger,
Berliner Volksbank
Konto: 120 17 200
BLZ 100 900 00

Ein weiterer Knackpunkt ist das Geld. Die AG Räume kosten Geld, Werbung, Postverschickung. Wir laden Leute aus Osteuropa, Mexiko, Spanien, Frankreich und und und ein, um Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Das frisst Geld. Macht ne nette Party für uns. Überlegt ob und wie Ihr an Geld kommen könntet. Gibt es Projekte die Geldkredite vergeben ?

Geld was Ihr spendet und tatsächlich überbleiben sollte schlagen wir vor direkt der EZLN zu spenden. Gibt es politische Zusammenhänge, die sich vorstellen können an einem Punkt Verantwortung zu übernehmen: Es gibt verschiedenste Bereiche die abzudecken wären, konkretes läßt sich Montags oder Mittwoch erfragen. Am besten Ihr schickt wen vorbei der die Kapazitäten Eurer Gruppe einschätzen kann. Es geht zum Beispiel um solche Sachen wie Infostelle, (Schlafplatzbörse, Raumverantwortlichkeiten, AG Infos weitergeben etc.), Aufräumen, Putzen, Hilfe bei Essenszubereitung, Begleitung von ortsfremden BesucherInnen, Technikhilfen etc...

ÜbersetzerInnen in spanisch, englisch und auch andere Sprachen werden nach wievor gesucht, Fragt doch mal Eure FreundInnen.

Schlafplätze für Männer wie Frauen werden noch gesucht.

Habt Ihr schöne kreative Transpis oder Ausstellungen zur Situation hier anzubieten, die in den Rahmen des Ya basta Treffens passen ?

Angenommen die Situation in Mexiko eskaliert in einem offenen Bürgerkrieg oder die Dynamik der antimilitaristischen Demos (Gelöbnis und Natotagung) verschaffen uns weit über tausend BesucherInnen, dann freut uns das einerseits tierisch aber andererseits droht uns auch eine Überforderung mit der Koordinierung und dem Zusammenhalten des „Ya Basta“ Treffens, so das wir Euch jetzt darauf nochmal aufmerksam machen wollen und Euch bitten an Punkten die Ihr Euch vorstellen könnt ein bißchen Verantwortung zu übernehmen.

Jeden Mittwoch treffen wir uns ab 19.00 Uhr entweder im FDCL oder im Blauen Salon, beides Mehringhof. Das ist ein offenes Treffen für alle die unterstützen wollen.

Am Montag treffen wir uns ab 19.00 Uhr im FDCL. Der Charakter diese Treffens ist eher halboffen, hier geht es eher um kontinuierliche Arbeit, aber aktuell ist das konkreßbedingt sehr durchmischt. Also, wenn Ihr was absprechen wollt, dient Euch auch das auch als Anlauf

Post

Mexiko Gruppe im: FDCL und
Solidaridad Directa,
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin
(Mehringhof)

Telefon und Fax

Tel: 030 - 694 61 01
(Mo., 19.00 - 22.00 h
Mi., 16.00 - 22.00 h)
Fax: 030 - 692 65 90

E-Mail und Internet

E-Mail Adresse:
yabasta(Kringel)contrib.de
Internet-Adresse:
<http://www.icf.de/YaBasta>

Vorbereitungstreffen

Offene Plenen, mittwochs
19.00 h (vierzehntägig) im
Versammlungsraum,
Mehringhof

1. Kontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus

Berlin 30. Mai bis 2. Juni

Interkontinental gegen Neoliberal ?!

Im Januar warteten die Zapatistas aus dem Lakandonen-Urwald mit einer Überraschung auf. In ihrer Neujahrserklärung zum zweiten Jahrestag des indianischen Aufstandes im Süden Mexikos riefen sie für den 27. Juli bis zum 3. August zu einer Woche der internationalen Begegnung und Diskussion in La Realidad, einem Dorf mitten in den zapatistischen Aufstandsgebieten auf. Der Titel des Treffens, zu dem VertreterInnen sozialer, kultureller und politischer Widerstandsbewegungen weltweit eingeladen sind, lautet: "Interkontinentales Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus".

"Über die Grenzen hinweg erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt die Ehrlichkeit und tötet die Hoffnungen... Statt Menschlichkeit bietet sie uns Börsenberichte, statt Würde Globalisierung des Elends, statt Hoffnung Leere, statt Leben die Internationale des Terrors. Gegen die Internationale der Unmenschlichkeit, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung errichten", schreiben die Rebellen in ihrem Komunique. Zur Vorbereitung des Interkontinentalen Treffens sollen kontinentale Vorbereitungstreffen stattfinden, das europäische Ende Mai in Berlin.

Die Verwirrung oder Erwartungen, die Ansprüche oder Abgesänge im Vorfeld des 1. Europäischen Treffens sind in Deutschland deutlich zu vernehmen. Doch so richtig klar scheint es noch nicht zu sein, was die BesucherInnen in Berlin erwartet. Wird dort in Windeseile eine Konferenz aus dem Boden gestampft, ohne zuvor inhaltliche Fundamente gelegt zu haben? Ist das Treffen deshalb schon jetzt zum Scheitern verurteilt? Oder kann die Begegnung in Berlin tatsächlich der Beginn einer neuen Hoffnung werden? Was ist überhaupt mit "Neoliberalismus" gemeint und wie soll in Berlin was diskutiert werden? All dies sind Fragen, Hoffnungen und Zweifel, die in den letzten Wochen von denen diskutiert wurden, die bisher in die Vorbereitung des Berliner Treffens einbezogen waren oder überhaupt erst von der zapatistischen Initiative erfahren haben. In der Kürze kann hier keine auch nur annähernde Zusammenfassung der bisherigen Diskussionen in den Vorbereitungsstrukturen und der bisherigen Planung des Treffens gegeben werden. Aber das wesentliche ist: In Berlin haben sich für Ende Mai bereits hunderte von Menschen aus ganz Europa angekündigt, von Veteranen der Spanischen Revolution aus Barcelona bis zu Vertretern unabhängiger Gewerkschaften aus Osteuropa, von Frauen- und Lesbenzusammenhängen bis zu StudentInnen, die sich gegen den Kürzungswahn an den Unis wehren.

Die inhaltliche Ausrichtung der Zusammenkunft wurde auf einem europäischen Vorbereitungstreffen zu Ostern abgesteckt. Wir wollen hauptsächlich über unsere Realität und unseren Widerstand hier in Europa gegen die sich stetig verschärfenden Angriffe auf soziale Errungenschaften, politische und kulturelle Freiräume diskutieren. Und natürlich ist das Treffen auch eine Solidaritätsbekundung mit den Zapatistas. Der Austausch soll unter den Leitfragen der Analyse der Verhältnisse, der Bestandaufnahme der Widerstandsformen, ihrer Probleme und Beschränkungen und der Aussichten auf die Zukunft geführt werden. Immer soll dabei mitdiskutiert werden, wie das zapatistische Politikverständnis für

uns fruchtbar gemacht werden kann, wenn es das kann, was eben diskutiert werden muß. Der Stand der Diskussionen auf dem Treffen in Berlin soll dann nach La Realidad weitergetragen werden, um dort in den gleichberechtigten Dialog mit den anderen TeilnehmerInnen und den Zapatistas zu treten.

Text Nummer zwei ...

Unsere Diskussion um den politischen Rahmen für dieses Treffen

Innerhalb der Berliner Vorbereitungsgruppe haben wir als eine Untergruppe einen Vorschlag formuliert, der von dem ausgeht, was die zapatistische Bewegung in den Mittelpunkt stellt, den Kampf um die menschliche Würde. Wir sind uns bewußt, daß dieser Vorschlag nur ein Ansatz für die weitere Diskussion sein kann, vieles nicht ausformuliert ist oder offen läßt. Wir sind uns auch bewußt, daß es ganz andere politische Vorstellungen für dieses Treffen gibt. Wir sind uns darin einig, daß auch diese Sichtweisen, die sich in kontroverser Form in der Berliner Vorbereitungsgruppe widerspiegeln, genügend Diskussionsraum haben müssen.

Unsere Vordiskussion:

Ausgehend von den zentralen Aussagen der Zapatistas

"!En el poder pesa el dinero en el rebelde pesa la dignidad"
(Für die Macht wiegt das Geld, in der Rebellion wiegt die Würde)

"Die Würde entzieht sich immer noch den Gesetzen des Marktes und gewinnt an Gewicht und Wert an dem Ort der tatsächlich zählt, das heißt im Herzen ..."

haben wir uns gefragt, was in unserem Alltag noch Respekt, Achtung bedeutet, wo die Würde ist, wenn du auf dem Amt um Almosen betteln mußt, wenn du als AusländerIn, ImmigrantIn an jeder Ecke auf dem Sprung bist, ob sich Gewalt gegen dich richten kann, in Worten, wie in Taten, wenn unser politisches Handeln darin bestehen soll, alle 4 Jahre ein Kreuz auf den Stimmzettel zu machen ...

Ist nicht der Obdachlose auf dem Weg seine Würde wiederzugewinnen, wenn er nicht mehr alles stillschweigend hinnimmt, sondern zusammen mit anderen Obdachlosen eine Zeitung macht und sie zusammen ihre Situation und ihr Leben sichtbar machen?

Unser Vorschlag für den politischen Ausgangspunkt:

Wie kann ich in Würde leben, wenn Du nicht in Würde leben kannst.

Das drückt unsere Sichtweise aus, die wir für das "Treffen für eine menschliche Gesellschaft - gegen den Neoliberalismus" haben. Es ist eine Sichtweise, die das Mensch-Sein in den Mittelpunkt

stellt, das was uns verbindet und wofür Menschen immer gekämpft haben: Für ihren Stolz, für ihren aufrechten Gang, für ihre Würde als Mensch.

Es waren insbesondere Frauen, die immer wieder um ihre Achtung gekämpft haben. Das gilt es deshalb zu betonen, da "Menschlichkeit" vor allem mit "Männlichkeit" gleichgesetzt wurde und nach wie vor wird.

"Die Würde ist das einzige, was man nie verlieren darf", sagen die Zapatistas. "Sie kann man nicht kaufen oder verkaufen, sie haßt Lügen und ist Grundlage dafür, daß wir zusammenkommen können." Ihre Grundforderungen gehen von dem aus, was für ein menschenwürdiges Leben unabdingbar ist: Land, Arbeit, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden.

Mit dem Aufstand rebellieren sie gegen die tägliche Verachtung, die Abwertung, die Nichtanerkennung des Anders-Sein, die Unsichtbarkeit, die Unerträglichkeit ihres Alltags. Dem setzten die Zapatistas ihr "Ya Basta" entgegen - ihren Widerstand, der ihnen den Respekt, die Achtung verschafft, der ihnen so lang verwehrt wurde und wird.

So haben sie auch für uns die Hoffnung und Möglichkeit der Rebellion wiedererweckt; es ist wieder eine Aussicht auf neue Utopien entstanden ist. Ihre Rebellion richtet sich gegen die Mächtigen, die Macht von oben. Sie macht uns bewußt, daß die Rebellion für den "aufrechten Gang" aller Menschen mit der Zerstörung dieser Macht einhergehen muß. In ihrem Aufstand sind die sozialen Zusammenhänge, die Gemeinden, die gesellschaftliche Macht von unten die tragenden Pfeiler des Widerstandes und der politischen Organisation. Es ist die soziale Basis, die auf diese Weise ihre kollektive Würde wiedergewinnt.

Erhoben haben sich auch die Zapatistinnen auf dem doppelten Weg ihrer Rebellion, als Indígenas und als Frauen. Sie haben sich gegen ihre Vergangenheit und ihre Gegenwart erhoben mit dem Bewußtsein, daß sie niemanden mehr brauchen, der für sie spricht und mit der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben für alle.

Die Zapatistas haben mit ihrem "Ya Basta" dem Neoliberalismus die Stirn geboten und damit einer "globalen Lüge, die dem Menschen Glück verheißt, in Wirklichkeit aber nur einer immer kleiner werdenden Schar Reicher den schalen Genuß materiellen Wohlstands bringt, während die Masse der Menschen in einen unwürdigen Kampf um das Überleben gedrängt wird."

Es sind die Mächtigen, die "Macher" und "Köner" dieses sogenannten neoliberalen globalen Systems, die nicht erst jetzt der Welt Sinn und Richtung zu geben versuchen, eine "Welteinheitlichkeit" nach westlichem Muster anstreben und sich selbst zum Maß aller Dinge machen. Danach soll die Einheit der Welt durch ein weitgespanntes und eng geknüpft Netz von Wirtschaftsbeziehungen hergestellt werden - indem der Weltmarkt als "freier Markt" gleichsam als Naturgesetz erscheint, dem sich keiner entziehen kann. Zur Regulierung dieses Marktes reichen staatliche Regelungen nicht mehr aus. Internationale Strukturen treten an deren Stelle - was die Konkurrenz um Marktanteile und

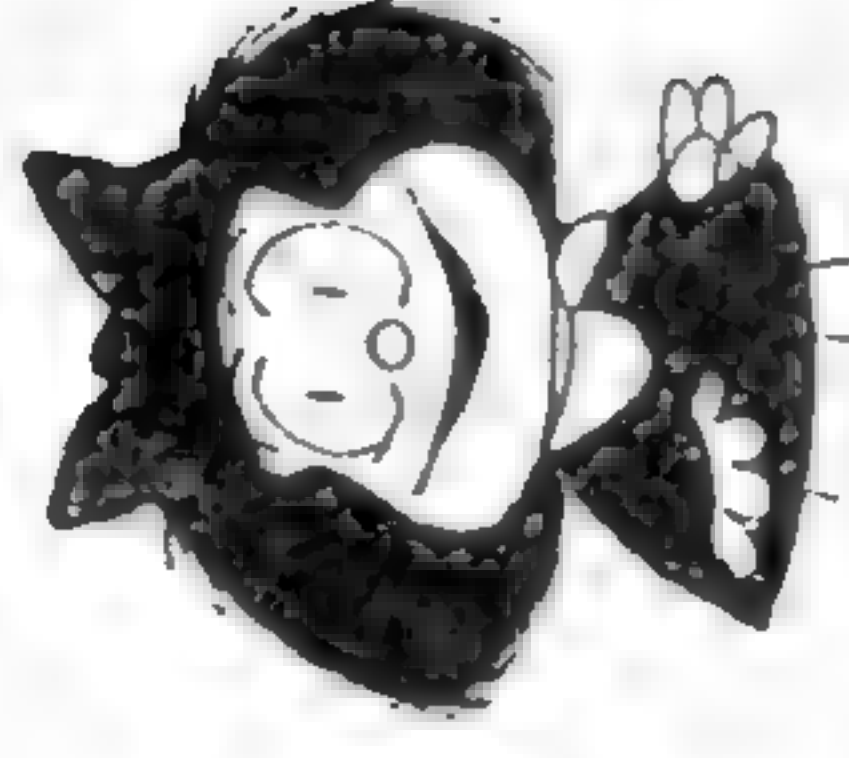
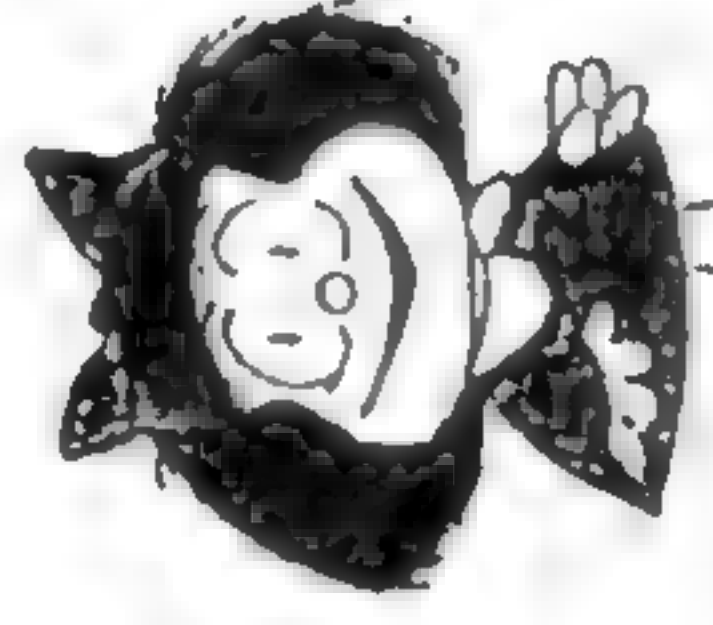
Rohstoffe nicht aufhebt. Damit einher geht die Abschottung der westlichen Welt, indem sie ihre Kontinente zu Festungen ausbauen.

Diese "Macher" und "Köner" haben den Glauben an eine technisch herstellbare Welt, an eine Vervollkommenung, Ersetzung und Nachbildung der scheinbar unterlegenen Natur. Das betrifft auch den Menschen, er muß selbst umgebildet, verbessert werden - wobei alles, was machbar erscheint, sie auch zu machen anstreben. Grenzziehungen gibt es für sie nicht mehr, werden als unzeitgemäß beiseite geschoben. (wir brauchen nur an die Organentnahme bei lebendigen Leibe nach dem sog. Gehirntod denken.)

Diese von ihnen "kreierte" neue Welt ist eine berechenbare, normierte, auf Nutzen ausgerichtete Welt - die das "Gewährenlassen von Eigennutz" unerbittlich verfolgt. Sie zerstört das Vielfältige, das "Andere", das "Unverbessliche" - bis dahin, daß kulturelle Vielfalt, Autonomie, wirtschaftliche Modelle, die nicht auf Profit ausgerichtet sind, keinen Raum mehr haben. Denn in diesem Denken hat nur das Wert, was im System des reinen Nutzens eine Aufgabe zu erfüllen hat. Auch der Mensch muß optimal genutzt werden - als Leistungswert auf dem Arbeitsmarkt, als Körperteil auf dem Körpermarkt - Frauen insbesondere als Ort der Reproduktion oder als Ware ihres Körpers. Menschen, die in diesem "System" nicht genutzt werden können, die störend oder zu leistungsschwach sind, sind überflüssig. Das trifft nicht nur mehr und mehr Frauen und Männer in unserem eigenen Land, sondern auch einen Großteil von Frauen und Männern außerhalb der westlichen Kontinente.

Dieser Technisierungs- und Vermarktungsprozeß dringt in jede nur erdenkliche soziale Beziehung ein, treibt Menschen von Ort zu Ort, zerstört gewachsene soziale Verbindungen, atomisiert Menschen.

So spüren auch wir Tag für Tag stärker die Auswirkungen dieser Wirklichkeit. Das Treffen kann eine Aufforderung an uns alle sein, uns auf die Suche zu begeben, was es für uns heißt, unsere Würde wiederzugewinnen - dabei in unsere eigene Geschichte zurückzugehen, uns mit anderen auszutauschen, Orte zu suchen, wo die Würde lebendig ist, Worte zu finden, die uns unsere Achtung zurückgeben - um zusammenzufinden in einer Rebellion, die unser "Ya Basta" setzt.



Zeitfragen (an die TeilnehmerInnen des Podiums und für die anschließende Diskussion in den Arbeitsgruppen)

(Näheres zur Besetzung des Podiums weiter unten)

Auf welche Weise, an welchen Orten und mit welchen Perspektiven kämpfen die verschiedenen sozialen Bewegungen, Einzelpersonen hier für eine menschliche Gesellschaft?

Inwieweit geben uns die Zapatistas Anstöße für unseren Kampf für eine menschliche Gesellschaft?

Inwieweit gehört die Frage der Würde zum politischen Grundverständnis der verschiedenen sozialen Bewegungen, Einzelpersonen hier?

Wie drückt sie sich aus

- im Hinblick auf das eigene Menschenbild

- in der Kritik an den unwürdigen Verhältnissen

- in den Formen des Widerstands, den Wegen der Rebellion

(muß darin nicht eine menschliche Gesellschaft sichtbar werden)

- in den eigenen Strukturen

- im Demokratieverständnis

- in der Perspektive

In den derzeitigen globalen Umstrukturierungen finden auch Erneuerungen patriarchaler Herrschaftsverhältnisse statt, wie sie sich ausdrücken in der Feminisierung der Armut, neuen Formen sexueller Ausbeutung (z.B. Zunahme sexueller Vermarktung, Frauenhandel), der Zurückdrängung feministischer Positionen einerseits, der Formierung von Männerbünden (wie Militarisierung, Mafia) andererseits.

Welche Rolle spielt die Modernisierung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse?

Wie kann verhindert werden, daß bei der Forderung "für eine menschliche Gesellschaft" nicht die in unserer Kultur und Sprache übliche Tradition fortgesetzt wird, in der Männlichkeit v.a. mit Männlichkeit gleichgesetzt wird?

Fragen an die VertreterInnen aus Mexiko auf dem Podium der Auftaktveranstaltung:

Was erwarten sie von unserem Treffen?

Welches Politikverständnis der Zapatistas spiegelt sich in ihrem Verständnis von Demokratie wieder - im Hinblick auf ihre eigenen Strukturen.

- im Hinblick auf die Umsetzung dieses Verständnisses auf die polit. Verbindung mit der Zivilgesellschaft?

Was ist für die Zapatistinnen die gelebte Würde? Was können wir von ihnen lernen?

Soweit zur inhaltlichen Bestimmung. Im folgenden eine ...

Programmübersicht

Donnerstag, 30. Mai

9.00-11.00 Uhr: Pressekonferenz
ab 11.00 Uhr: Ankommen im Mehringhof (Information, Neoliberalismus-Labyrinth, Schlafplatzbörse ...)
12.00 Uhr: Vorbesprechung Auftaktveranstaltung (nur PodiumsteilnehmerInnen)
14.30 Uhr: Vorbesprechung Arbeitsgruppen (nur Verantwortliche)
16.00 Uhr: Vorbesprechung ÜbersetzerInnen
(Alle obigen Veranstaltungen im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, U-Bahn Mehringdamm (Nr. 6 + 7))
19.00 Uhr: Abendveranstaltung mit Antonio García de León, Historiker und Vertreter der FZLN, Mexiko: "Das Zapatistische Politikverständnis" (Ort wird noch bekanntgegeben)
Abends: Kulturprogramm (siehe unten)

Freitag, 31. Mai

9.30-13.00 Uhr: Auftaktveranstaltung im Haus am Köllnischen Park
5.00-so lang wie gewünscht Uhr: Thematische Arbeits- und Diskussionsgruppen an verschiedenen Orten
19.00 Uhr: "Neoliberalismus - Ideologie, ökonomische Theorie oder Gesellschaftsprojekt? - Europa im globalen Kapitalismus"
Diskussionsveranstaltung zur Klärung von Begriffen und Wirklichkeit(en) (Ort: Heilig-Kreuz-Kirche)
Abends: Kulturprogramm

Samstag, 1. Juni

10.00-so lang wie gewünscht Uhr: Thematische Arbeits- und Diskussionsgruppen an verschiedenen Orten
19.00-2.13(?) Uhr: Zwischenplenum der AG-Delegierten
Abends: Kulturprogramm

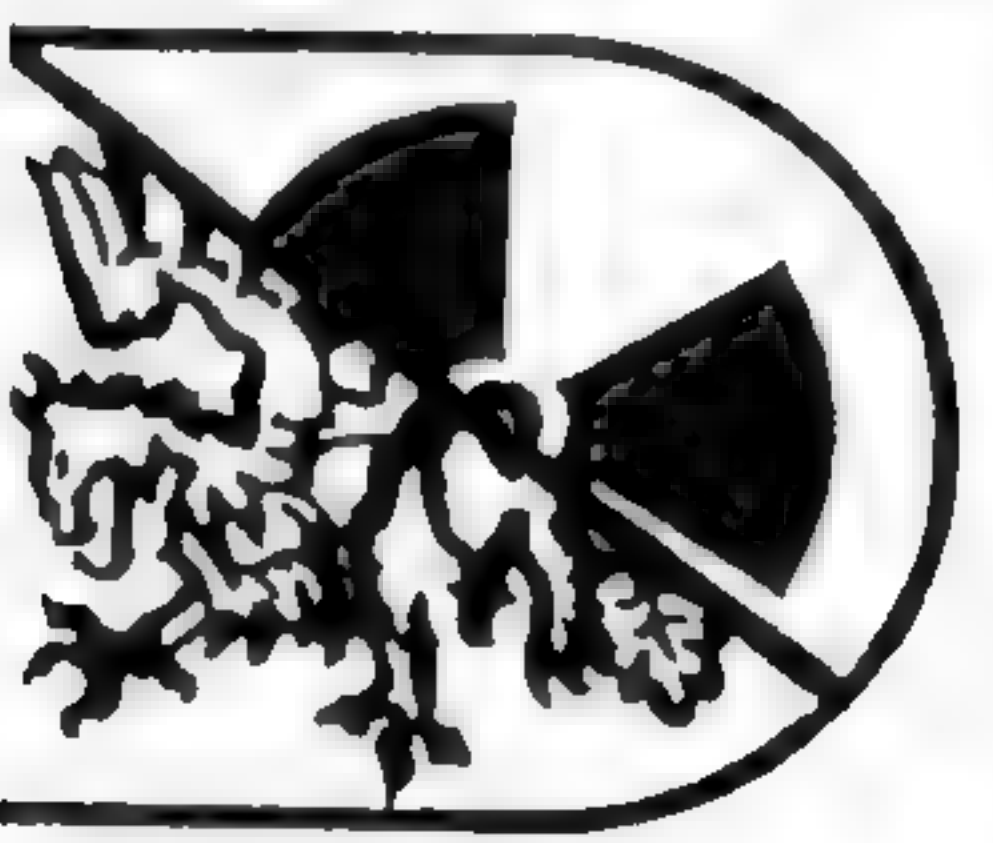
Sonntag, 2. Juni

9.30-14.00 Uhr Abschlussplenum im Haus am Köllnischen Park
Anschließend: Aktion-Umzug-Demo?

Zur Auftaktveranstaltung

Der bisherige Vorschlag zur Besetzung, sieht so aus:

- José Perez, französischer Eisenbahner aus Rouen und dort in der ART (Association Rassemblement Traivailleurs) aktiv. Die ART ist eine Basisvernetzung betrieblicher AktivistInnen, die den Herbststreik mitorganisierte.
- Olga Jück aus St. Petersburg, engagiert in der Frauen- und Lesbenbewegung Rußlands, Autorin und Filmkritikerin.
- Dragomir Olujc, Vertreter der "Unabhängigen serbischen Metallarbeitergewerkschaft" und Journalist aus Belgrad.
- Antonio García de León, Vertreter der FZLN (Zapatistische



ATOMSTANDORT Greifswald/Lubmin

Anhörung Zwischenlager Nord

Über 15.000 Einwendungen gegen Atommüllager
Erörterungstermin ab dem 20.05.1996

Im November / Dezember 1995 haben mehr als 15.000 Menschen, darunter allein 4.000 aus Polen, schriftliche Einwendungen gegen die atomrechtliche Genehmigung für die CASTOR-Halle und weitere Anlagen im größten deutschen Atommüllager bei Lubmin erhoben.

Der Erörterungstermin wurde durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf Montag, den 20.05.1996, um 10.00 Uhr festgesetzt. Fortgeführt werden sollen die Verhandlungen an den darauf folgenden Tagen jeweils ab 10.00 Uhr.

Das BfS mißachtet die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger

Mit seiner jetzigen Terminplanung zeigt das BfS deutlich, was es von der Bürgerbeteiligung hält. Mehrere Tausend Einwenderinnen und Einwender hatten ausdrücklich die Durchführung des Erörterungstermins am Wochenende verlangt, damit auch berufstätige Menschen an der Erörterung teilnehmen können. Jetzt findet die Veranstaltung in der Woche statt und beginnt vormittags! Noch vor kurzem wurde verlangt, mindestens zwei Monate im Voraus zum Termin einzuladen, damit eine örtliche Vorbereitung und Beiziehung geeigneter Sachverständiger für alle Beteiligten möglich ist.

Das BfS hat von Gesetz wegen die Aufgabe, alle Bürgerinnen und Bürger vor den schädlichen Wirkungen der radioaktiven Strahlung zu schützen. Stattdessen entlarvt sich das BfS wieder einmal als eine Behörde, die die Geschäftsinteressen der Atomindustrie vor den Bürgerinnen und Bürgern schützt.

Keine Einwenderin und kein Einwender sollte sich diese Unverschämtheit gefallen lassen. Alle sind aufgerufen, zum Erörterungstermin zu erscheinen und den Herren vom BfS und vom Landesinnenministerium deutlich die Meinung zu sagen!

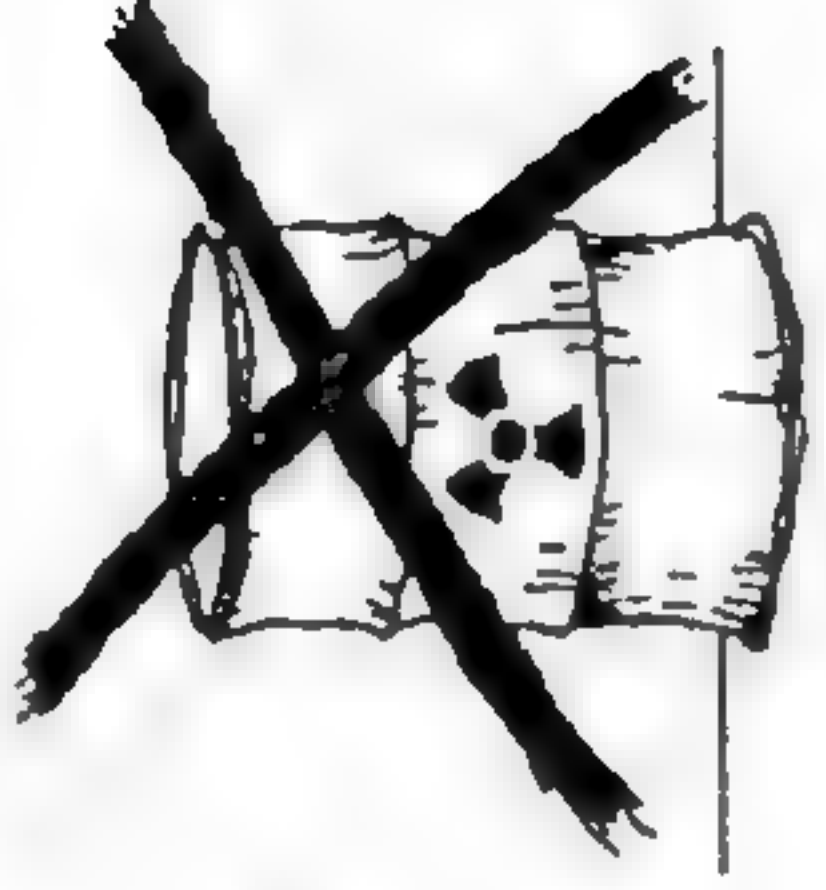


Kontakttelefon: 0 38 34 / 7 74 81

Das Zwischenlager Nord (ZLN) - Atomklo Deutschlands

Hintergrund des Genehmigungsverfahrens ist das seit 1995 in Bau befindliche größte deutsche Atommüllager und das in den letzten Monaten begonnene weltweit bisher größte Abrißprojekt von Atomreaktoren russischer Bauart.

Die schwach- und mittelradioaktiven Hallen werden ein Lagervolumen von 175.000 m³ umfassen und sind damit fünfzehnmal (15 x!) so groß wie das entsprechende Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Gorleben.



Ohne den sonst üblichen „Sicheren Einschuß“ der Reaktorblöcke auch nur ernsthaft zu prüfen, sollen die Reaktorblöcke russischer Bauart in den nächsten Jahren abgerissen werden. Nach der Zerkleinerung der Anlagenteile wird das Atommüllager zu einem großen Teil leer stehen. Es ist zu befürchten, daß dann Abfälle aus Westdeutschland und Westeuropa eingelagert werden. Somit wäre es geeignet als Entsorgungsnachweis, um den Weiterbetrieb der noch nicht abgeschalteten deutschen Atomreaktoren zu gewährleisten.

Wir müssen ihnen zeigen, wieviele wir sind!

Wir laden Euch alle ein, am Montag, den 20. Mai 1996 persönlich nach Greifswald / Lubmin zu kommen. Eure Teilnahme am Erörterungstermin ist besonders wichtig, um die Gefahren beim Betrieb von Zwischenlagern und Aufbereitungsanlagen deutlich zu machen.

Im 10. Jahr der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl muß mit Nachdruck der sofortige Ausstieg aus der Atomindustrie gefordert und durchgesetzt werden. Deshalb ist es besonders wichtig zu verhindern, daß wenige Tage nach dem Tschernobylgedenktag Deutschlands größtes Atommüllager genehmigt wird. Wir müssen verhindern, daß in Greifswald der Atomstaat Deutschland einen weiteren Schritt vorangeht!

Um auf den Erörterungstermin hinzuweisen, sind im Vorfeld zahlreiche Aktionen vor Ort geplant. Damit eine breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam wird, ist es sehr wichtig, daß überall Aktionen dazu stattfinden. Wir müssen den Menschen in Deutschland zeigen, mit welchen Methoden das BfS die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ignoriert!

Auch ein Erörterungstermin kostet Geld - für Anwälte und Sachverständige. Eine weitere wichtige Möglichkeit, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu unterstützen, ist daher eine finanzielle Zuwendung an den

Rechtshilfeverein Atomzentrum Vorpommern
Kontonr. 528 999 8, bei der Sparda-Bank Berlin eG (BLZ 120 965 97).



Greifswald, den 01.05.1996; V.i.S.d.P.: Martin Graffenberger, Markt 25, 17489

Kontakttelefon: 0 38 34 / 7 74 81

Verhindert das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr

Weiterhin hält die Bundeswehr an ihrem Vorhaben fest, am 31.05. ein öffentliches Gelöbnis vor dem Schloß Charlottenburg abzuhalten.

Daß sich die Bundeswehr der Bedeutung ihrer Akzeptanz in der (zivilen) Gesellschaft bewußt ist, belegt ein Zitat von Verteidigungsminister Rühe aus dem Jahr 1992: „Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze...im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind... Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“ An dieser gesellschaftlichen Außenwirkung ist die Bundeswehr derzeit speziell in Berlin interessiert; eine Hauptstadt mit vierzigjähriger militärischer Entwöhnung (im Westteil) ist für die Hardthöhe ein unerträglicher Gedanke; die Berliner müssen wieder an das Militär gewöhnt werden. Es reicht daher nicht aus, sich nur abfällig gegen ein solches Spektakel zu äußern und es ansonsten zu ignorieren. Das Militär muß zu spüren bekommen, daß die Straße und öffentlichen Plätze nicht willfährig zu seiner Verfügung stehen. Deshalb wollen wir die Militarisierung des öffentlichen Raumes verhindern, deshalb dulden wir bereits im Vorfeld nicht, daß die Tötungsbereitschaft zur Schau gestellt wird, und deshalb organisieren wir vielfältig den Widerstand.

Ab Freitag dem 31.5.1996 wird die Stadt in den Ausnahmezustand versetzt. Da sich nicht nur der Verteidigungsminister, sondern auch der Bundespräsident angekündigt haben gilt Sicherheitsstufe 1: Scharfschützen auf den Dächern, Zugangskontrollen und eine hermetische Abriegelung des umliegenden Kiezes.

Es ist also angebracht, wenn Ihr in die inneren Bereiche gelangen wollt, in entsprechendem Outfit vorzufahren und das möglichst früh, denn: Ab freitag vormittag wird der gesamte Bereich um das Schloß, vom Richard-Wagner- Platz im Westen bis hin zum Sophie-Charlotte- Platz im Osten und entsprechend ab dem Ende der Schloßstraße im Süden und ab Tegeler Weg im Norden abgesperrt sein.

Organisiert Euch Leute, die in nächster Nähe wohnen und von deren Fenstern unhd Dächern aus Ihr ordentlich stören könnt.

Es werden 3 000 Polizisten im Dienst sein , die im Anschluß daran gleich die NATO Oberen schützen sollen, die für vier Tage die Stadt belagern.

Der Polizeistaat kommt voll zu seinem Recht - das gilt es zu verhindern

Wir wollen mit dem Bündnis „Aktion - Gelöbnis verhindern“ dieses militaristische Spektakel aus der Öffentlichkeit verjagen. Phantasievolle Aktionen sind gefragt! Der erste Schritt muß sein, daß sie den Rückzug in die Kaserne antreten in einem zweiten Schritt werden wir sie aus der Stadt verjagen.

Freitag 07.08. 21 h: Konzert
SO36 Bands Support
ORTH,
HATE SQUAD,
INFRONT,
DIE ZUSAMM-
ROTTUNG
Samstag 08.08. ab 14 h: Fest
Straßenfest mit:
THUMB, CPS, BUTLERS,
BINDEMittel
und div. anderem Programm

Oranienstr. 190 1/36
SO36
Tel 615 26 01 Fax 614 70 43

Das SO36 am Heinrichplatz feiert - und das ein ganzes Wochenende lang. Wir starten mit einem „Band-Support“, einem Konzert, bei dem der Erlös für die Anschaffung einer neuen Anlage verwendet wird. Mit dabei sind: Infront, Die Zusamm-Rottung, Orth und Hate Squad.

Am nächsten Tag gibt es dann das große Straßenfest zwischen Heinrichplatz und Adalbertstraße mit Bands wie Butlers, CPS, Thumb und Bindemittel. Aber auch KünstlerInnen wie Martha Maria (ein Special vom Schoko-Café), Edith und Hotte (Special vom Unart-Theater), Fatma, die bösen Tanten, House of the living funk und GauklerInnen und AkrobatInnen werden Bühne und Straße unsicher machen.

Für uns vom SO36 ist dieses Fest nicht nur eine Nummernrevue mit Bierbecher. Es geht inzwischen stärker als je zuvor darum, uns als Teil dieser Stadt zu zeigen. Während diese Stadt kanzlerkompatibel umgebaut wird, die Kulturszene auf Musical-Niveau geplant wird und die wenigen öffentlichen Mittel wie Belohnungen an anpassungswillige Projekte verteilt werden, wollen wir beweisen, daß wir ohne Staatsknete unserer Linie treu bleiben können. Wir werden auch weiterhin Musik auf die Bühne bringen, die neben den Chartsausschlachtern in den großen Hallen ihren Platz in dieser Stadt behalten soll. Wir werden auch weiterhin Soliparties zum Selbstkostenpreis machen, die Halle Gruppen zur Verfügung stellen, die ihre Arbeit vorstellen wollen. Das SO36 wird auch weiterhin die Lügen strafen, die behaupten, eine politische Kulturarbeit in einem so großen Rahmen, wie es das SO36 bietet, sei anachronistisch.

Wir merken, daß unser Publikum in Kreuzberg uns nicht im Stich läßt. Das ist für uns der Grund, zu feiern.

Damit aber auch alle andern Gruppen in Kreuzberg etwas von diesem Tag haben, bieten wir Euch an, einen Stand auf unserem Straßenfest zu machen. Wenn ihr Euch vorstellen wollt und gleichzeitig ein paar Pfennige für die weitere Arbeit verdienen wollt, meldet Euch im SO36 unter Telefon: 614 20 71.

Wir feiern auf der Straße - wie wir es immer getan haben!

Kurdistan und die deutsche Linke

Mit dem Erlaß des sogenannten PKK-Verbot (Nov. 93) haben sich die Bedingungen für den kurdischen Widerstand in der BRD erschwert.

- Öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen werden verboten.
- Politische und kulturelle Vereine wurden geschlossen.
- Das Tragen der ERNK-Fahne oder PKK naher Symbole ist verboten und somit Anlaß für die Polizei, jede Veranstaltung gewaltsam aufzulösen. Wird dabei von kurdischer Seite Widerstand geleistet, wird geprügelt, festgenommen und in nicht seltenen Fällen abgeschoben.
- Durch gezielte Hetze in den Medien gegen die hier lebenden KurdInnen, gerät der schmutzige Krieg gegen das kurdische Volk, welcher die Ursache für den hier geleisteten Widerstand ist, in den Hintergrund.

Auch die deutsche Linke bleibt von der Beeinflussung durch die Medien nicht verschont und findet es wichtiger, über Schutzgelder, Selbstmordkommandos, Parteistrukturen u.s.w. zu diskutieren, statt sich eine eigene Position zu erarbeiten aus der heraus solidarisches Handeln möglich wird.

Das alleinige Konzentrieren auf die Frage „PKK - ja oder nein?“ verhindert jeglichen Ansatz von solidarischem und produktivem Verhalten zum kurdischen Befreiungskampf.

Über diese und andere Fragen wollen wir diskutieren:

Lesung und Diskussion

mit Karin Leukefeld

(Mitarbeiterin der Informationsstelle Kurdistan in Bonn und Autorin des Buches „Solange noch ein Weg ist...“)

am 24.05.1996 um 19:00 im EX
 Gneisenaustraße 2a

Veranstalterin: AG zu Türkei/Kurdistan

Einladung zur VV

JA STÖREN!

+ DEMO GEGEN DIE NATO-TAGUNG

Hiermit laden wir Euch zur

VOLLVERSAMMLUNG

am
 28.5. um 19 Uhr 30
 in der Saarbrückerstr. 22-24
 HH, Fabriketage
 ein.

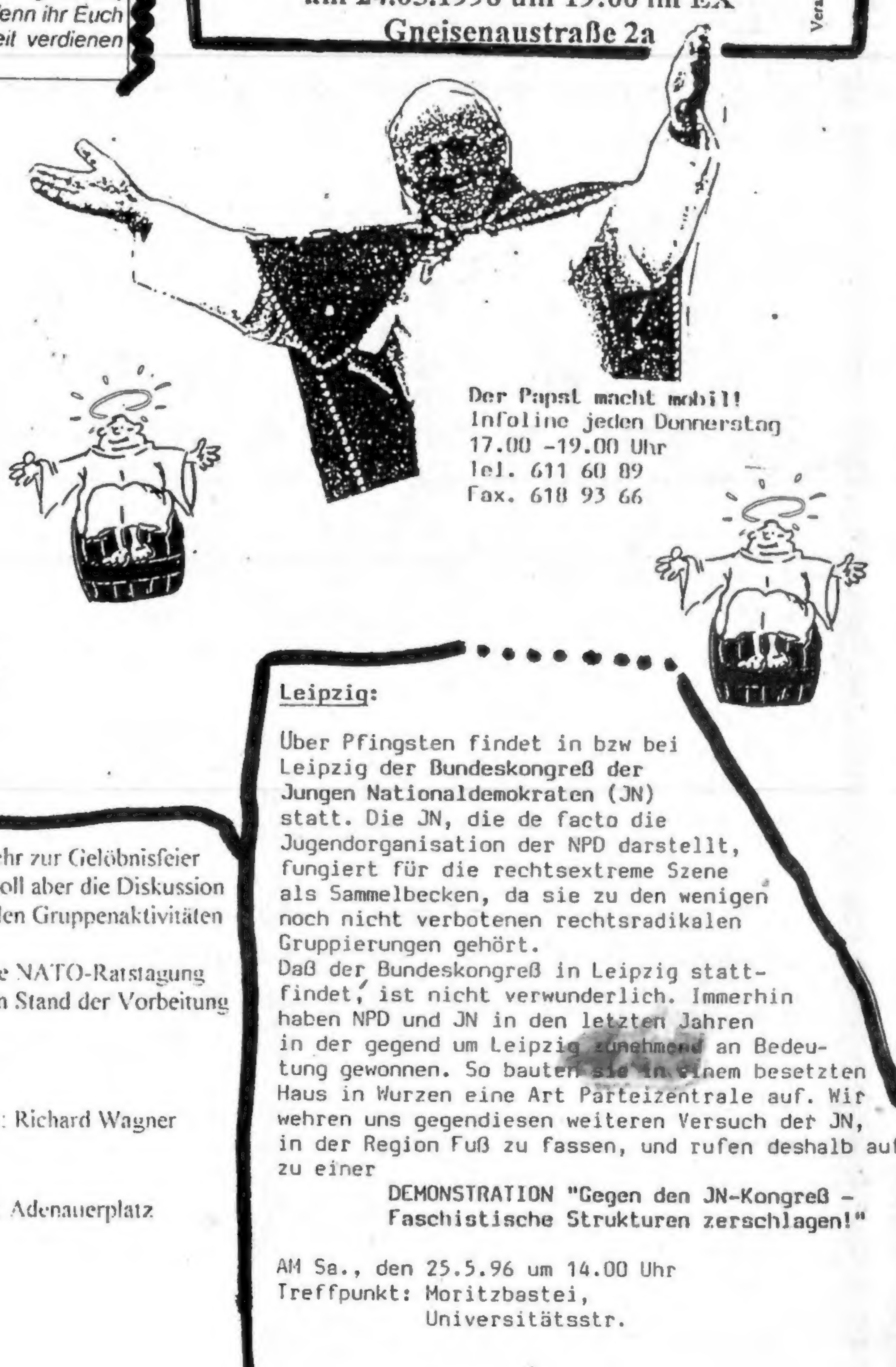
Wir wollen euch über den letzten Stand der Vorbereitung der Bundeswehr zur Gelöbnisfeier am 31. 5. vor dem Schloß Charlottenburg informieren. Im Mittelpunkt soll aber die Diskussion um unsere und eure Vorbereitungen für die Demo und die anschließenden Gruppenaktivitäten stehen.

Desweiteren wollen wir über die Demo und andere Aktivitäten gegen die NATO-Ratstagung am 3.6.96 reden. Dazu wird das Bündnis gegen NATO-Tagung über den Stand der Vorbereitung informieren.

31.5. 13 Uhr: Demonstration gegen das Gelöbnis, Treffpunkt: Richard Wagner Platz

3.6. 17 Uhr: Demo gegen die NATO-Ratstagung, Treffpunkt: Adenauerplatz

Bündnis Aktion Gelöbnis verhindern
 c/o Kampagne gegen Wehrpflicht, Tel 61500530



Der Papst macht mobil!
 Infoline jeden Donnerstag
 17.00 - 19.00 Uhr
 Tel. 611 60 89
 Fax. 618 93 66

Leipzig:

Über Pfingsten findet in bzw bei Leipzig der Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten (JN) statt. Die JN, die de facto die Jugendorganisation der NPD darstellt, fungiert für die rechtsextreme Szene als Sammelbecken, da sie zu den wenigen noch nicht verbotenen rechtsradikalen Gruppierungen gehört. Daß der Bundeskongreß in Leipzig stattfindet, ist nicht verwunderlich. Immerhin haben NPD und JN in den letzten Jahren in der gegend um Leipzig zunehmend an Bedeutung gewonnen. So bauten sie in einem besetzten Haus in Wurzen eine Art Parteizentrale auf. Wir wehren uns gegendiesen weiteren Versuch der JN, in der Region Fuß zu fassen, und rufen deshalb auf zu einer

DEMONSTRATION "Gegen den JN-Kongreß - Faschistische Strukturen zerschlagen!"

Am Sa., den 25.5.96 um 14.00 Uhr
 Treffpunkt: Moritzbastei,
 Universitätsstr.

KURDISCHER KULTURABEND



PROGRAMM

THEATER

REDEBEITRAG

DIAS

FOLKLORE

FATMA

KOMA DENGÊ AZADÎ

DAVUL ZURNA

Im Cafe "EX" (Mehringhof)
Gneisenastr. 2A - nahe U-Bahn Mehringdamm
Wann: 25. Mai 1996 - Beginn: 19.00 h
Eintritt: 15,- DM Abendkasse (Vorverkauf 12,- DM)
Veranstalter: KOMCIWAN (Jugend aus Kurdistan)

Freiheit für Mensch & Tier

anarchistisches &
radikalökologisches Café

WIDERSPRÜCHE & VERSTRICKUNGEN
Veganismus und Unity of Oppression
Teil1: Biologismus u.a. in der Vegan-Szene

am Do. den 23. Mai 96 im "Größenwahn"
ab 19 Uhr-Essen -Veranstaltungsort:
ab 20 Uhr Veranstaltung Kinzigstr. 9, HH, Friedr. Hain
U-Bhf: Samariterstr.

Im LICHTBLICK-KINO:

26. Mai 21.00 Uhr:

PREMIERE AK KRAAK 14



Wagenlage, Internat im KOB, neueste Raumungen besetzt-
tar Häuser, Umstrukturierung, u.v.m.

vorher 18.00 Uhr:

Alles für alle - für uns nichts

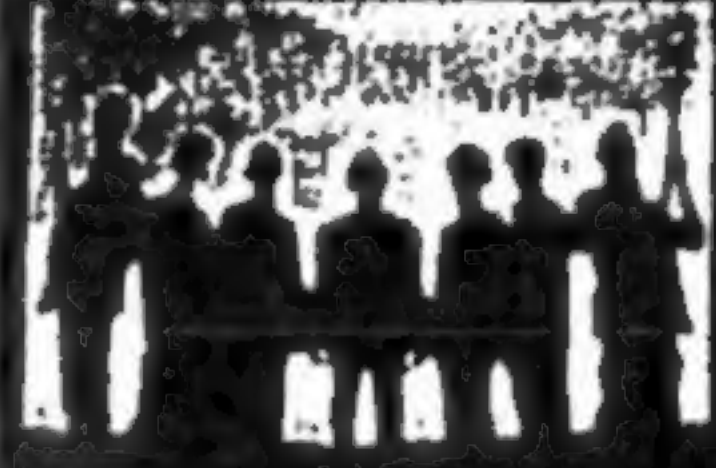
Film über die EZLN in Mexiko
anschließend Infos zum intern. Kongress gegen Neo-
liberalismus in Chiapas und zum Europa-Treffen in Berlin

27. Mai 19.00 Uhr

Die Rattenlinie-

Fluchhilfe des Vatikans für deutsche Nazis nach 1945
Filmemacherin ist da - Infos zum Papstbesuch in Berlin

ab 30. Mai bei uns:



PANTHER

Ein Movie von Peaches Film

All Power to the People

im Vorprogramm: Dokumentarfilme zur Black Panther P.

LICHTBLICK-KINO

Kinokooperative im Tabu, Wolliner Str. 19, Tel.: 4286271

ak kraak

Nachrichten,
Hintergründe, Propaganda,
Dokumentation, antikapita-
listisches Konsumenten-
kino.

Bewegte begleitend, Bewe-
gend, besetzend, Haupt-
zentriert.

Manipuliert Euch!
Tiefsehfernsehen subjekt

Die AutorInnen sind die
Kraaken.

Alle Titel sind auf S-VHS
produziert und auf VHS ver-
leih- o. kaufbar.

Leihpreis: 30,- und

Kaufpreis 40,- pro Kasset-
te; zu bestellen bei

AK KRAAK c/o JoJo

Torstr. 216

10115 Berlin

030 / 282 37 21

Sonderkonto AK Kraak

Kontonr. 610234935

BLZ 100 500 00

26.5. kino lichtblick (wollinerstr.) 21uhr

27.5. ex (gneisenastr. 2a) 21.30uhr

28.5. wagenburg lohmühle 21.30uhr

29.5. buchhandlung (tucholskystr. 32) 22uhr

2.6. x-beliebig (liebigsstr. 34) 21uhr

o, 23.5.96
9.00 Uhr Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, Anarchistisches und radikalökologisches Cafe (s.o.)
9.30 Uhr Rudi, Am Rudolphplatz 5, Fr.hain: Film "Das Geheimnis der Grabesritter"
r, 24.5.
9.00 Uhr EX, Mehringhof, Gneisenastr. 2a: Veranstaltung "Kurdistan und die deutsche Linke" (s.o.)

a, 25.5.
5.00 Demo in Leipzig gegen JN, s.o.
9.00 Uhr EX, Mehringhof, Gneisenastr. 2a: Kurdischer Kulturabend, s.o.

o, 26.5.
2.00 Uhr Demo in Büren gegen Abschiebeknast, Beginn am Abschiebeknast
.00 Uhr Lichtblick-Kino Premiere AK-Kraak 14 s.o.
.00 Uhr Cafe Zapata, Tacheles, Oranienburger Str.: Ya Basta - Solikonzert mit Mondo Fumadore und Aaargh!!

, 27.5.
.00 Uhr Lichtblick-Kino: "Die Rattenlinie" s.o.
.30 Uhr Blauer Salon, Mehringhof: Papstbesuch-Vorbereitungstreffen
.30 Uhr EX, Mehringhof, Gneisenastr. 2a: AK-Kraak 14
.00 Uhr cafe Cralle, Hochstädter Str. 10a, Wedding: Film "Viva Maria"

, 28.5.
.00 Uhr El Locco, Kreuzbergstr. 43: Film "Die Militarisierung des öffentlichen Raumes in Berlin"
.00 Uhr " " Film "Die Rebellion" Antimilitarismusfilm aus dem Hintergrund d.1. Weltk.
.30 Uhr Saarbrückerstr. 22-24 HH, Fabrikeloge: VV zu Demos gegen Gelöbnis und gegen NATO-Tagung s.o.
.30 Uhr Wagenburg Lohmühle: AK-Kraak 14

29.5.
.00 Uhr Buchhandlung, Tucholskystr. 32: AK-Kraak 14

. 31.5.
.00 Uhr Richard-Wagner Platz: Demo gegen das Gelöbnis

